

Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

82. Sitzung

21. Juli 2016

Beginn: 10.08 Uhr
Schluss: 14.22 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0292](#)
InnSichO
Rigaer Straße
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion)

Vorsitzender Peter Trapp: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es war noch ein kurzes Gespräch notwendig, um wartende Journalisten bzw. interessierte Bürgerinnen und Bürger hier in diesen fast überfüllten Saal zu bekommen. Deshalb bitte ich um Nachsicht, dass wir etwas später anfangen. Ich begrüße Sie zur 82. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung. Ich begrüße Herrn Senator Henkel, Herrn Staatssekretär Krömer, Herrn Polizeipräsidenten Kandt und alle Gäste und Medienvertreter. Die Polizei ist noch durch den Justiziar Herrn Tölle vertreten. Die Sondersitzung ist nach § 25 Abs. 3 der Geschäftsordnung möglich geworden, weil das erforderliche Quorum erreicht wurde. Die Geschäftsordnung sagt auch aus, dass wir hier die normale Sitzung nach drei Stunden beenden müssten. Livestream ist erwünscht. Ich glaube, es gibt keine Probleme, wenn die Presse mit dem Livestream berichtet. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann möchte ich bloß noch anmerken, dass der Livestream vom RBB 24 mit einem Handy durchgeführt führt. Es ist das einzige Handy, welches die Möglichkeit hat, hier auch den Stream zu begleiten. Private Aufnahmen und Livestreams mit Handys sind in diesem Ausschuss nicht gestattet. Ich wollte bloß noch mal darauf hinweisen, dass dies den Regulierungen unseres Ausschusses entspricht.

Die Tagesordnung vom 18. Juli liegt Ihnen vor. – Änderungen zur Tagesordnung oder Einwände zur Tagesordnung sehe ich nicht. Dann verfahren wir so! Der Besprechungspunkt gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs, Rigaer Straße, auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion soll auch in dieser Reihenfolge begründet werden. Ein Wortprotokoll ist erwünscht, oder? – Da sind wir uns einig. Dann beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute eine Sondersitzung machen können. Ich wollte mich auch noch mal bedanken, dass das so unproblematisch geklappt hat, die hohen Hürden für die Einsetzung einer Sondersitzung zu erfüllen. Der Anlass war, wie alle wissen, die Räumung der Rigaer Straße 94, eine Teilräumung der unten gelegenen Räumlichkeiten am 22. Juni, aber vor allen Dingen im Zusammenhang mit der mündlichen Verhandlung am Landgericht vom 13. Juli 2016, bei der bekannt geworden ist, dass kein Räumungstitel gegen die dort nutzenden Personen, Vereine vorlag, und das nun eine sehr seltene Angelegenheit ist, dass die Polizei Eigentümer schützt, die ohne einen gerichtlich vorliegenden Räumungstitel gegen Nutzer ihrer Wohnungen und Eigentumseinrichtungen vorgeht. Und Sie, Herr Henkel, müssen heute erklären, was Sie davon wussten und was Sie davon halten. Sie haben immer relativ stark den Polizeieinsatz dort unterstützt. Da würde mich am ehesten interessieren, was Sie heute dazu denken. War das richtig, dass die Polizei ohne Rechtsgrundlage dort geholfen hat und über mehrere Wochen massiv ein Aufgebot dort in der Stadt vorgehalten hat?

Die politisch wichtigste Frage für meine Fraktion ist natürlich, und ich glaube, da sind wir uns relativ einig, wie man den Konflikt in der Rigaer Straße nachhaltig befrieden kann. Wie man dafür sorgt, dass die Sympathiestraftaten mit der Rigaer Straße 94 endlich aufhören, dass eskaliert wird und dass man sich nicht gegenseitig weiter aufputscht. Trotzdem müssen wir Sie als Parlament kontrollieren. Das ist unsere Aufgabe, und deswegen ist im Kern heute die Frage: Wie halten Sie es mit der „Berliner Linie“? Wie halten Sie es mit dem Rechtsstaat? Verteidigen Sie Ihr Verhalten, oder würden Sie nicht doch sagen, dass man Räumungen nur dann polizeilich unterstützen kann, wenn auch ein Titel vorliegt? Entsprechende Fragen hat meine Fraktion gestellt, und ich möchte es gerne kurz machen und bedanke mich jetzt schon mal für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Für die Fraktion Die Linke bitte Herr Taş!

Hakan Taş (LINKE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der CDU werden heute sicherlich Einige noch mal auch einiges umso mehr immer und immer wieder zu hören bekommen. Die Frage wird auch heute, glaube ich, erlaubt sein, ob ein Innensenator, der mit dem Rechtsstaat, wie es Herr Lux gerade eben noch mal ausgedrückt hat, Probleme hat, als Innensenator in Berlin noch die Aufgaben wahrnehmen darf, aber auch kann.

Wie die Weltöffentlichkeit nun auch erfahren hat, Herr Henkel, hat das Landgericht Berlin festgestellt, dass die Räumung am 22. Juni und überhaupt das Betreten der Räumlichkeiten durch den Eigentümer und/oder Mitarbeiterinnen illegal war. Die Berliner Polizei hat ohne Räumungstitel Amtshilfe geleistet und somit eine illegale Räumung auch unterstützt und durchgesetzt. Auch wenn Sie, Herr Innensenator, behaupten, der Rechtsanwalt wurde bedroht, und aufgrund dessen kam ein Versäumnisurteil zustande, macht es noch mal deutlich, was für einen Innensenator wir tatsächlich in Berlin haben. Der Rechtsanwalt des Eigentümers, wenn der Eigentümer auch wirklich der Eigentümer ist – das ist an der Stelle, glaube ich, auch erlaubt zu fragen –, hätte wegen der Bedrohung das Gericht informieren können. Er hat das aber

nicht gemacht. Und, sehr geehrter Herr Henkel, Sie wissen genauso wie ich, dass das zumindest überhaupt keine Erklärung für eine illegale Räumung sein kann, denn die Räumung fand dann ohne Räumungstitel am 22. Juni dort statt. Die Frage wäre an der Stelle durchaus auch erlaubt: Hat der Anwalt des Eigentümers in einem Brief an die Polizeibehörde oder an die Innenverwaltung um Unterstützung gebeten, in dem auch die Räumung bereits angekündigt war? Auch der Polizeipräsident scheint den Innensenator, der heute hier auch anwesend ist, im Wahlkampf unterstützen zu wollen. Der Polizeipräsident sagt: Der Polizeieinsatz erfolgte nicht wegen der Räumung, sondern zur Gefahrenabwehr.

Sehr geehrter Herr Kandt, auch wenn Sie Bauarbeiter schützen wollen, müssen Sie zumindest, davon gehe ich hier aus, als erfahrener Polizeibeamter wissen, dass Sie auch im Vorfeld prüfen müssen, ob die Eigentümer oder Bauarbeiter überhaupt rechtmäßig handeln. Haben Sie das denn überhaupt überprüft? – Wahrscheinlich nicht! Herr Henkel und Herr Kandt, Sie haben mit der Unterstützung der Räumung die Lage rund um die Rigaer Straße eskalieren lassen. Herr Henkel wollte im Wahlkampf zeigen, dass er anscheinend nach wir vor der starke Sheriff in der Stadt ist. Das Ergebnis kennen wir ja bereits. Sie machen auf dem Rücken der Polizeibeamtinnen in der Stadt in Berlin Wahlkampf. Sie können ja noch antworten, wie viele unnötige Einsatzstunden überhaupt seit dem 22. Juni bis zum 14. Juli in diesem Jahr zusammenkamen, wie viele unnötige Überstunden die Polizeibeamtinnen machen mussten, und vielleicht können Sie auch noch die Frage beantworten, was die Einsätze seit dem 22. Juni überhaupt gekostet haben, und ob die Berliner CDU eventuell auch dazu bereit ist, diese Wahlkampfkosten sozusagen zu tragen. Jetzt bin ich aber erst mal gespannt. Wir haben – wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch – im Vorfeld 15 Fragen hier in schriftlicher Form eingereicht, und ich hoffe, dass Sie die Fragen hier heute ausführlich beantworten werden.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Taş! – Dann nehme ich an, Herr Lauer für die Piraten? – Bitte, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen lieben Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben jetzt hier eine sehr interessante Situation, denn Herr Henkel, Sie als Innensenator hätten jetzt die Möglichkeit, etwas zu tun, womit niemand rechnet, Sie könnten sagen: Ja, das war falsch! Da hat die Polizei Mist gebaut. Tut mir leid! Ich habe mich auch nicht darum gekümmert. Und ich bitte Sie und die Öffentlichkeit um Verzeihung. Dann wären wir hier relativ schnell durch. Dann wäre es auch relativ schwierig für uns, noch weiter Ihren Rücktritt zu fordern, aber das Bizarre an dieser Situation hier ist, dass Sie so dermaßen uneinsichtig sind, dass wir uns hier in den nächsten drei Stunden zu, ich weiß nicht, dem gewohnten Niveau des Berliner Innenausschuss hochschrauben werden bis zu dem Punkt, wo dann die CDU von uns verlangt, uns vom Linksextremismus zu distanzieren, und ich dann noch so einen Schwank bringe und sage, die CDU soll sich mal von der NSU distanzieren.

Im Kern geht es hier um eine illegale Räumung, die – und das ist nach der gestrigen Sichtung der Akten meine Überzeugung – erst dadurch zustande kam, dass die Polizei, sage ich mal, aktiv auf den Hauseigentümer zuging und bei ihm sehr massiv den Eindruck erweckte, wenn du da jetzt reingehst auch ohne Räumungstitel, dann ist alles Bingo Bongo, wir schützen das. Und für mich ist offen, wie Sie, Herr Henkel, es in den letzten fünf Jahren zulassen konnten, dass sich die Polizei in Berlin in einem solchen Maß verselbständigt, dass die Polizei bei einem Einsatz mit 300 Beamten und Beamten bei einer rechtswidrigen Räumung durch den Eigentümer eingesetzt wird, dass Sie erst einen Abend vorher informiert werden und Ihre Ab-

teilung III, die dafür zuständig ist, nicht von Ihnen am Abend davor informiert wird, sondern das erst morgens bei der Besprechung erfährt bzw. durch die Medien. Sie lassen es jetzt verlautbaren, ja, ja, das ist alles auf dem Mist der Polizei gewachsen, wir hatten nichts damit zu tun. Das entbindet Sie nicht von Ihrer Pflicht als Dienstherr, Herr Henkel, und deswegen stehen Sie hier auch in der Verantwortung. Und ich bin wenig optimistisch, dass Sie die Fragen, die Ihnen hier von der Opposition gestellt worden sind, in irgendeiner Form zufriedenstellend beantworten werden. Das durfte jetzt auch der Regierende Bürgermeister erfahren, dass Fragen, die an Ihre Verwaltung gestellt werden, leider nicht immer so beantwortet werden, wie man sich das wünscht. Deswegen erwarte ich halt auch vor allen Dingen hier vom Koalitionspartner der CDU, der SPD, mal ein klares Statement, wie sie hier zum Verhalten des Senators steht, was sie sich hier vom Senator wünscht, und wie man denn jetzt gedenkt, in den nächsten zwei Monaten weiterzumachen, denn – und das war für mich die erschreckende Erkenntnis nach der Akteneinsicht gestern – die Polizei könnte ja jetzt in diesem Moment auch damit beschäftigt sein, wieder einen solchen rechtswidrigen Einsatz zu planen, und wir erfahren es erst durch die Medien, und Sie, Herr Henkel, erfahren es erst einen Abend vorher durch einen Anruf. Und das geht nicht, dass sich die Polizei in einem Bundesland, in Deutschland, so verständigt, wie das hier getan wurde. Und da tragen Sie die Verantwortung! Und da würde mich jetzt mal interessieren, wie Sie das sehen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Lauer! – Vielleicht noch ein Hinweis: Ich bitte darum, dass die Fotografen und auch die Fernsehteams bitte nicht die Unterlagen der Abgeordneten filmen bzw. fotografieren – nur noch mal als allgemeiner Hinweis. – Dann kommen wir jetzt zu der Stellungnahme der Senatsverwaltung, und der Herr Senator hat das Wort!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir als Innenverwaltung und Polizei heute die Gelegenheit haben, die Dinge, die im Zusammenhang mit der Rigaer Straße geschehen sind, hier noch mal deutlich zu bilanzieren und hier auch deutlich noch mal Position zu beziehen, dass wir die Gelegenheit haben, viele der Behauptungen, die in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Rigaer Straße aufgestellt wurden, auch hier im parlamentarischen Raum geradezurücken. Mir ist nach den Erfahrungen dieser Legislaturperiode völlig klar, dass wir unterschiedliche Positionen in diesem Ausschuss nicht auflösen werden. Da können wir noch so lange zusammensitzen, das ist so, aber wir werden Ihnen heute umfassende Antworten geben und darstellen, dass wir aus einer klaren und vertretbaren Rechtsposition heraus gehandelt haben.

Wir, also die Verwaltung und der Polizeipräsident Kandt, werden Ihre Fragenkataloge gleich ausführlich im Einzelnen abarbeiten. Das werden wir Frage für Frage tun bei dem, was zuge liefert wurde, auch um hinterher jeglicher Lesart vorzubeugen, die meisten Fragen seien angeblich offen geblieben. Wir werden Stück für Stück jede einzelne Frage, die eingegangen ist, abarbeiten und auch das, was noch dazukommt.

Ich möchte jedoch zu Beginn eine politische Einordnung vornehmen, in der ich auch auf Einiges davon eingehen möchte, was in den Begründungen jetzt hier vorgetragen wurde, insbesondere bemerkenswert ist die Begründung von Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der „Berliner Linie“ und Beruhigung der Szene. Anlass für die heutige Sondersitzung ist, dass das Landgericht Berlin am vergangenen Mittwoch ein Versäumnisurteil erlassen hat. Ein Urteil, das die Situation in der Rigaer Straße im Grunde schlagartig verändert hat. Auf die formalen

Aspekte und den Regelungsgehalt eines solchen Versäumnisurteils werde ich heute nicht noch mal eingehen. Das können wir nachher, wenn es Nachfragen gibt, noch mal extra behandeln. Ich habe bereits in der vergangenen Woche problematisiert, dass die Argumentation der Eigentümerseite nicht in die Abwägung mit einbezogen werden konnte. Das ist aber nicht meine Aufgabe, das weiter auszuwerten oder darüber zu spekulieren. Es geht um eine zivilrechtliche Frage, und bei dieser zivilrechtlichen Frage waren weder die Polizei noch die Innenverwaltung Verfahrensbeteiligte, aber es sollte auch jeder zur Kenntnis nehmen – das ist jedenfalls meine Bitte –, was das Gericht explizit nicht getan hat, ich verweise hierzu auf die Mitteilung der Pressestelle der Zivilgerichte vom 15. Juli dieses Jahres, dort heißt es ganz eindeutig und im Grunde auch unmissverständlich – ich sage das vor allem vor dem Hintergrund, dass wir auch nach dem Urteil gleich sehr fix mit Meinungen waren –:

Die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes war nicht Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Zitatende. Unmissverständlich! Es ist also mitnichten so, dass das Gericht einen rechtswidrigen Polizeieinsatz festgestellt hätte, es ist also nicht so, wie es in den Stellungnahmen einiger auch hier im Raum Vorhandener oder einiger Medienvertreter stand. Diesen Sachverhalt bitte ich wenigstens hier in der Debatte, die wir anschließend führen werden, entsprechend zu berücksichtigen. Betroffen ist die Polizei aber natürlich mittelbar, denn mit dem Versäumnisurteil zulasten des Eigentümers und dem vorläufigen Einstellen der Bauarbeiter, ist auch der Grund für den Einsatz nach dem Gefahrenabwehrrecht entfallen, und deshalb sind diese polizeilichen Maßnahmen mittlerweile auch eingestellt.

Aber auch wenn die zivilrechtliche Dimension keiner Bewertung durch mich obliegt, möchte ich einen Aspekt an dieser Stelle noch mal ganz klar politisch kommentieren. Es steht unverändert im Raum, dass ein Anwalt mit einem Brandanschlag eingeschüchtert und damit Einfluss auf ein Gerichtsverfahren genommen werden sollte – Konjunktiv! Der Anwalt hat mittlerweile – das wissen alle hier im Raum – sein Mandat niedergelegt. Sollte sich diese Bedrohung erhärten, dann wäre das ein unerträglicher Vorgang, und ich habe mich zu den Hinweisen auf eine solche Bedrohung bereits am Tag des Urteils eingelassen. Am Montag haben auch der Justizsenator und der Präsident der Anwaltskammer hier klare Worte gefunden, und ich freue mich, dass sich am selben Tag vonseiten der Opposition wenigstens auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dazu geäußert hat, zumindest in Form des innen- und rechtspolitischen Sprechers, wenn ich es richtig erinnere. Ich denke, dass es nach wie vor angebracht ist, hier ein klares Signal auszusenden, dass ein solches Bedrohungsszenario in einem Rechtsstaat völlig inakzeptabel ist, egal, welche Position man im Einzelnen in der Auseinandersetzung der Rigaer Straße sonst noch vertritt.

Bevor ich auf die rechtliche Grundlage für den Einsatz eingehe, will ich noch eine Vorbemerkung machen. – [Zuruf: Noch eine?] – Sie haben in den vergangenen Tagen und Wochen nicht mit Kritik an mir gespart. Das halte ich gerne aus. Das ist mein Job, polizeiliche Maßnahmen auch gegen Kritik zu verteidigen. Dass wir uns acht Wochen vor der Wahl gegenseitig Wahlkampf vorwerfen, damit können Sie vermutlich genauso emotional unbelastet umgehen wie ich. Ich sage Ihnen auch – – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Ja, wir müssen uns schon entscheiden. Sie müssen sich entscheiden. Vor ein paar Wochen haben Sie mir unterstellt, ich würde die Polizei für den Wahlkampf politisch instrumentalisieren, heute sagen Sie, die Polizei hat sich verselbständigt. Da muss man sich schon entscheiden! Also entweder bin

ich derjenige, der auf den Knopf drückt und die Polizei als Kavallerie in irgendwelche Räume schickt, oder ich bin derjenige, der hier einfach zuschaut, während sich die Polizei verselbstständigt. Da muss man sich auch als Opposition einfach mal entscheiden. Ich sage Ihnen aber auch, was mich sehr gestört hat: – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Das waren die Äußerungen am Einsatztag selbst, am 22. Juni. Ich habe als oberster Dienstherr in der Tat ein Problem damit, wenn Abgeordnete herumlaufen und erzählen, der Innensenator lasse jetzt seinen Frust in der Rigaer Straße aus, weil er mit der Videoüberwachung im Parlament nicht durchgekommen sei. – [Zuruf] – Das ist völlig absurd, eine völlig absurde Nummer! Und ich habe deshalb ein Problem damit, weil Sie damit nicht mich treffen, Sie wollen mich treffen, aber am Ende müssen es die Polizisten ausbaden. Das ist mein Problem, und das gilt auch – – – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] –

Vorsitzender Peter Trapp: Kollege Lauer, der Senator hat das Wort!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): – auch wenn Sie irgendwie nicht mehr doch oder wie auch immer nahe der Piratenpartei sind oder nicht mehr Mitglied oder was auch immer, aber es gilt auch für die Piraten in Friedrichshain-Kreuzberg, die den Linksautonomen ein gepflegtes Henkel-Räumen gewünscht haben – auch dafür gilt das. Sie haben hier bewusst das rechtstaatlich absurde Zerrbild eines persönlichen Feldzuges gezeichnet und den Innensenator als General, der hier Einsätze gegen missliebige Gruppierungen anordnet. Sie unterstellen mir, frei vom Wissen die entscheidungsfähigen Aufgaben der Polizei zu übernehmen. Sie zeichnen ein solches Bild, werfen mir aber im selben Atemzug vor, die Stimmung anzuheizen. Das ist billig, ist absurd und ist hier an dieser Stelle von mir zu kritisieren.

In dem Moment, in dem Sie die Polizei abstempeln, mein willfähriges Objekt zu sein, machen Sie sie zum Wahlkampfinstrument. Wer Henkel treffen will, muss die Polizei treffen – das ist ja die Botschaft, die von diesen Äußerungen ausgeht, und das finde ich, meine Damen und Herren, geht gar nicht. Die Polizei ist nicht den persönlichen Wünschen des Innensenators verpflichtet. Sie ist Recht und Gesetz verpflichtet, und nur das kann die einzige Grundlage für ihre Entscheidungen sein. Dieser Einsatz war polizeilich notwendig, und wir vertreten die klare Auffassung, dass er auch rechtmäßig war. – [Hakan Taş (LINKE): Auf welcher Grundlage?] – Und deshalb vertrete ich diesen Einsatz auch seit Wochen politisch, selbst wenn ich ihn nicht persönlich entschieden habe. Der Polizeipräsident hat bereits in der vergangenen Woche erklärt, wie die Entscheidungs- und Kommunikationswege waren. Er hat die Entscheidung in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen der zuständigen Direktion 5 und unter Einbindung juristischen Fachverständes seines Stabes getroffen.

Gleichwohl hat er mich richtigerweise – vorhin von irgendjemandem hier erzählt – am Vorabend, also am 21. Juni, telefonisch darüber informiert, dass ein solcher Einsatz stattfindet. Diese Information, auch dieser Art, ist durchaus bei größeren Einsätzen üblich, wo mit einer größeren Öffentlichkeitswirksamkeit gerechnet werden muss, etwa bei Durchsuchungen in der Islamistenszene, bei SEK-Einsätzen, bei Razzien im rechtsextremen Spektrum und eben auch bei solchen Großeinsätzen wie in der Rigaer Straße.

Dieser Einsatz fand auf der Grundlage des ASOG statt. Er diente dem Schutz der Bauarbeiter und auch des eingesetzten Sicherheitspersonals des Sicherheitsdienstes, das auf diesem Grundstück im Auftrag der Hausverwaltung tätig werden wollte. Hier müssen sich einige endlich von dem Begriff der Räumung lösen – ich habe das in den Begründungen von jedem gehört –, von der Unterstellung, dass die Polizei irgendetwas geräumt hätte. Eine Räumung durch die Polizei hat nicht stattgefunden und kann auch nicht stattgefunden haben, weil es – Herr Lux, das haben Sie in diesem Kontext dargestellt – dafür natürlich gar keinen Titel gab. Für die Räumung gab es keinen Titel. – [Hakan Taş (LINKE): Oh! Woher wissen Sie das? Das ist etwas ganz Neues!] – Wir bewegen uns hier klar und ausschließlich – [Christopher Lauer (PIRATEN): Hat Ihnen das Herr Böhmermann geschrieben?] – im Gefahrenabwehrrecht, im Bereich von § 17 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 ASOG, wo es klar heißt:

Die Polizei hat im Rahmen der Gefahrenabwehr auch Straftaten zu verhüten sowie für die Verfolgung von Straftaten vorzusorgen.

also vorbeugende Bekämpfung von Straftaten.

Genau damit, Herr Lux, haben wir es hier zu tun. Ich habe irgendwo gelesen, dass die lange Dauer des Einsatzes gegen diesen gefahrenabwehrrechtlichen Charakter spreche. Das Gegen teil ist doch der Fall. Eine Räumung wäre doch etwas, was relativ schnell gehen würde; ein kurzer, konzentrierter Einsatz, zum Beispiel, um eine Wohnung leerzumachen und sie dann zu sichern. Das ist etwas, was kurz ist. Gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen richten sich nach der Bedrohungslage vor Ort, und die kann wie in diesem Fall deutlich länger anhalten.

Die Lage wie in der Rigaer Straße ist im Übrigen kein Geheimnis. Selbst im Innenausschuss haben wir darüber mehr als einmal gesprochen, und auch im Plenum haben wir darüber mehr als einmal gesprochen. Es geht mir nicht darum, hier irgendwelche alternativen Lebensentwürfe zu kritisieren oder zu verhindern. Darüber hat die Polizei überhaupt nicht zu befinden. Worum geht es? – Es geht um Gewalt, die im Übrigen auch auf dem Rücken unserer Polizei ausgetragen wird. Ich muss hier daran erinnern, wie gefährlich die Arbeit für unsere Polizistinnen und Polizisten in diesem Gebiet in der Vergangenheit war. Warum ich daran erinnern muss, ist mir schleierhaft, denn genau darüber haben wir schon gesprochen, dass auch die Polizei selbst mit hohem Aufwand in viele Einstätze gehen muss und sich die Situation seit vergangenem Herbst noch mal deutlich verschärft hat.

Kollegin Bayram! Was Sie in den vergangenen Wochen als Gefahrengebiet bezeichnet haben, die verstärkte Einsatzkonzeption, die wir seit letztem Herbst fahren, ist eine klare Reaktion auf die Verschärfung, die von der militanten Szene, der linken Szene in dieser Straße ausgeht. Dafür lasse ich mich gern kritisieren, weil es für mich notwendig und polizeilich geboten bleibt. Die Angriffe von Links sind im vergangenen Herbst immer heftiger geworden. Sie wissen doch alle, was geschehen ist, übrigens auch nach der Akteneinsicht gestern: fingierte

Notrufe, Polizei in Hinterhalte, Steine, die von Dächern auf Funk- und Gruppenwagen geworfen wurden. – Das ist ja alles kein Geheimnis, das ist ja bekannt. Irgendwann landet der Stein eben nicht auf dem Dach eines Fahrzeugs, daneben oder in der Frontscheibe, irgendwann landet er auf dem Kopf eines Polizisten. Ich habe damals klargemacht, dass ich nicht abwarte, bis etwas passiert, bis irgendwann der erste tote Polizist zu beklagen ist. Auf diesen Terror gegen unsere Polizei muss der Rechtsstaat antworten, und das hat er getan. In diesem Kontext – Gewalt gegen fremdes Eigentum, Einschüchterung von Hinzugezogenen, brennende Mülltonnen, Auseinandersetzungen mit der Polizei – bewegen wir uns bei der Debatte, und dazu zählt auch – auch darüber haben wir hier gesprochen – der feige Angriff auf einen Polizeibeamten im Januar.

Bestimmte Oppositionspolitiker sagen dann immer, ich könnte das gar nicht den Einwohnern der Rigaer Straße 94 zuordnen. Unabhängig davon, ob ich das kann oder nicht – darum geht es auch gar nicht –, ist es für eine Gefahrenbewertung vorrangig, dass es die Gefahr gibt, und erst zweitrangig, wer sie verursacht. Einer solchen Gefahr sind auch Eigentümer, Hausverwalter und Bauarbeiter ausgesetzt in einem Klima, das durch den Hass auf den Staat, Hass auf Investoren, vermeintliche Gentrifizierungstreiber, gekennzeichnet ist. Auch in diesem Zusammenhang gibt es ein eindeutig zu bejahendes Gefahrenszenario, das sich aus vielen Vorfällen der Vergangenheit in der Rigaer Straße ergibt; wir kommen nachher noch mal darauf zu sprechen. Doch auch dieser Kreis hat wie jeder andere Rechte – das Recht auf körperliche Unversehrtheit zum Beispiel, das Recht, vor Straftaten geschützt zu werden –, und dieses Recht gilt es selbstverständlich von der Polizei durchzusetzen, in diesem Fall vor allem konkret der Bauarbeiter. Der Anwalt der Hausverwaltung ist im Mai an die Polizei Berlin herangetreten mit der Bitte, die beauftragten Bauarbeiter zu schützen. Die Gefahren für diese Personen hat der Hauseigentümer schriftlich dargelegt und auf seine Erfahrungen bei vorangegangenen Maßnahmen im Haus Rigaer Straße 94 gestützt. Diese Einschätzung stimmte im Übrigen mit der polizeilichen Lageeinschätzung in hohem Maße überein, und deshalb war der Einsatz nicht nur rechtmäßig, sondern auch notwendig. Ich habe in der Vergangenheit unmissverständlich herausgestellt, dass ich keine rechtsfreien Räume zulassen werde. – [Canan Bayram (GRÜNE): Aber selbst welche schaffen!] – Frau Bayram! In dieser Linie steht auch die Entscheidung des Polizeipräsidenten. Die Vorstellung, dass sich Bauarbeiter nicht in eine Straße trauen, finde ich inakzeptabel, und wenn Sie das lustig finden, können Sie jetzt, an dieser Stelle, lachen. Ich finde es inakzeptabel.

Deshalb bleibt es bei meinem Fazit – Herr Lauer! Es wird Sie nicht wundern –: Ich stehe hinter diesem Einsatz. Es bleibt dabei. Die Resonanzstraftaten, die wir in der Folge erlebt haben, kann der Rechtsstaat nicht tatenlos hinnehmen. Die Autos, die Nacht für Nacht brennen, in diesem, wie es heißt, schwarzen Juli, wie es die Linkautonomen nennen, sind nur ein Ausdruck der Gewaltbereitschaft. Wir haben auf diese Situation mit der Einrichtung der Ermittlungsgruppe „LinX“ reagiert. Ich bin bereit, die Maßnahmen weiter hochzufahren, falls das erforderlich sein sollte. Vorsorgliche Planungen dafür laufen. Aber die Polizei kann den Kampf gegen diese Chaoten nicht allein gewinnen; die Polizei kann dies nicht allein schaffen. Die Polizei kann den Kampf gegen keine Form des Extremismus allein gewinnen. Dazu braucht man die Unterstützung aller, auch die der Politik, auch derer hier im Abgeordnetenhaus, und natürlich die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Das heißt, dass wir diejenigen, die Gewalt verherrlichen, die Gewalt propagieren, die sie ausüben, völlig isolieren müssen, und zwar am besten gemeinsam, wenn wir erfolgreich sein wollen. Wir haben es dabei mit einem Gegner zu tun, der auf einem linksextremen Internetportal Polizisten komplett entmenschlicht

und sie als Schweine bezeichnet, einem Gegner, der ein Feindbild Polizei aufbaut, der nicht dafür zurückschreckt, unsere Polizei zu diffamieren und zu diskreditieren, übrigens auch mit Falschbehauptungen über angebliche V-Personen der Polizei, was eine Lüge ist, über Durchstecherein der rechten Szene, wofür es keine Belege gibt, mit einem Gegner, der auf demselben Portal damit droht, sein Verhältnis zur Gewalt noch mal zu überdenken, der deutlich macht, dass er keine Autoritäten anerkennt, und der sich als Feind des Systems sieht, der auf demselben Portal nach einer Demo schreibt, dass er sich Heckenschützen auf den Dächern gewünscht hätte gegen die Schweine, gegen die Polizisten. Das ist eine neue Schwelle der Einschüchterung, eine erhebliche verbale Radikalisierung, und natürlich ist das etwas, das ich jedenfalls an dieser Stelle scharf kritisiere. Deshalb bleibt es bei meinem Petitum: Diese Extremisten müssen isoliert werden. Vor allem dürfen ihnen keine Erklärungsmuster geliefert werden. Wer behauptet, der Einsatz im Juni wäre schuld an der Gewalt, die darauf folge, der liefert den Linksextremisten eine Entschuldigung für Hass und Militanz. Ich sage hier ganz klar: Niemand hat das Recht, Polizisten massiv mit Steinen, Flaschen, Böllern oder Ähnlichem zu bewerfen, und niemand hat das Recht, Bauarbeiter durch Drohungen, Einschüchterungen und Gewalt von ihrer Arbeit abzuhalten. Dafür kann und darf es keine Rechtfertigung geben, nicht bei uns in der Stadt und nirgendwo in unserem Land.

Autobrände, Gewalt, Einschüchterung: Ich bin weiterhin nicht bereit, über solche Taten stillschweigend hinwegzusehen. Das alles können Sie, wenn Sie wollen, Herr Lauer, Herr Taş, Herr Lux, als Wahlkampfgetöse abtun, das interessiert mich nicht. – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] – Das ist für mich eine Frage von Prinzipien und Überzeugungen, und hier gilt das, was ich im Zusammenhang mit rechten Anschlägen auf Baustellen von geplanten Flüchtlingsunterkünften schon gesagt habe: Wo Sachen brennen, brennen irgendwann auch Menschen. – Das habe ich im Zusammenhang mit den rechten Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte gesagt. Diese Eskalationsspirale hat es in der Geschichte oft genug gegeben. Auf diesen Sachverhalt zielt übrigens auch mein deutlicher Vergleich mit den rechten Schlägertruppen der Weimarer Republik. Die junge Demokratie ist genau daran zerbrochen, dass sie denjenigen, die die Gewalt auf die Straße gebracht haben, am Ende nichts mehr entgegensetzen konnte. Diesen Vergleich müssen Sie nicht gut finden, den können Sie ungeheuerlich finden. Dafür können Sie mich rügen, Sie können mich missbilligen, Sie können machen, was Sie wollen. Für mich ist und bleibt wichtig, dass wir linke Gewalt genauso ernst nehmen wie rechte Gewalt. Das ist das Entscheidende. Wir müssen sie nicht gleichsetzen, aber wir müssen sie gleich ernst nehmen. Das ist das Mindeste, was man auch in der politischen Debatte erwarten darf. Die Lage ist heute zum Glück eine völlig andere als in den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts, aber sie ist nicht gottgegeben, und deshalb bleibt es dabei: Wir müssen jederzeit wachsam sein und den Anfängen wehren. Deshalb brauchen wir endlich einen politischen und gesellschaftlichen Konsens gegen Linksextremismus, wie wir ihn gegen Rechtsextremismus Gott sei Dank haben. – So viel zu meiner politischen Einschätzung. Wir werden jetzt die einzelnen Fragen, die es gab, eingereicht durch Bündnis 90/Die Grünen, die Linkspartei und durch die CDU-Fraktion, beantworten. Danach wird es Gelegenheit geben, dass der Polizeipräsident aus seiner Sicht den Einsatz und wie es dazu gekommen ist, schildert, und für die juristischen Fragen wird der Justiziar der Polizei, wenn gewünscht, zur Verfügung stehen. Herzlichen Dank! – [Torsten Schneider (SPD): Wer ist Ausschussvorsitzender?] –

Vorsitzender Peter Trapp: Sehr geehrter Herr Schneider! Das bin ich, und das Wort erteile ich auch, und wenn der Senat der Meinung ist, dass durch den Herrn Staatssekretär und den Herrn Polizeipräsidenten noch mehr Informationen in diesen Ausschuss kommen, dann werde

ich das genehmigen. Deshalb hat jetzt der Herr Staatssekretär das Wort. – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Bitte, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport): Es liegen drei schriftlich eingereichte Fragenkataloge vor. Ich werde die in der Reihenfolge der Fragestellungen der Linken, der Grünen und der CDU-Fraktion beantworten. Zum besseren Verständnis: Für diejenigen, die nicht alle Fragen im Einzelnen kennen, werde ich sie mit vortragen, damit der jeweilige Bezug völlig klar ist.

Ich komme zum Fragenkatalog der Linken:

1. Wann und auf welchem Wege hat sich der Eigentümer des Hauses Rigaer Straße 94 mit dem Anliegen an die Berliner Polizei gewandt, Räumlichkeiten im Haus betreten, handwerkliche Maßnahmen vornehmen oder räumen zu wollen?

Der von der Eigentümerin beauftragte Rechtsanwalt hat am 31. Mai 2016 ein Schutzersuchen an die Polizei Berlin gestellt. Das Ersuchen diente dem Schutz der mit den baulichen Arbeiten zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit beauftragten Personen. Dem Schutzersuchen wurde insofern entsprochen, als dass der Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Grundlage des ASOG Berlin gewährleistet wurden. Der polizeiliche Einsatz diente somit ausschließlich der Abwehr von Gefahren für die von der Eigentümerin der Rigaer Straße 94 beauftragten Personen und nicht der Durchsetzung etwaiger zivilrechtlicher Ansprüche.

2. Wie und von wem wurde die Rechtmäßigkeit des Vorgehens des Eigentümers geprüft und mit welchem Ergebnis?

Nach Eingang des Schreibens des Rechtsanwalts der Eigentümerin mit Datum von 31. Mai 2016 wurde der zuständige Mitarbeiter des Justiziariats der Polizei Berlin zur Prüfung aufgefordert und in die weiteren Beratungen eingebunden. In einer im Januar 2016 auf dem Abschnitt 51 stattgefundenen Besprechung wurde dem Eigentümer durch Just I bereits nachhaltig erklärt, dass eine polizeiliche Unterstützung seiner Maßnahmen im und am Objekt aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist und dass er nur die Teile des Objekts bearbeiten dürfe, die keine Wohnungen seien und deshalb seinem übergeordneten Haus- und Verfügungsrecht unterfallen. Eine eingehende Prüfung der Rechtslage in Gestalt einer schriftlichen gutachterlichen Abwägung ist nicht erfolgt, und das war schon wegen des auf den bloßen Schutz der Mitarbeiter des Eigentümers vor Angriffen legitimierten Auftrags auch nicht erforderlich. Der Eigentümer hat in der oben angegebenen Besprechung dargelegt, dass es an den maßgeblichen Räumen nach seinen Unterlagen weder Miet- noch sonstige Nutzungsrechte gäbe. Gründe, diese Darlegung infrage zu stellen, erschlossen sich nicht. Bei dieser Ausgangslage war es zurzeit der Vorbereitung nur folgerichtig, keine Belege über etwaige Räumungsverfahren einzufordern, da sich deren Gebotenheit aufgrund des schlüssigen Vortrags des Eigentümers nicht ergab. – [Hakan Taş (LINKE): Ich stelle fest, Sie haben die Unterlagen nicht überprüft!] –

3. Wer hat über den Polizeieinsatz mit 300 Einsatzkräften entschieden?

Die Entscheidung zur Durchführung des Einsatzes wurde am 7. Juni 2016 durch den Polizeipräsidenten nach Beratungen verschiedenster Dienstbereiche der Polizei Berlin, insbesondere

dem zuständigen Direktionsleiter, Herrn Krömer, getroffen. Die rund 300 Einsatzkräfte befanden sich nicht ausschließlich im bzw. am Objekt Rigaer Straße 94, sondern vielmehr gliederten sie sich mit unterschiedlichen Aufgabenzuweisungen im gesamten geografischen Raum.

4. Wurde der Polizeipräsident über den bevorstehenden Einsatz informiert, und wenn ja, wann wurde er von wem informiert?

Der Polizeipräsident wurde am 7. Juni 2016 durch den Direktionsleiter, Herrn Krömer, über den beabsichtigten Einsatz am 22. Juni informiert.

5. Wurde die Innenverwaltung oder der Innensenator über den bevorstehenden Einsatz informiert, und wenn ja, wann wurde wer von wem informiert?

Die Antwort: Herr Polizeipräsident Kandt hat den Senator für Inneres am Abend des 21. Juni 2016 über den bevorstehenden Einsatz informiert.

6. Was war Zweck des Einsatzes am 22. Juni?

Ausweislich des Schutzersuchens vom 31. Mai 2016 sollten Arbeiten zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit durchgeführt werden. Die polizeilichen Maßnahmen dienten nicht – ich sage es noch einmal – der Durchsetzung etwaiger zivilrechtlicher Ansprüche, sondern dem Schutz der Arbeiter. Über das Schutzersuchen hinaus schilderte der Eigentümer, auch Maßnahmen des Brandschutzes und der Statik treffen zu wollen. Die Erforderlichkeit dieser Maßnahmen konnte die Polizei aus eigenen Erkenntnissen bestätigen. Im Rahmen eines Gesprächs zwischen Mitarbeitern des Abschnitts 51 und einem Vertreter des Bereiches Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz der Berliner Feuerwehr bereits am 28. Januar 2016 wurden erhebliche Mängel des Brandschutzes und der Statik im Gebäude Rigaer Straße 94 besprochen, unter anderem massive Verbarrikadierungsvorrichtungen an den Haus- und Hofeingangstüren, Unrat in Form einer aus über einem Dutzend Kühlchränken errichteten Mauer im Innenhof, Fehlen von Treppenstufen und Treppengeländern sowie der Einbau einer Falltür im Seitenflügel, Manipulation an Stromleitungen, Durchbrüche von Wänden. Der Vertreter der Feuerwehr bewertete die Zustände als erheblich brandgefährdet und machte deutlich, dass eine Menschenrettung unter den gegebenen Umständen erheblich erschwert sei. Sein Fazit war, dass schnellstmöglich Maßnahmen getroffen werden müssen und ein Hinweis an das zuständige Bezirksamt, sprich, das Bauamt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg erfolgen solle. Daraufhin wurde die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg durch die Polizeidirektion 5 mit Schreiben vom 5. Februar 2016 über die vorgenannten Zustände in Kenntnis gesetzt und im Rahmen der bezirklichen Zuständigkeit um Veranlassung der erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahrenlage gebeten. Eine Reaktion hierauf erfolgte nicht. – [Canan Bayram (GRÜNE): Das wissen Sie doch gar nicht!] –

7. Was war die Rechtsgrundlage des Einsatzes und wie wird diese begründet?

Der Schutz der Maßnahmen des Eigentümers durch die Polizei im Hinblick auf den Dachboden, die Kellerflächen sowie die beiden Höfe war gefahrenabwehrrechtlich gemäß der §§ 1 Abs. 3 und 17 Abs. 1 ASOG Berlin zulässig, weil es sich hierbei um allgemein zugängliche Flächen handelt, an denen der Eigentümer ein Haus- und Verfügungsrecht hat. Es bestand eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, weil aufgrund der Vorkommnisse in

der Vergangenheit zu befürchten war, dass die von der Eigentümerin beauftragten Arbeiter durch Hausbewohner angegriffen werden, insbesondere aufgrund folgender Vorfälle: Am 23. September 2015 versuchte der Geschäftsführer der zu diesem Zeitpunkt zuständigen Hausverwaltung BELIMA das vermeintlich leerstehende Dachgeschoss des Vorderhauses Rigaer Straße 94 zu begehen und von Unrat zu räumen. Im Anschluss an diese Maßnahmen sollten direkt Baumaßnahmen beginnen. Hierzu wurde durch die Hausverwaltung sowohl ein Sicherheitsdienst als auch ein Bautrupp zur Beseitigung des Sperrmülls beauftragt. Um 9.30 Uhr betrat der Sicherheitsdienst und die Bauarbeiter eigenständig im Auftrag der BELIMA den Dachboden. Die Zugangstür des Dachbodens war durch Unbekannte wiederum gewaltsam geöffnet worden. Der Sicherheitsdienst traf dort vier männliche Personen vermutlich polnischer Herkunft an. Diese wurden aufgefordert, den Dachboden zu verlassen. Beim Herausbegleiten der vier Personen stellten sich nach Aussage des Sicherheitsdienstes ca. 30 Personen, mutmaßlich aus der linken Szene, in den Weg und forderten den Sicherheitsdienst auf, das Objekt zu verlassen. Der Sicherheitsdienst informierte daraufhin telefonisch den Abschnitt 51 über die aktuelle Lageentwicklung. Um 9.34 Uhr trafen Kräfte der Direktion Zentrale Aufgaben am Ort ein. Die Torzufahrt wurde durch die Personengruppe vor Eintreffen der Einsatzkräfte von innen verschlossen und entsprechend gesichert. Der Sicherheitsdienst sowie der Bautrupp mussten zuvor das Objekt verlassen. Um 9.42 Uhr trifft der Polizeiführer des Abschnitts 51 am Einsatzort ein. Um 9.45 Uhr findet ein Gespräch des Polizeiführers mit einer Anwohnerin statt, die der polnischen Sprache mächtig ist. Diese versuchte, zwischen den Personen im Objekt und der Polizei zu vermitteln. Um 9.49 Uhr wurde die Kontaktaufnahme durch die Personen im Haus verweigert. Um 9.56 Uhr gab es eine telefonische Rücksprache der Polizei mit dem Verantwortlichen der Hausverwaltung und die Mitteilung über die aktuelle Lage. Dieser entscheidet sich daraufhin, die geplanten Maßnahmen abzubrechen.

Am folgenden Tag, dem 24. September, kam es in der Arndtstraße am Sitz der Hausverwaltung zu folgendem Hergang: Nach Aussage des Anzeigenden, des Hausverwalters, drangen gegen ca. 13.30 Uhr drei schwarz gekleidete, unbekannt gebliebene Personen in die Räumlichkeiten ein. Teils trugen sie Tücher bzw. Sturmhauben vor dem Gesicht. Vor den Büroräumlichkeiten befanden sich auf dem Gehweg etwa sieben weitere schwarz gekleidete und verummumpte Personen. Eine der drei Personen in den Räumlichkeiten war weiblich und wollte eine Mitarbeiterin an ihrem zu der Zeit geführten Telefonat hindern. Der Geschäftsführer der Hausverwaltung trat der weiblichen Person entgegen und hielt sich mittels einfacher körperlicher Gewalt davon ab, weiter an seine Mitarbeiterin heranzutreten. Er machte von seinem Hausrecht Gebrauch und forderte die Unbekannten auf, unverzüglich die Büroräume zu verlassen. Dieser Aufforderung kamen die Personen zunächst nicht nach. Eine männliche Person versuchte, ein gerahmtes Exemplar eines Flugblatts im Büro an einer Wand zu befestigen. Dieser Versuch schlug fehl. Den Rahmen, den Nagel sowie einen Einweghandschuh ließ der Unbekannte zurück. Zeitgleich warfen die ca. sieben verummumten Personen vor den Büroräumlichkeiten Flugblätter auf den Gehweg, die sich auf einer Fläche von 30 bis 40 Quadratmetern verteilten. Nach Aussage des Hausverwalters war die beschriebene Aktion nach zwei bis drei Minuten beendet. Die unbekannt gebliebene Personengruppe entfernte sich schließlich über die Friesenstraße in Richtung Marheinekeplatz. Als die Polizei eintraf, waren keine Personen mehr vor Ort feststellbar. Eine sofortige Absuche des Nahbereiches verlief ohne Erfolg.

8. Wie viele Polizeikräfte welcher Einheiten der Berliner Polizei und wie viele Polizeikräfte andere Bundesländer oder des Bundes wurden eingesetzt?

Insgesamt waren rund 300 Dienstkräfte aus der örtlich zuständigen Direktion, von der Bereitschaftspolizei, von den Abschnitten und aus dem Landeskriminalamt im Einsatz. Von den 300 Einsatzkräften war nur ein kleiner Teil direkt in der Rigaer Straße eingesetzt. Der Großteil der Beamten war im Umfeld, beispielsweise mit Raumschutzmaßnahmen und Absperrungen besetzt. Zusätzliche Dienstkräfte aus Bund und Ländern waren nicht unterstellt.

9. Welche Lagebeurteilung lag der gewählten Einsatzstärke zugrunde?

Die Beurteilung verschiedenster Lagefelder vor Einsätzen ist die Basis polizeilicher Kräftekdisposition. Im konkreten Fall sind Maßnahmen zum Schutz der Bauarbeiter, des Sicherheitsdienstes sowie für das Umfeld vorgeplant und als erforderlich beurteilt worden, zumal von einer starken Resonanz auf die Baumaßnahmen ausgegangen werden musste.

10. Trifft es zu, dass zum Zeitpunkt des Betretens der Räumlichkeiten in der Rigaer Straße 94 durch Beauftragte des Eigentümers weder ein Räumungstitel vorlag noch ein Gerichtsvollzieher anwesend war?

Ja, denn bei dem polizeilichen Einsatz handelte es sich nicht um die Vollstreckung eines Räumungstitels. Der öffentliche Auftrag der Polizei ist dem ASOG Berlin zu entnehmen und diente von Anfang an eindeutig dem Schutz der Objektverantwortlichen und deren beauftragten Firmen wie Bauarbeitern und Sicherheitsdienst vor körperlichen Angriffen. Das Rechtsgut der körperlichen Unversehrtheit war gefährdet. Die Polizei hat keine Räume oder Flächen von Personen bzw. von Sachen freigemacht. Der Eigentümer hat in eigener Zuständigkeit Räume und Örtlichkeiten betreten, die entweder frei zugänglich waren bzw. für die es nach den dort vorliegenden Unterlagen keine wie auch immer gearteten Vertragsbindungen gab.

Bei dieser Ausgangslage war es zur Zeit der Vorbereitung nur folgerichtig, keine Belege über etwaige Räumungsverfahren einzufordern, da sich deren Gebotenheit aufgrund des schlüssigen Vortrags des Eigentümers nicht ergab. – [Canan Bayram (GRÜNE): Das ist absurd!] –

11. Warum ist die Polizei nicht gegen die vom Hauseigentümer eingesetzten Personen vorgegangen, die unrechtmäßig in die Räumlichkeiten der Rigaer Straße 94 eingedrungen sind und fremdes Eigentum aus den Räumen entfernt haben?

Diese Frage verkennt, dass die Polizei Berlin nicht zur Durchsetzung etwaiger zivilrechtlicher Ansprüche tätig wurde, sondern zum Schutz von Personen zur Gefahrenabwehr. Ein etwaiges unrechtmäßiges Verhalten war im Übrigen in keiner Weise erkennbar.

12. Inwieweit haben Einsatzkräfte der Polizei bei dem Einsatz am 22. Juni Räumlichkeiten des Lokals „Kadterschmiede“ oder andere Räumlichkeiten in der Rigaer Straße 94 betreten?

Die Dienstkräfte betraten zum Schutz der vom Eigentümer beauftragten Bauarbeiter die einer üblichen Nutzung gewidmeten Flure, Treppenhäuser und Dachböden des Seitenflügels und des Hinterhauses vom Objekt Rigaer Straße 94. Des Weiteren wurden die durch die Bauarbeiter geöffneten Räumlichkeiten der sogenannten Kadterschmiede im Seitenflügel und einer

Werkstatt im Hinterhaus mit Zustimmung des durch den Hauseigentümer beauftragten Verantwortlichen betreten.

13. Was waren Zweck und Rechtsgrundlage des Einsatzes in der Rigaer Straße 94 nach dem 22. Juni bis zur Wiederinbesitznahme der Räumlichkeiten der „Kadterschmiede“ am 14. Juli?

Die Schutzwürdigkeit der Maßnahmen gemäß § 1 Abs. 3 und § 17 ASOG bestand fortwährend. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Versäumnisurteils des Landgerichts Berlin vom 13. Juli 2014 hat die Polizei Berlin ihren Einsatz zum Schutz der Arbeiter beendet.

14. Wie viele Polizeikräfte waren nach dem Einsatz am 22. Juni bis zur Wiederinbesitznahme der Räumlichkeiten der „Kadterschmiede“ am 14. Juli insgesamt in der Rigaer Straße 94 im Einsatz, und wie viele waren es täglich?

Im Zeitraum vom 22. Juni bis 17. Juli 2016 waren Einsatzkräfte der Polizei im Rahmen konzeptioneller Ansätze zur stadtweiten Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität links mit Einsatzanordnung der Direktion Einsatz stadtweit im Einsatz. Diese Einsatzanordnung sieht ein Maßnahmenbündel aus Raumschutz- und Objektschutzmaßnahmen sowie Aufklärungsmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet durch Polizeidienstkräfte vor. Die Einsatzkonzeption der Direktion Einsatz ist die Folge der polizeilichen Maßnahmen zum Schutz von privaten Umbau- und Sanierungsarbeiten im und am Objekt Rigaer Straße 94. Ziel ist es vorrangig, Brandstiftungs- und Sachbeschädigungsdelikte sowie Landfriedensbrüche zu verhindern und durch den stadtweiten Kräfteeinsatz an erkannten Brennpunkten frühzeitig Aktionen der Szene entgegenzuwirken. Von den stadtweit eingesetzten Einsatzkräften befand sich bis zum 13. Juli 2016 lediglich eine geringe Anzahl an Polizeidienstkräften unmittelbar stationär am Objekt Rigaer Straße 94. Mit dem Zeitpunkt der Rückübernahme durch die Bewohner erfolgte eine flexible Umgliederung der Einsatzkräfte. Ab dem 14. Juli 2016 waren keine Polizeidienstkräfte dauerhaft vor dem Objekt Rigaer Straße 94 eingesetzt. Insgesamt kann aufgrund der Maßnahmen – [Hakan Taş (LINKE): Können Sie die Frage beantworten?] –, die sich über das gesamte Stadtgebiet erstreckt haben, keine genaue Zuordnung der Kräfte zur Rigaer Straße 94 im Sinne der Fragestellung vorgenommen werden.

15. Wie viele Einsätze des Polizeihubschraubers im Zusammenhang mit der Rigaer Straße gab es zwischen dem 22. Juni und dem 14. Juli, und wie lange dauerten diese jeweils?

Der Polizeihubschrauber wurde an zwei Tagen im Zusammenhang mit der Rigaer Straße eingesetzt. Am 22. Juni 2016 in der Zeit von 21.25 Uhr bis 22.53 Uhr, eine Stunde 28 Minuten Flugzeit. Der Polizeihubschrauber wurde für Aufklärungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dezentralen Aktionen von bis zu 500 teilweise vermummten Personen eingesetzt, die Sachbeschädigungen und Landfriedensbrüche begingen sowie Hindernisse auf die Fahrbahn verbrachten.

Am 9. Juli 2016 in der Zeit von 22.19 Uhr bis 23.16 Uhr, 57 Minuten Flugzeit.

Der Einsatz des Polizeihubschraubers – aufgrund der Größe und Unübersichtlichkeit der Versammlung – wurde am 9. Juli 2016 der Versammlungsleitung unverzüglich bekanntgegeben.

Ich komme zum Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Benedikt Lux (GRÜNE): Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender! – Herr Staatssekretär! Es tut mir leid, dass ich Sie unterbreche, obwohl ich nicht das Wort habe.

Vorsitzender Peter Trapp: Augenblick, bitte! Das Wort hat der Herr Staatssekretär. Er beantwortet die schriftlich eingegangenen Fragen, und auf diese Antworten haben alle Abgeordneten ein Recht. – [Hakan Taş (LINKE): Er hat die Fragen gar nicht beantwortet!] – Sie können gerne Nachfragen stellen. Jetzt hat weiterhin der Herr Staatssekretär das Wort. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Zur Geschäftsordnung!] – Zur Geschäftsordnung können Sie gerne einen Antrag stellen.

Benedikt Lux (GRÜNE): Meine Fraktion zieht ihren Fragenkatalog zurück. – Vielen Dank! – [Zuruf von Tim-Christopher Zeelen (CDU)] –

Heiko Melzer (CDU): Ein Antrag zur Geschäftsordnung der Grünen, der kein Antrag zur Geschäftsordnung war, sondern ein Zurückziehen eines Fragenkataloges, ist das eine. Ich halte jetzt eine Gegenrede zu dem Antrag zur Geschäftsordnung und stelle fest, Herr Lux: Was ist das eigentlich für eine Form der Aufklärung, die Sie hier immer für die Grünen postulieren, wenn Sie großspurig viele Fragen stellen, aber am Ende des Tages an der Beantwortung der Fragen ganz objektiv kein Interesse haben? – [Canan Bayram (GRÜNE): Weil es keine Antworten gibt!] – Frau Bayram! Es gibt keine Antworten, wenn Sie keine Fragen stellen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Es wird nicht geantwortet!] – Wenn Sie Ihre Fragen zurückziehen, heißt das, und ich möchte es ganz deutlich sagen, Sie wollen keine Antworten. – [Canan Bayram (GRÜNE): Wir kriegen doch keine!] – Sie wollen nicht die von Ihnen eigens geforderte Erklärung, sondern Sie wollen Wahlkampf machen. Deswegen spreche ich gegen diese Geschäftsordnungsantrag und bitte darum, die von den Fraktionen eingereichten Fragen durch den Senat auch beantworten zu lassen. Das ist für alle Abgeordneten von Relevanz.

Vorsitzender Peter Trapp: Es gab einen Antrag zur Geschäftsordnung, zu dem dafür gesprochen worden ist und dagegen. Wer dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen – – [Zuruf] – Er hat doch gesagt, er stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Das können wir gerne im Wortprotokoll nachlesen. – [Torsten Schneider (SPD): Wir wissen nicht, worüber wir abstimmen sollen!] – Doch! Er zieht seine Fragen zurück. – [Anja Schillhaneck (GRÜNE): Fragen können jederzeit zurückgezogen werden!] – Okay, dann zieht er zurück. Das ist kein Antrag zur Geschäftsordnung, sondern nur eine Anmerkung, dass man die Fragen, die die Grünen eingereicht haben, nicht beantwortet haben möchte, jedenfalls nicht in der Form, wie sie schriftlich eingereicht wurden. – Bitte schön, Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Es ist gar nicht so einfach, sich hier zu melden und zu Regularien zu Wort zu kommen. Ich möchte auch etwas dazu sagen, und zwar hat das etwas mit der Funktion des Ausschusses zu tun. Insofern ist ein Wortbeitrag auch zulässig. Wir wollen Aufklärung in die Sache bringen, damit es aufhört, dass hier jeder alles behaupten kann, und wenn Ihnen die Antworten nicht passen, weil sie letztendlich nicht in Ihre Verschwörungstheorie passen, können Sie sie nicht einfach zurückziehen. Deswegen machen wir uns die Fragen zu eigen.

Wir wollen das hören. Wir wollen nachher schlauer sein als vorher. Insbesondere wollen wir, dass die Öffentlichkeit die Gelegenheit nutzt, sich den Sachverhalt einmal so anzuhören wie er ist und nicht irgendwelchen Behauptungen aufzusitzen.

Vorsitzender Peter Trapp: Wenn die Fragen nicht gestellt werden, können sie nicht beantwortet werden. – Jetzt hat aber der Staatssekretär zu den Fragen, die sich Herr Melzer zu eigen gemacht hat – – [Canan Bayram (GRÜNE): Das geht doch gar nicht!] – Die Fragen sind schriftlich eingereicht und jedem Abgeordneten zugesandt worden, und die kann man sich auch zu eigen machen. Deshalb hat sich Herr Melzer zu Wort gemeldet und sich die Fragen zu eigen gemacht. Deshalb hat Herr Staatssekretär jetzt das Wort, die Fragen der CDU-Fraktion zu beantworten. – Bitte, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich komme zum Fragenkatalog der CDU.

1. Wie gestaltete sich in den letzten fünf Jahren die Kriminalitätsentwicklung im Bereich der Rigaer Straße?

– [Christopher Lauer (PIRATEN): Das weiß die CDU nicht? – Zurufe] –

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport): Beim polizeilichen Staatsschutz im Landeskriminalamt wurden Vergleichszahlen der letzten drei Jahre in Bezug auf linksmotivierte Straftaten im Bereich des Nordkiezes Rigaer Straße und Umfeld, das sind die Kontaktbereiche 5101 bis 5106, erhoben. Bei der Betrachtung der letzten drei Jahre lässt sich ein deutlicher Anstieg der linksmotivierten Straftaten feststellen. In den Jahren 2013 und 2014 kam es nahezu zu einer Verdoppelung der Straftaten im Erhebungsraum. Von 2014 zu 2015 stiegen die Zahlen erneut um ca. 70 Prozent an. Im Dreijahreszeitraum stellt das Jahr 2015 die absolute Spitze beim Straftatenaufkommen dar. Das dominierende Delikt in allen drei Jahren sind Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien, Entglasungen und ähnliche Taten, die im Vergleich des Gesamtaufkommens von Straftaten über die Jahre proportional angestiegen sind. Speziell bei den Gewaltdelikten wie der gefährlichen Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch und Brandstiftung ist gegenüber den Vorjahren mehr als eine Verdopplung der Zahlen feststellbar. Darüber hinaus stellen die zwei versuchten Tötungsdelikte aus dem März und Oktober 2015 eine besondere Qualität dar.

Wir haben es mit Straftatenerfassungsgründen im Bereich der Rigaer Straße 94 und der Umgebung seit 2011 mit einem Baustelleneinbruch im Jahr 2011, mit diversen Beleidigungsdelikten, 25 insgesamt zwischen 2011 und 2015, davon die Spitze von neun im Jahr 2015, zu tun. Es gab im Jahr 2015 eine Beleidigung auf sexueller Grundlage. Wir haben insgesamt neun Betrugsdelikte und acht Brandstiftungen über die Jahre zu verzeichnen. Wir haben insgesamt 16 Diebstähle an und aus Kraftfahrzeugen in den letzten fünf Jahren zu verzeichnen. 17 Fahrraddiebstähle, 20 Fälle von Hausfriedensbruch, 16 Fälle von Keller- und Bodeneinbrüchen, 48 Fälle von Körperverletzung, davon 12 im Jahr 2015, 25 Körperverletzungen auf Straßenwegen und Plätzen. Wir haben drei Raubtaten, eine im Jahr 2011, eine im Jahr 2013 und eine im Jahr 2015. Wir haben insgesamt 81 Fälle von Sachbeschädigung, davon 13 im Jahr 2015. Wir haben Sachbeschädigungen auf Straßenwegen und Plätzen, insgesamt 96 in

den fünf Jahren. Wir haben 25 sonstige einfache Diebstähle über die Jahre verteilt, davon sieben im Jahr 2015 und vier im Jahr davor. Bei strafrechtlichen Nebengesetzen haben wir auch einen Anstieg von zwei auf sieben, insgesamt 35 Taten. Ich trage jetzt nur die zweistelligen Größenordnungen vor. Das andere kann gerne zu Protokoll gegeben werden, und die Einzeltaten können anhand der Liste nachvollzogen werden. Wir haben 83 Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, das ist ein Anstieg von 2014 auf 2015 von 12 auf 20. Zwölf Straftaten im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln, das ist ein Anstieg von 2014 zu 2015 von zwei auf fünf. Der letzte größere Posten ist der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Hier haben wir insgesamt 31 Taten von 2011 bis 2015. Das ist ein Anstieg von 2014 zu 2015 von sechs auf elf, also auch fast eine Verdoppelung.

Im Übrigen gibt es eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Schreiber vom 9. März 2016 zum Thema Linksextremismus in Berlin. Dafür wurden die Straftaten im Umkreis von 60 Metern um die Rigaer Straße 94 erhoben. Das kann dann alles noch einmal in der Beantwortung zu dieser schriftlichen Anfrage nachgelesen werden.

2. War es Mitarbeitern der Hausverwaltung oder des Eigentümers bzw. von diesen beauftragten Handwerkern in der Vergangenheit möglich, das Haus zu betreten, um z. B. feuerpolizeilich erforderliche Bauerhaltungsmaßnahmen durchzuführen?

Hier ist noch einmal auf die Ereignisse am 23. und 24. September des Jahres 2015 hinzuweisen, die ich im Zusammenhang mit der Beantwortung des Fragenkatalogs der Linken bereits vorgetragen hatte: zum einen die Verhinderung der Tätigkeiten der Bauarbeiten am 23. März und den Abbruch der entsprechenden Maßnahmen durch die Hausverwaltung und die Vorfälle am Sitz der Firma am 24. Dezember mit dem Besuch – in Anführungszeichen – von unbekannt gebliebenen Personen in den Räumlichkeiten, teilweise vermummt und mit Sturmhauben vor dem Gesicht. – Der damalige Vertreter der Eigentümerin hat beschrieben, dass Mitarbeiter der Hausverwaltung bei dem Versuch, auf den Hof, in den Dachboden oder Kellerbereich des Hauses zu gelangen, aber auch beim Betreten des Objekts an sich, wie z. B. bei der Objektbegehung des Vorderhauses, sofort von mehreren unbekannten Personen aus dem Seitenflügel und/oder dem Hinterhaus bedrängt, teilweise verbal bedroht und durch massives Auftreten derart eingeschüchtert wurden, dass die Mitarbeiter aus Angst vor Übergriffen das Haus unverrichteter Dinge wieder verließen. Genaue Angaben zu Ort und Zeit waren hinsichtlich der hier beschriebenen aktenkundigen Vorfälle vorhanden und hinsichtlich der weiteren polizeilichen Erkenntnisse war dieser Vortrag auch glaubhaft.

3. Kam es nach dem 22. Juni 2016 zu Straftaten zum Nachteil von Mitarbeitern der Hausverwaltung oder des Eigentümers bzw. von diesen beauftragten Handwerkern während ihrer Arbeit?

Am 25. Juni 2016 erlitten mehrere Arbeiter Augen- und Atemwegsreizungen, nachdem von bislang unbekannt gebliebenen Tatverdächtigen offenbar ein Reizstoff durch den Kamin-Schacht gesprüht wurde. Dies erfüllt den Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung. Ebenfalls am 25. Juni 2016 kam es zu einem Steinwurf auf Bauarbeiter – ebenfalls eine gefährliche Körperverletzung. Am 30. Juni 2016 kam es zu Beleidigungen der eingesetzten Arbeiter durch sich im Haus Rigaer Straße 94 aufhaltende Personen. Gegenüber den Bauarbeitern wurden unter anderem folgende Aussagen getätigt:

Ihr Wichser! Araberhurensohn! Araber sind Huren! Arschlöcher! Verpisst euch, ihr scheiß Araber!

Darüber hinaus kam es im angefragten Zeitraum zu weiteren Straftaten am Objekt, wie nachfolgend exemplarisch aufgeführt. Am 30. Juni 2016 wurde durch Feuer die Sicherheitstür zu den Räumlichkeiten der sogenannten Kadterschmiede beschädigt. Am 1. Juli 2016 wurde durch Klebstoff die Sicherheitstür zu den Räumlichkeiten der sogenannten Kadterschmiede beschädigt. Am 6. Juli 2016 folgten Manipulationen an der Sicherheitstür zu den Räumlichkeiten der sogenannten Kadterschmiede, um am 8. Juli 2016 wurde eine Beschädigung des am Vortag noch intakten Hauptstromzählers im Flur des Hinterhauses festgestellt.

4. Wie viele verletzte Polizeibeamte gab es anlässlich der Gewaltausschreitungen im Rahmen der Demonstration gegen den Polizeischutz für Mitarbeiter des Eigentümers? –

Nach Beendigung der polizeilichen Maßnahme der Direktion Einsatz am 9. Juli 2016 anlässlich eines Aufzuges „Kiezdemo gegen Verdrängung“ wurden 123 verletzte Polizeibedienstete bekannt. Im Rahmen der Nachmeldung wurde ein weiterer verletzter Polizeibeamter gemeldet, sodass aktuell, Stand 20. Juli 2016, 124 verletzte Polizeibedienstete bekannt sind. In 120 Fällen wurden diese Verletzungen durch Fremdeinwirkung, in 103 Fällen durch Stein- und Flaschenwürfe sowie in 15 Fällen durch Tritte verursacht. In fünf Fällen wurde durch Stein- und Flaschenwürfe bzw. durch Tritte unmittelbar auf den Kopf der Polizeibediensteten eingewirkt. Vier der verletzten Polizeibediensteten mussten aufgrund der Verletzungen durch Flaschen- bzw. Steinwürfe ihren Dienst beenden, zwei von ihnen mussten im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Zwei weitere Polizeibedienstete mussten durch Sanitätskräfte behandelt werden. Diese konnten ihren Dienst anschließend jedoch fortsetzen.

5. Ist eine Zunahme der Anzahl und Schwere von Gewalttaten im Rahmen linksautonomer Versammlungen zu beobachten?

Für das Jahr 2016 sind noch nicht alle relevanten Fälle der politisch linksmotivierten Kriminalität erfasst worden, sodass die Fallzahlen als vorläufig zu betrachten sind. Im Rahmen der kriminalpolizeilichen Meldestatistik wird der Suchbegriff „linksautonome Versammlung“ nicht verwendet. Die Entwicklung von linksmotivierten Gewalttaten im Rahmen von linksautonomen Versammlungen ist besorgniserregend. Richteten sich die Angriffe zu Beginn noch gegen Sachen, erreichte die Gewalt eine neue Qualität durch direkte Angriffe auf Personen. Exemplarisch werden hier folgende versuchte Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Demonstrationen angeführt: Anlässlich der am 2. Februar 2011 stattgefundenen Demonstration gegen die Räumung des linksalternativen Wohnprojekts Liebigstraße 14 war ein ziviles Polizeifahrzeug, besetzt mit acht Beamten, auf der Karl-Marx-Allee in Friedrichshain unterwegs. Aus der Straße der Pariser Kommune rannte eine Personengruppe, dunkel gekleidet und teilweise verummt, auf die Karl-Marx-Allee und errichtete Hindernisse aus Baumaterial und Verkehrsschildern. Der Verkehr auf der Karl-Marx-Allee kam zum Erliegen. Einige Personen aus der Gruppe schauten in die Fahrzeuge und dann im zivilen Polizeifahrzeug die Beamten. Von diesem Moment an wurde das Fahrzeug massiv mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen. Eine Seitenscheibe zerbrach, sodass die Steine in den Innenraum des Fahrzeuges gelangten. Unbekannte Täter stießen nunmehr mit einer Metallstange ins Innere des Fahrzeuges von hinten in Richtung des Kopfes des Beifahrers. Die Stange traf jedoch – glücklicher-

weise – nur die Kopfstütze. Weiterhin wurde Reizgas ins Fahrzeugginnere gesprüht. Nach einem Rangieren konnte das Polizeifahrzeug entkommen.

Im Rahmen von polizeilichen Maßnahmen am 2. Juni 2013 befanden sich Polizeibeamte in der Brückenstraße in Mitte. Plötzlich hörten sie einen lauten Knall, der vermutlich von einem sogenannten „Polenböller“ stammte. Die Beamten konnten eine Gruppe von 40 bis 50 Personen feststellen, die ein Transparent mit der Aufschrift „Berlin grüßt Istanbul“ hochhielten und fast alle verummt waren. Die Gruppe näherte sich dem Einsatzfahrzeug und begann, Steine, Flaschen und Farbbeutel in Richtung der Beamten zu werfen. Nachdem die Beamten den Gruppenwagen bestiegen hatten, wurde dieser weiter mit Steinen, Flaschen und Molotow-Cocktails beworfen. Unter dem Fahrzeug entzündete sich ein Brandsatz. Die Flammen loderten bis hoch zur Windschutzscheibe. Das Fahrzeug wurde aus der Gefahrenzone gefahren. Die Beamten stiegen in Schutzkleidung aus und verfolgten die mittlerweile flüchtenden Personen. – Das ist der originäre Fragenkatalog der CDU.

Vorsitzender Peter Trapp: Dann gibt es jetzt weitere Erkenntnisse durch den Herrn Polizeipräsidenten.

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich möchte zur Lage der Polizeieinsätze ein paar Dinge sagen: Wir haben in der Rigaer Straße eine in den letzten Jahren eskalierende Lage. Der Anstieg der Straftaten ist hier schon benannt worden. Die Entwicklung hat im Jahr 2015 ihren Höhepunkt erreicht, insbesondere die Angriffe auf die Polizei während diverser Einsatzmaßnahmen. Erwähnen möchte ich auch die Angriffe auf Baumaßnahmen. Es gibt im Umfeld der Rigaer Straße einige Neubaumaßnahmen, die angegriffen wurden, das heißt, Baumaterial oder Baufahrzeuge wurden in Brand gesetzt, um eine Fertigstellung der Gebäude oder den Einzug von neuen Menschen in dem Gebiet zu verhindern. Wir haben eine Vielzahl von Sachbeschädigungen und eine deutliche Gewalteskalation in dem Gebiet. Infolgedessen, auch das ist hier schon einmal erörtert worden, hat die Direktion V eine Einsatzkonzeption erlassen, und auf Basis dieser Einsatzkonzeption letzten Jahres werden relativ permanent Schwerpunkteinsätze in dem Gebiet gefahren, was auch zu Diskussionen führte, weil die Polizei sehr wahrnehmbar ist. Ein neuer Brennpunkt oder Höhepunkt ist am 13. Januar entstanden, die hier bekannte Begehung des Hauses Rigaer Straße 94. Im Zuge dessen ist das Thema und auch die Rechtsgrundlage, die wir damals vorgetragen haben, im Innenausschuss auch schon deutlich diskutiert worden.

Erwähnen möchte ich, dass die Autonomen das Gebiet Rigaer Straße als ihr Gebiet betrachten, das sie gegen die Staatsgewalt verteidigen. Die polizeiliche und politische Linie ist hier ein konsequentes Vorgehen gegen Gewalt und Straftäter. In dieser Zeit, seit Sommer letzten Jahres bis heute und auch bis zum 22. Juni 2016, bin ich in einer Vielzahl von Gesprächen mit dem Innensenator im Austausch gewesen. Ich kenne seine Linie, und in keinem Moment der Einsatzplanung gab es irgendeine Unsicherheit. Das hat sich auch bestätigt, als ich ihn am Vorabend des Einsatzes informiert habe, dass wir in das Haus gehen, dass das innerhalb des Handlungsspielraumes ist, der mit mir abgesprochen war. Es ist natürlich klar, dass der Einsatz eine gewisse Brisanz hat. Das ist aber ein Einsatz der Polizei und nicht von der Politik veranlasst. – [Canan Bayram (GRÜNE): Aber nicht verhindert!] – Das muss ich hier noch einmal ganz klar sagen. Es ist auch klar, dass die Rigaer Straße 94 kein normales Haus ist. Wir haben den Einsatz deswegen unter größter Geheimhaltung gefahren, auch innerhalb der Polizei, da zu befürchten war, wenn Informationen durchsickern, dass dann das Haus massiv

verbarrikadiert und jegliche Maßnahmen enorm erschwert würden. Nach Abbruch des Einsatzes und der Maßnahmen des Hauseigentümers ist das unverzüglich, noch am gleichen Tage, geschehen. Unsere Annahmen waren durchaus realistisch.

Von der Einsatzplanung her ist es so, dass am 7. Juni 2016 der Direktionsleiter der Direktion V, Herr Krömer, um ein Gespräch gebeten hat, mir die Lage und sein Ansinnen vorgetragen hat, die Unterstützung des Hauseigentümers beim Betreten der ihm zugänglichen Räumlichkeiten vorzunehmen. Es wurde auch diskutiert, dass die Beräumung von Sperrmüll und der Brandlasten, was im Vorfeld schon insbesondere nach der Hausbegehung im Januar polizeibekannt war, durchgeführt und dass die Räume im Erdgeschoss für eine Vermietung an Flüchtlinge hergerichtet werden sollten. Der Hauseigentümer hat versichert, dass die Maßnahmen in höchster Eile durchgeführt werden, sodass innerhalb weniger Wochen diese abgeschlossen sein sollten und dann mit dem Einzug der Flüchtlinge ein Rückzug der Polizei und der Bediensteten des Hauseigentümers, der Security, auch möglich gewesen sein sollte.

Der Einsatz ist in die grundsätzliche Einsatzkonzeption der Direktion V, die seit Oktober letzten Jahres gilt, eingebunden. Daher ist es auch nicht möglich, zu trennen, welche Kräfte ausdrücklich für die Maßnahmen in der Rigaer Straße 94 eingesetzt waren und welche weiter das durchgehend laufende Einsatzkonzept vom Oktober letzten Jahres bedient haben. Es wird in der Presse dargestellt, dass 300 Einsatzkräfte diese Maßnahmen unterstützt haben. Dem ist nicht so. Im engeren Bereich und in den frei zugänglichen Bereichen des Hauses waren es gerade einmal gut 10 Prozent der gesamten Einsatzkräfte, zwischen 30 und 40 Kollegen, die tatsächlich an diesem Ort zum Einsatz kamen. Klar ist natürlich auch, dass diese Rechtsgrundlage nur auf der Basis des ASOG stattfinden kann, denn für eine normale zivilrechtliche Räumung, wo Menschen Besitz erlangt haben, muss auch ein zivilrechtlicher Titel vor Gericht erlangt werden, dass der Gerichtsvollzieher kommt. In diesen Fällen öffnet die Polizei die Tür. In diesen Fällen bringt die Polizei die Personen ins Freie. All das ist hier nicht geschehen. Alle Maßnahmen sind durch den Eigentümer bzw. durch die von ihm beauftragte Baufirma durchgeführt worden. Auch die Zugangskontrollen zum Haus sind von der Security gemacht worden, die das Hausrecht übertragen bekommen hat, und nicht von der Polizei. Es war klar, dass wir sowohl Bauarbeiter als auch Security vor größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen beschützen mussten. Ich erinnere noch einmal, dass wir bei der Begehung des Hauses im Januar bereits eine Vielzahl von diversen Dingen wie Pflastersteine, Krähenfüße und anderes gefunden haben.

Auch dieses Mal war es so, dass wieder Krähenfüße, Schreckschusswaffen, Baseballschläger und andere Bewaffnungen gefunden wurden. Ich glaube, dass das Gefahrenpotenzial, das von zumindest einigen aus dem Haus ausgeht, deutlich ist. Wenn Sie einmal ein bisschen im Internet googeln, dann sehen Sie, dass die autonomen Bewohner des Hauses besonders kämpferisch auftreten. Sie hatten vor Jahren das Angebot, das Haus zu kaufen, das sie aus ideologischen Gründen abgelehnt haben, weil sie nicht – ich sage es einmal verkürzt – in eine Schöner-Wohnen-Community abgleiten wollten, so zumindest der offen zugängliche Dialog im Internet, der im Moment auch etwas hochpoppt, sodass uns vollkommen klar ist, dass wir ein besonders entschlossenes Gegenüber in der Rigaer Straße vor uns haben. Deswegen war auch klar, dass die Bauarbeiter einen Schutz brauchen und dass es nicht eine normale Situation ist, sondern eine ganz besondere und einmalige. Es ist so, dass die Rechtslage schon etwas von dem sonst Gewohnten abweicht und sehr diffizil ist. Deswegen habe ich den Justiziar, Herrn Tölle, mitgebracht, der das jetzt einmal ausführlich erklärt.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Polizeipräsident! – Der Herr Justiziar hat weitere Aspekte aus dem Rechtsbereich. – Sie haben das Wort, Herr Tölle!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Danke! – Im Großen und Ganzen ist eigentlich alles gesagt. Ich will es noch einmal etwas stärker auf den Punkt bringen, was die Rechtslage für unseren Einsatz bedeutet hat. Es begann damit, dass am 20. Mai 2016 eine Besprechung auf dem Abschnitt 51 stattfand, an der zugegen waren Vertreter der Direktion, des Abschnitts, der Hausverwaltung und ich. In dieser Besprechung habe ich bereits dem Vertreter der Hausverwaltung ganz deutlich gesagt, dass ein Unterstützen seiner Maßnahmen, die er vorhat, durch die Polizei nicht in Betracht kommt, dass das Einzige, das wir leisten können, der Schutz seiner Mitarbeiter ist. Auf eine einfache Formel gebracht: Die sollten da so wieder herauskommen wie sie hineingegangen sind. In dem Sinne haben wir uns verständigt und sind dann auseinandergegangen. Es kam dann am 31. Mai 2016 ein entsprechendes Ersuchen um Schutz der Maßnahmen, wobei der Eigentümer uns dargestellt und glaubhaft gemacht hat, dass er dieses Schutzes bedarf, dass seine Leute tatsächlich schützenswert sind, weil es sonst zu Angriffen käme. Die habe man auch schon im Jahr 2015 erlebt. Das ist eine eigene polizeiliche Feststellung. Es hat, das wurde schon vorgetragen, mehrere Übergriffe auf Mitarbeiter von Hausverwaltungen gegeben. Man ist auch in deren Büro interveniert, hat dort Flugblätter hinterlassen, versucht, Leute einzuschüchtern, wollte Flugblätter an die Wand nageln. Jedenfalls kann man aus allen diesen Tatsachen ohne weiteres entnehmen, dass es hier geboten war, die Bauarbeiter zu schützen. So ist es dann am 22. Juni 2016 auch geschehen. Die Polizei hat bei diesem Einsatz nichts gemacht, außer präsent zu sein und Schutz zu gewähren. Sie hat keine Türen aufgemacht, keine Leute angesprochen und niemanden aus irgendwelchen Wohnungen verbracht. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ein bisschen mehr hat sie schon gemacht!] – Sie waren doch dabei. Sie haben gesehen, dass nicht mehr geworden ist. – [Hakan Taş (LINKE): Fahrräder herausgetragen zum Beispiel!] – Ja, richtig! Bei den Fahrrädern haben wir immerhin das Bild, dass sich von 40 Fahrrädern sechs in der Diebstahlsfahndung befanden. So falsch war der Entschluss nicht. Außerdem ist diese Maßnahme, als wir die Auffindesituation der Fahrräder gesehen haben, zum Schutz von Eigentumssicherung geschehen und hat nichts mit dem übrigen Betreten zu tun, das allein zum Schutz der Bauarbeiter stattfand. Das sind zwei verschiedene Maßnahmen, die man entsprechend verschieden begründen und prüfen muss.

Was dann immer wieder vorgeworfen wird, ist der Umstand, die Polizei hätte schließlich prüfen können, ob denn überhaupt die Ansprüche des Betretens dort zu Recht bestehen oder nicht. Mit anderen Worten: Das Gewähren von Schutz mag vielleicht in Ordnung gehen, so die veröffentlichte Meinung momentan, aber das Schützen eines in sich selbst rechtswidrigen Einsatzes ginge gar nicht – rechtswidrig bezogen auf die Bauarbeiter. Hierzu muss man nun sagen: Auch hier gilt, dass ein solches Einschreiten zum Schutz der Bauarbeiter davon getragen ist, dass die Rechtmäßigkeit des zugrunde liegenden Einsatzes glaubhaft gemacht werden muss.

Glaubhaftmachung ist etwas, was unter der Stufe des Vollbeweises steht, das heißt, es müssen Tatsachen so vorgetragen sein – so schlüssig und so tief gestaffelt –, dass eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass es tatsächlich zutrifft, wie der Eigentümer es uns berichtet. – [Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)] – Herr Höfinghoff, das ist nun einmal so! Ich kann das Recht nun auch nicht ändern. – [Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)] –

Jetzt fassen wir mal zusammen, was wir alles hatten. Wir haben eine glaubhafte und unwiderlegte Ausführung des Eigentümers zu den dortigen Verhältnissen. Wir hatten keinen Grund, an dieser zu zweifeln. Zweitens, was jetzt den Bereich Kadterschmiede anbetrifft: Sämtliche Recherchen, die wir auch angestellt haben, das heißt, zu gucken, was ist da los, was gibt es über die Kadterschmiede, zeigen einen Negativbefund. Weder das Bezirksamt hat dort irgendwelche Unterlagen über eine betriebene Schankwirtschaft oder Ähnliches – [Canan Bayram (GRÜNE): Es ist ja auch keine Schankwirtschaft!] –, oder eventuell über Vereinsräume, die da betrieben werden – [Zuruf] –, alles das ist nicht registriert, das heißt also, es gibt beim Bezirksamt keinerlei Hinweise auf ein tatsächlich dauerhaft verfestigtes Besitzverhältnis an dieser Kadterschmiede. – [Zuruf: Lesen Sie mal die Verfassungsschutzberichte!] – Das haben Sie ja nicht so gern, wenn wir das tun. – Jetzt geht es noch weiter. Wir haben eigene polizeiliche Feststellungen, dass in der Kadterschmiede ab und zu mal etwas stattfindet, ansonsten die Örtlichkeit meistens geschlossen ist und keinerlei feste Strukturen dort auszumachen sind. Vor diesem Hintergrund dürften wir davon ausgehen, dass in der Tat dort keine auf Dauer verfestigten Besitzverhältnisse vorherrschten. – [Canan Bayram (GRÜNE): Das ist nicht Ihr Ernst!] – Doch, mein voller! –

Interessant in dem Zusammenhang ist zum Beispiel auch, was am 22. Juni selbst passiert ist. Da ist kein Mensch zu uns gekommen und hat gesagt, da in der Kadterschmiede darf ihr euch gar nicht aufhalten, da darf ihr gar nichts machen. Da hat uns niemand angesprochen – kein Rechtsanwalt, obwohl Rechtsanwälte da waren, kein Bewohner selbst, keiner, der sich als Mitglied in dem „Freunde der Kadterschmiede e. V.“ zu erkennen gegeben hat. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Wann sind Sie denn im Urlaub, Herr Tölle?] – Das einstweilige Rechtsschutzverfahren, das parallel gelaufen ist, ist auch nicht etwa so zur Kenntnis gebracht worden, dass der zuständige Anwalt oder Gehilfen von Ihnen gekommen wären und der Einsatzleitung gesagt hätten: Hört mal auf, ich habe hier einen einstweiligen Antrag zu laufen! –, sondern da wird genau an das Amtsgericht Kreuzberg-Tempelhof geschrieben: Im Fall des Obsiegens möge man doch bitte die polizeiliche Einsatzleitung in Kenntnis setzen, dass hier eine Entscheidung ergangen sei. Ein vollkommen untypisches Verhalten, weil normalerweise hier selbst schon durch die Anwälte vorgewarnt wird. Zu der einstweiligen Verfügung ist es dann auch gar nicht gekommen, weil nämlich der Anspruch gar nicht glaubhaft gemacht worden ist und nicht schlüssig dargelegt worden ist. Das Gleiche gilt für die sofortige Beschwerde, die am Tag darauf zurückgewiesen worden ist. Das war die Rechtslage, der wir am 22. Juni gegenübergestanden haben, und da sehe ich in der Tat keinen Fehler, der von uns begangen worden sein sollte. Hätte sich dort jemand offenbart, hätten die Dinge ganz anders ausgesehen. – [Zuruf: Ach so!] – Ja, möglicherweise. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Sie wussten ja nichts.] – Nein, wir wussten wirklich nichts. So ist das nun mal!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Tölle! – Dann kommen wir zur Aussprache. Als Erster hat sich Herr Zimmermann gemeldet, dann Herr Karsten, Herr Lenz, Herr Lauer, Herr Melzer, Herr Höfinghoff und Herr Taş. In der Reihenfolge, bitte! – Herr Zimmermann, Sie haben das Wort!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Von meinen ganzen Fragen hier auf dem Zettel sind leider nur zwei beantwortet worden. Die lasse ich weg, alle anderen sind nach wie vor relevant, und deswegen, glaube ich, müssen sie auch zur Sprache kommen. Ich will zunächst aber mal vorweg sagen, dass dieser Ausschuss hier die Aufgabe hat, den Vorgang und die Entscheidungsprozesse dieses ganzen Geschehens auf den Tisch des Hauses zu bringen. Das ist unsere Pflicht! Und wir nehmen diese Pflicht unter folgenden Prämissen wahr: Wir verurteilen jegliche linksextremistische Gewalt und gehen als demokratische Kräfte hier gemeinsam dagegen vor. Diese Arbeit darf nicht dadurch erschwert werden, dass Eini- gen der Wille dazu abgesprochen wird. Das fördert nämlich gerade ein politisches Klima der Konfrontation, das wiederum nur demokratiefeindlichen Kräften nützt, und deswegen fordere ich alle auf, diese Anwürfe, dass irgendjemand es nicht ernst meine oder zurückweiche oder irgendwie nicht konsequent bekämpfen wollte, zu unterlassen.

Die Polizei hat die Aufgabe, mit den gebotenen Mitteln konsequent gegen politisch motivierte Straftäter vorzugehen, und sie hat dabei unsere volle Unterstützung. Die Einsatzkräfte, die ihren Kopf dafür hinhalten müssen, haben Anspruch darauf, dass sie das auf einer gesicherten Rechtsgrundlage, die verantwortlich geprüft wurde, tun, und diese Rechtsgrundlage kann nicht etwa nachträglich durch ein späteres Urteil eines Zivilgerichtes hergestellt werden.

Da bin ich bei meinem ersten Fragenkomplex, und da geht es hier ausdrücklich nicht um den Job, den die Polizisten vor Ort im Einsatz machen, darum geht es hier gar nicht, es geht um die Entscheidung der Polizeiführung und/oder des Senators, einen solchen Einsatz durchzuführen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Richtig!] – Das Ersuchen des Hauseigentümers in dem Schreiben des Rechtsanwalts ist eindeutig durch zweimaliges Nennen auch auf Räumung gerichtet. Und er sagt in seinem Schreiben:

Zivilrechtlich kann meine Mandantschaft nicht vorgehen, da es unüberwindliche prozessuale Schwierigkeiten bei der Klagezustellung geben wird.

Geben wird – eine Prognose, keine Erkenntnis. Alle oder die meisten hier wissen sicherlich, dass er natürlich zunächst nach § 985 BGB ff hätte vorgehen müssen. Und für die prozessualen Schwierigkeiten sieht die ZPO den Weg der öffentlichen Zustellung oder der Ersatzzustellung vor. Man muss erst mal versuchen, diese prozessualen Schwierigkeiten zu überwinden, und nicht, weil sie einem lästig sind, oder weil sie zu langwierig sind, sie zu umgehen, und deswegen habe ich die folgenden Fragen: Ist das Hilfeersuchen des Anwalts überhaupt daraufhin geprüft worden, ob die Voraussetzungen für einen polizeilichen Einsatz vorliegen? Oder ist dem Vortrag des Anfalls einfach geglaubt worden? – [Christopher Lauer (PIRATEN): So schwer!] – [Christopher Lauer (PIRATEN): Man hat sich am 20. getroffen.] –

Herr Tölle, Sie haben gesagt, eine Prüfung der Schlüssigkeit weiterhin sei nicht geboten gewesen, es sei alles glaubhaft gewesen. Glaubhaft machen ist ein bisschen mehr als nur behaupten, und ob jemand wirklich den Tatsachen entsprechend etwas darlegt oder nicht, muss geprüft werden. Ich fürchte bzw. habe nach Ihrem Vortrag erhebliche Zweifel, ob wirklich hinreichend geprüft wurde, also: Ist geprüft worden, oder ist einfach geglaubt worden? Hat nicht gerade der Anwalt mit seinem Hinweis auf die prozessualen Probleme die Adressaten darauf gestoßen, dass eigentlich der zivilrechtliche Weg, sich nämlich einen Titel zu besorgen, der richtige Weg gewesen wäre? Ist es nicht sogar so, dass der Justiziar der Polizei dem Anwalt vorher erklärt hat, unter welchen Bedingungen Schutz gewährt werden kann, und da-

raufhin das Schutzersuchen an die Polizei gerichtet wurde? Ich möchte hier ein bisschen mehr hören als nur: Das war irgendwie schlüssig, wir haben dem geglaubt, und deswegen konnten wir das alles machen. Das reicht nicht!

Mein zweiter Fragenkomplex, der bisher auch nicht durch die Beantwortung geklärt ist: Da nun klar ist, dass der verantwortliche Senator erst am Abend vorher telefonisch informiert wurde, frage ich Sie, Herr Senator: Sind Sie darüber unterrichtet worden, dass die Nutzung der Räume ohne gerichtliche Feststellung des Herausgabeanspruchs allein auf Veranlassung des Eigentümers beendet werden sollte? Und haben Sie nicht die Pflicht, die Voraussetzungen für einen solchen potentiell gefährlichen Einsatz wenigstens summarisch in Ihrem Haus gegenprüfen zu lassen? Oder wussten Sie vielleicht doch schon im Mai von der Planung und haben es trotzdem nicht gegenprüfen lassen und nur zur Kenntnis genommen? Oder wollten Sie nicht informiert werden, weil es eine abgesprochene Linie gab? Herr Kandt hat angedeutet, alles sei abgesprochen. Ich würde gerne wissen: Was ist die abgesprochene Linie zwischen Ihnen und dem Polizeipräsidenten, um mit diesen Dingen umzugehen? Hat es das überhaupt schon einmal gegeben, dass der zuständige Senator von einer so konfliktträchtigen polizeilichen Maßnahme lediglich am Tag vorher in Kenntnis gesetzt wurde, nach dem Motto: „Morgen geht es los“? Und wie wird üblicherweise verfahren, wenn der Polizeipräsident einen solchen Einsatz plant? Wie selbstständig handelt die Polizei in solchen sensiblen Fragen? Und wie, Herr Senator, sichern Sie eigentlich Ihre ministerielle Aufsicht über die Polizei in diesen sensiblen Themen? Das alles steht noch zur Beantwortung aus, und da bitte ich um eine Erläuterung, wie in diesen Fällen vorgegangen wird. – Danke! – [Beifall bei der SPD, den LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN] –

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Zimmermann! – Dann Herr Karsten, bitte!

Nikolaus Karsten (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke für die guten Fragen, Herr Zimmermann! Das häufigste genannte Wort war jetzt, glaube ich, immer „der Eigentümer“, deswegen möchte ich gerne wissen – weil in der Presse darüber spekuliert wurde –: Herr Henkel, wissen Sie, wer der Eigentümer ist? Vorhin sagten Sie, es war der Anwalt der Hausverwaltung, dann sagten Sie, der Eigentümer hatte da etwas beauftragt. Also, meine Frage ist: Wissen Sie, wer der Eigentümer ist, und können Sie uns, wenn ja, sagen, wer der Eigentümer ist, welche Firma, welche Eigentümerin – was auch immer? Und können Sie uns auch den Firmensitz mitteilen, denn dazu gab es auch Spekulationen in der Presse? Können Sie uns, falls dieser Firmensitz in einer der so genannten Steueroasen liegt, das bestätigen oder das auch klarstellen, dass das nicht so ist? Handelt es sich dabei um eine Briefkastenfirma? Und falls es sich um eine Briefkastenfirma handelt, dann würde ich Sie auch bitten, dass Sie uns mitteilen, warum Sie glauben, dass diese Firma als Briefkastenfirma fungiert?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Karsten! – Dann hat jetzt Herrn Lenz das Wort!

Stephan Lenz (CDU): Es wird jetzt in der Sitzung um mehrere Sachen gehen, das war auch allgemein angemeldet mit Rigaer Straße. Die erste Frage, die zu klären ist: War dieser Polizeieinsatz rechtmäßig? Die zweite Frage, die zu klären ist: Wie ist die Lage vor Ort zu beurteilen? Dazu haben wir Einiges gehört. Meine dritte Frage lautet: Wie soll die Gesellschaft mit linksextremistischen Bestrebungen und diesen begangenen Rechtsverstößen umgehen? Wie ist unsere Grundhaltung dazu? Das sind die drei Komplexe, die wir klären müssen, und

die wir vielleicht in der Debatte trennen sollten, auch wenn sie im Einzelnen zusammenhängen.

Wir haben jetzt viel zur Rechtmäßigkeit des Einsatzes der Polizei gehört, und vieles von dem, was wir in der Zeitung gelesen haben oder was in der Öffentlichkeit behauptet wurde, ist jetzt nicht der Fall, es hat sich vor allem auf eine besitzrechtliche Fragestellung verdichtet, die es zu klären gilt. Die ist auch anhängig. Das Landgericht wird diese Fragestellung entscheiden. Gegen dieses Versäumnisurteil ist Einspruch eingelegt worden, und da wird es hoffentlich auch bald zu einer Entscheidung kommen. Wir befinden uns da, soweit ich das verstanden habe, auch weiter im vorläufigen Rechtschutzverfahren, das heißt, es wird jetzt nicht ewig dauern.

Wir haben jetzt gehört, dass die Polizei vom Eigentümer angefragt wurde, der sein Eigentum betreten wollte, und sie hat im Rahmen eines Verfahrens der Glaubhaftmachung geprüft, bevor sie die Einsatzbefehle gegeben hat, ob diesem Anliegen des Eigentümers etwas entgegensteht. Und sie haben – und widersprechen Sie mir, wenn ich das falsch verstanden habe – festgestellt, dass es dort kein verfestigtes Besitzverhältnis in den Räumlichkeiten gibt, in die der Eigentümer gehen wollte, dass es aber dennoch, auch wenn es kein entgegenstehendes Besitzrecht gab, gute Gründe gab, das aufgrund der Gesamtsituation in der Rigaer Straße zu begleiten, die Sie auch gut kannten, dass also allein durch das Betreten mit Gefährdung derjenigen, die das machen, zu rechnen war. Sie haben dann entscheiden, Sie können das nach § 1 Abs. 3 ASOG machen, da ist das im Rahmen Ihres Auftrages möglich. Und Sie mussten eine Art Ad hoc-Entscheidung treffen, sie mussten vorher entscheiden bevor Sie reingehen, denn Sie können ja nicht nachher entscheiden, das liegt in der Natur der Sache. Das ist auch unfair, Ihnen das jetzt vorzuwerfen, denn anders geht es nicht, anders ist es auch nicht vorgesehen. Sie sind dann hinein und haben den Einsatz durchgeführt, und dann kam es, und bis dato war dieser Verein Kadterschmiede, der das Verfahren vor dem Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg geführt hat, gar nicht bekannt. Er war gar nicht auf der „Bühne“. Der kam dann, und – das auch, weil da viel Falsches geschrieben wird. So stellt sich mir das jetzt dar. – hat dann auch den Rechtsweg vorm Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg bestritten, war unterlegen, da wurde eine sofortige Beschwerde eingelegt, wo er auch wieder unterlegen war. Dann wurde das an das Landgericht zur Entscheidung abgegeben. Da kam der Anwalt der Eigentümerseite nicht, weil er bedroht worden ist, was nun auch dem Ganzen einen bestimmten Charakter gibt, und dann musste die Richterin natürlich entsprechend dem Sachvortrag entscheiden, ich glaube, mehr als eine Schlüssigkeitsprüfung durfte sie da gar nicht machen. Jetzt ist diese besitzrechtliche Fragestellung natürlich noch zu bewerten.

Ich verstehe bis jetzt nicht, wo da der Fehler der Polizei liegen soll, und es wird immer bemüht, das Fehlen eines Räumungstitels und es sei kein Gerichtsvollzieher dabei. Das ist auch nie behauptet worden. Es gab keinen Titel, deswegen gab es auch keinen Gerichtsvollzieher und deshalb gab es auch keine polizeilichen Maßnahmen, deswegen war es letztendlich gar keine Räumung. Es war keine Räumung, sondern es war eine Begleitung im Rahmen der Gefahrenabwehr durch die Polizeikräfte, und wie wir hier gehört haben aus sehr gutem Grund. – [Zuruf von Dirk Behrendt (GRÜNE)] – Die Entscheidung ist jetzt abzuwarten. Und wir sind, glaube ich, jetzt schon auch Zwischenergebnissen wesentlich – – [Hakan Taş (LINKE): Es gibt ein Urteil dazu!] –

Vorsitzender Peter Treichel: Herr Lenz hat das Wort! Ein bisschen lauter, Herr Lenz, damit alle etwas verstehen.

Stephan Lenz (CDU): Es wäre schon prima, wenn man ausreden dürfte, und solange ich nicht bedroht werde, komme ich auch noch hierher und rede. – [Zurufe] – Es wäre schön, wenn wir dabei bleiben könnten. – Also, da gab es keinen Anlass, und man sollte jetzt diese ganzen Falschbehauptungen dann auch zurückziehen. Wir führen diese Sitzung heute auch durch, um ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen, dass eben nicht mehr jeder alles behaupten kann. Dann soll man nicht sagen, es gab gar keinen Titel. Das behauptet keiner. Jetzt ist die Frage: War das, was der Eigentümer selbst besitzrechtlich gemacht hat, in Ordnung oder nicht? Auf die erste Sicht: Die Polizei hat das geprüft. – [Zurufe] – Natürlich hat sie das geprüft. Das ist eben vom Justiziar der Polizei dargelegt worden. Vielleicht hätten Sie das anders geprüft. Die Polizei hat das geprüft. Die Polizei muss vorher im Rahmen einer Ad hoc-, einer ex ante-Prüfung entscheiden. Das geht nicht anders. Das liegt in der Natur der Sache. Das Landgericht wird dann entscheiden, wie es besitzrechtlich war, aber erst einmal ist natürlich jetzt am Verhalten der Polizei nichts auszusetzen, und selbst dann, wenn das Landgericht in dieser besitzrechtlichen Fragestellung anders entscheiden sollte, ist ja damit nicht die Entscheidung der Polizei da mitzugehen, die auf einer anderen Tatsachengrundlage getroffen werden musste, rechtswidrig. Das ist doch Quatsch. Das kann gar nicht dabei herauskommen. Das müssen Sie trennen! – [Canan Bayram (GRÜNE): Solange müssen wir nicht warten! Es war von Anfang an rechtswidrig!] – Das sind doch zwei Rechtswege. – Frau Bayram, Sie sind doch Kollegin, vermischen Sie doch nicht permanent Sachen, die nicht zusammengehören. – Ich glaube, wir sind da einen ganzen Schritt weitergekommen. Ich glaube, dass hier sehr wenig für eine Rechtswidrigkeit der Inbesitznahme spricht und schon gar nicht für die Maßnahme der Polizei. Wie ist die Lage vor Ort zu beurteilen? – Das Gefahrenpotenzial wurde eindrucksvoll dargelegt. Ich finde das auch immer wieder relativ erschreckend. Mitten im Innenstadtgebiet haben wir eine solche Situation.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt, und das ist etwas, was ich mich total oft frage: Warum bringen – auch Sie hier jetzt alle, na klar, da sind wir nicht einer Meinung – Sie so viel Sympathie für das auf, was da passiert? – [Canan Bayram (GRÜNE): Für den Rechtsstaat, oder was?] – Ich bin ja immer an anderen Standpunkten interessiert. Ich versuche das immer aufzuarbeiten. – Was treibt Sie an? Wie kann man darauf kommen, dass jetzt hier irgendwelche schützenswerten Anliegen von Leuten verfolgt würden, die sich permanent nicht an das Recht halten, die Sachbeschädigung betreiben, die fremdes Eigentum besetzen? Ich finde das befreidlich. Wir beschäftigen uns heute damit, aber Sie haben gar kein Interesse daran, jetzt den Einsatz juristisch aufzuarbeiten. Wenn wir das tun, wird dazwischengerufen, das ist gar nicht so, da gibt es gar keinen Titel, dann sagen wir, das behauptet keiner, diesen brauchte man nicht, dann wird alles diffus, weil Sie dann doch diese Diskussion diffus führen wollen, weil es dann doch scheinbar um etwas ganz anderes geht. Warum schwingt immer diese Sympathie mit diesen Leuten mit, die dort permanent unser Recht brechen? – [Canan Bayram (GRÜNE): Das ist doch jetzt eine Nebelkerze!] –

Und ich glaube, ich verstehe jetzt auch ein Stück weit, wo da die Triebfeder liegt. Dann kommt immer wieder jemand wie ich, der das nicht versteht, und sagt, überlegt doch mal, ihr würdet doch so nie argumentieren, nie so viel Verständnis aufbringen, nie so viel Zurückhaltung fordern, wenn es sich um einen anderen Extremismusbereich handeln würde. Das würdet ihr nie machen! Warum ist das so? Warum wird da mit zweierlei Maß gemessen? Warum?

Das ist so, weil Sie einem Grundirrtum – [Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Herr Zimmermann hat dazu alles gesagt!] – – Herr Lauer, gleich Sie, jetzt ich! – unterliegen, und zwar sagen Sie, na ja, Gewalt, das lehnen wir schon ab, aber die Ziele, die diese Menschen verfolgen, sind irgendwie nachvollziehbar, irgendwie sind die Ziele in Ordnung. Und das ist nicht der Fall! Und da müssen Sie Trennschärfe wahren. Das ist überhaupt nicht der Fall. Diese Leute betreiben die Gefährdung und auch die Beseitigung unserer Rechtsordnung, und da müssen Sie eine klarere Linie ziehen. Wir fordern immer ein, dann zieht doch die klare Linie, dann machen wir das bei allen Phänomenbereichen, bei allen Extremismusbereichen gleichermaßen. Da wird gegengehalten, das sei eine Unverschämtheit, das gleichzustellen. Warum eigentlich? Genau diese Gleichstellung brauchen wir, nur dann haben wir klare Maßstäbe, und nur dann können wir da auch weiterkommen. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Das hätten Sie gern!] –

Dann heißt es, man müsste da anders herangehen, es gäbe kein Konzept. Da kann ich auch noch mal sagen, was wir hören, es beginnt immer mit der Durchsetzung bestehender Rechtspositionen. Wir reden hier gerade über eine Wiederinbesitznahme und den Schutz des Eigentümers. Das ist genau das, was notwendig ist. Der Senator hat eine Sonderkommission, die immer gefordert wurde, auch von der SPD übrigens, – [Tom Schreiber (SPD): Letztes Jahr schon, guten Morgen!] – jetzt ist sie da, Kollege Schreiber. – Es passiert da etwas. Es werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Weichen Sie das doch nicht auf, halten Sie doch damit Linie, gerade jetzt auch die Sozialdemokraten: Halten Sie doch da Linie. Lassen Sie sich doch nicht auf diese diffuse Duldung gegenüber diesen Leuten ein. Wir brauchen diesen gesellschaftlichen Konsens, und wir müssen letztlich da auch, da bleibe ich jetzt mal in meinem Fachbereich, die Präventionsbemühungen in diesem Bereich Linksextremismus stärken. – [Hakan Taş (LINKE): Präventionsbemühungen!] – Und für all das, für all die Maßnahmen brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens, und dann sagen Sie nicht immer nur, das lassen Sie sich nicht sagen. Dann müssen wir diesen Konsens auch herstellen, und dazu müssen Sie erst einmal diesen Trugschluss, dem Sie da aufsitzten, beenden und endlich da mal eine klare Linie ziehen, und ich hoffe, dass wir da heute auch ein Stück weiterkommen können. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Lauer! Jetzt haben Sie das Wort!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen, vielen lieben Dank! Das hatte viel Schönes. Ich finde gut, dass die Sitzung bisher genauso verlaufen ist, wie in meiner Begründung vorhergesagt. Vielleicht sollte ich am Freitag Lotto spielen, da kann man 69 Millionen Euro gewinnen. Dann fangen wir mal an. – [Zurufe] – Ich bin erst mal sehr beeindruckt, dass die Innenverwaltung bei einer – wie Herr Henkel das noch am 23. Juni in der Plenarsitzung nannte – solchen Selbstverständlichkeit, warum Sie hier gefühlt 90 Minuten brauchen, um das alles irgendwie zu begründen, warum das alles in Ordnung war, warum Sie noch mal ins Jahr 2011 zurückkreisen, von irgendwelchen Straftaten berichten, von denen dann Herr Lenz behauptet, wir würden mit denen sympathisieren. Herr Lenz, wenn ich am Anfang der Sitzung sage, am Ende der Sitzung wird uns die CDU vorwerfen, wir würden mit dem Linksextremismus sympathisieren, was wir nicht tun, und Sie das dann sagen, das können Sie nicht machen. Das geht nicht. Das sieht komplett einstudiert aus, und das glaubt Ihnen auch niemand mehr. Aber, ich habe es angekündigt, Herr Lenz, bevor wir uns von irgendetwas hier distanzieren: Wie ist es denn mit Ihrer Haltung zum NSU? Sagen Sie doch mal, können Sie sich, Herr Lenz, mal bitte eindeutig dazu äußern? Ich habe nämlich vor diesem Ausschuss im Internet nachgeguckt, ich

habe das nirgendwo auf einer Ihrer Webseiten gefunden, dass Sie sich in irgendeiner Form von dem NSU distanziert hätten, und das hat mich doch schon ein bisschen bedenklich gemacht. Und Sie haben gesagt, wir sollen diese ganzen Extremismusformen alle undifferenziert in einen Topf werden, das habe ich jetzt hier mal gemacht. – [Zuruf von Stephan Lenz (CDU)] – Herr Lenz, um Sie zu zitieren: Jetzt bin ich dran, gleich Sie! – Jetzt mal zur Sache! Der Herr Senator vergaß in seiner ganzen Begründung zu erwähnen, dass der Anwalt am 31. Mai in seinem Schreiben mehrfach darauf hinwies, dass er überhaupt keinen Titel hat, und Herr Zimmermann hat vollkommen richtig die Frage gestellt: Warum wurde das denn nicht eingehend geprüft? Da sagen Sie, na ja, er hat es uns glaubhaft gemacht. Herr Tölle, als Jurist: War das denn eine Glaubhaftmachung im Sinne von § 294 der Zivilprozeßordnung? Hat der Eigentümer denn eine eidesstattliche Erklärung dazu abgegeben, oder liegt Ihnen nur dieses Schreiben vor? Und da würde mich jetzt auch tatsächlich noch mal der Hergang interessieren, denn es bestätigt sich das, was ich dort gestern in den Akten vorfand, Sie haben sich seit dem Februar, als Sie irgendwie gemerkt haben, na ja, im Januar/Februar bei dieser so genannten Begehung, das hatte ja keine Konsequenzen für uns, supergeil. Herr Kandt hat noch mal klar gestellt, er ist da im ständigen Austausch mit dem Senator. Die Linie ist klar. Und dann haben Sie sich gedacht, super, dann gehen wir wieder in die Rigaer Straße rein und prompt ging es ab Februar nur noch um Brandschutz, Brandschutz, Brandschutz.

Ich erspare es mir jetzt, aus E-Mails zu zitieren, insbesondere der E-Mail von Herrn Andreas Weiß an Sie, Herrn Tölle, vom 9. Februar, in der wirklich sehr interessante Dinge drinstehen, von wegen, ob Sie denn nicht noch mal offensiv auf den Eigentümer bezüglich des Brandschutzes etc. zugehen könnten, nachdem der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg anscheinend nicht bereit war, da irgendwie Ihre Spielchen beim Runden Tisch „Brandschutz“ mitzuspielen, und das also nichts brachte, das heißt, ich kann das jetzt hier so zusammenfassen: Sie haben sich nach dem 13. Januar gesagt, okay, wir wollen weiter irgendwie gegen die Rigaer Straße vorgehen. Wie können wir das machen? – Mmh, über den Brandschutz. Scheiße, für den Brandschutz ist der Bezirk zuständig bzw. da müssten wir irgendwas mit dem Eigentümer machen. Und Sie haben es selber gesagt, am 20. Mai treffen Sie sich mit dem Vertreter der Eigentümer, und am 31. Mai kommt das Schreiben, das verblüffender Weise Formulierungen enthält, die mir total bekannt vorkommen. Die kenne ich nämlich von Ihnen, Ihrer Rechtsauffassung und Ihrer Darstellung der Rechtsauffassung – was für ein Zufall. Sie treffen sich am 20. Mai, und eine Woche später kommt ein Brief, in der der Eigentümer Sie darum bittet: Werden Sie doch mal aktiv hier!

Und hier bestätigt sich noch mal genau das, was ich auch schon heute Morgen sagte, die Polizei in Berlin hat sich vollkommen verselbständigt. Sie fahren irgendeinen Film, wir müssen gegen die Rigaer Straße 94 vorgehen, und dann legen Sie es sich so lange zurecht, bis es passt. – [Zuruf von Dirk Behrendt (GRÜNE)] – Ich kann Ihnen sagen, was Sie gehofft haben, nämlich dass es genauso abläuft, wie hier bei der Räumung der Rigaer Straße 80, wo dann immer erst Jahre später durch ein Verwaltungsgericht festgestellt wird, dass alles illegal ist. Was sagte denn das Verwaltungsgericht am 19. Juli 2003 zur Räumung der Rigaer Straße 80 zum Einsatz der Polizei? – Nach § 1 Abs. 4 ASOG – also Gefahrenabwehr, den Sie immer hier vorbringen, warum Sie das überhaupt alles gemacht haben – obliegt der Schutz privater Rechte der Polizei nach diesem Gesetz nur dann, wenn gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und wenn ohne polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechtes vereitelt und wesentlich erschwert wird. Hups! Zu fordern dürfte mindestens eine an die Bewohner gerichtete vorprozessuale Aufforderung sein, die widerrechtlich genutzten Räume innerhalb einer

gesetzten Frist zu verlassen, verbunden mit der Androhung, andernfalls gerichtliche oder polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen zu wollen. Hupsi! Das heißt, das Verwaltungsgericht Berlin hat Ihnen am 19. Juli 2003 schon explizit gesagt, wie in solchen Fällen vorzugehen ist, und dreizehn Jahre später, weil Sie irgendwie denken, es gibt kein Internet, und es gibt keine Referenten, die einem das heraussuchen, bringen Sie dieselbe Begründung, weswegen Sie diesen Einsatz gefahren haben, noch mal, wo Ihnen das Gericht das schon vor dreizehn Jahren kassiert hat. Diese Logik – und deswegen rief ich vorhin rein: Herr Tölle, wann fahren Sie in den Urlaub? – muss man sich erst mal zu eigen machen. Wenn ich jetzt bei der Polizei anrufe und der Polizei glaubhaft mache, der Tölle schuldet mir noch 1 000 Euro, ich weiß, der ist jetzt in den Urlaub gefahren, ich würde das mal gerne nutzen, um in die Wohnung einzudringen, um mal Wertgegenstände rauszuholen, um die dann zu verkaufen, um die 1 000 Euro zurückzubekommen, da könnte ich mir vorstellen – [Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] – Herr Melzer, jetzt werden Sie doch nicht so unruhig! Der Herr Lenz hat doch alles schon klarge stellt. Der Senator ist von jeder Schuld befreit, die Polizei hat super gehandelt, alles Bingo Bongo, aber vielleicht stellen Sie noch einen GO-Antrag, den es nicht gibt, dann könnte ich dazu wieder erwidern. – Wo waren wir? Herr Tölle ist also im Urlaub, und ich rufe bei der Polizei an und sage, ich müsste da mal rein, und ich könnte mir vorstellen, die Nachbarn von Herrn Tölle sind so ein bisschen wachsam, da ich könnte mir vorstellen, wenn ich da mit der Flex an der Tür stehe, dann wollen mich die Nachbarn daran hindern, und für den Fall hätte ich gerne, falls es da zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt, Polizeischutz.

Dann sagen Sie so: Ja, klar, Herr Lauer! Wann legen wir los? Alles klar, wir haben hier den Terminkalender von Herrn -- Wie viele Leute brauchen Sie? Alles super! – Auf dieses schmale Brett – Verzeihung! – muss man erst mal kommen. Dass Sie vier, von Herrn Tölle bis Herrn Henkel, diese Sitzung hier nicht dazu genutzt haben, mal ein bisschen zurückzuründern, sich mal ein bisschen auf die Argumentation der Gegenseite einzulassen, mal zu sagen: Ja, okay, möglicherweise haben wir da ein bisschen über die Stränge geschlagen –, sondern hier irgendwie ein – Das könnte man ja in drei Teilen verfilmen, die Geschichte des Links-extremismus in Berlin, die übrigens – Herr Lenz! Wenn Sie wissen, dass dort Straftäter wohnen, dann stellen Sie sofort Anzeige, sonst machen Sie sich strafbar. Wenn Sie wissen, dass da Straftäter wohnen, die Straftaten begangen haben – und dann geht der Rechtsstaat da mit voller Härte durch –, wenn Sie glaubhaft machen können, dass Straftäter in der Rigaer Straße wohnen, wenn Sie konkret wissen, wer welche Straftaten begangen hat, dann zeigen Sie es an, und ich bin mir auch ziemlich sicher, dass die Polizei Sie da schützen kann. Wobei natürlich die Frage wäre, wenn Sie das wissen, woher Sie das wissen. – [Zuruf von Stephan Lenz (CDU)] – Entschuldigung! Ich habe nicht gehört, was Sie gesagt haben.

Vorsitzender Peter Trapp: Sie haben das Wort, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Genau! Ich sage einfach: Meinungsfreiheit, Rechtsstaat und – Wird man ja wohl noch mal sagen dürfen. – Das heißt, diese ganze Geschichte stand auf tönernen Füßen. Am 20. Mai treffen Sie sich mit dem Eigentümer. Da wird man dem Eigentümer gesagt haben: Okay, schreibe uns einen Brief, und dann beantworten wir den gern. – Sie haben also quasi den Eigentümer dazu aufgefordert, diesen Einsatz überhaupt erst stattfinden zu lassen. Und dann – und das ist ja auch dann wieder ein Widerspruch zu Ihrer Argumentation –: Wenn es Gefahrenabwehr war, warum spielt denn dann Ihr Senator die ganze Zeit diese Schallplatte ab: Das ist der linke Straßenterror, und auf den Straßenterror müssen wir reagieren? – Auf den Straßenterror zu reagieren, ist keine präventive Maßnahme, das ist keine Gefahrenabwehr, sondern da sind wir im Bereich der Repression. Und das ist ja eine Argumentation, das ist ja falsch. Was war es denn jetzt? Wenn der Senator sagt, es sei repressiv, es sei der Kampf gegen den Straßenterror, und Sie sagen, es war gar nicht repressiv, sondern es war zur Gefahrenabwehr – was denn jetzt?

Mal abgesehen davon, dass ich, wie gesagt, anheimstelle, dass es überhaupt in irgendeiner Form möglich ist, dass die Polizei einen illegalen Einsatz begleitet, dass also der Einsatz der Polizei legal ist, wenn sie eine unrechtmäßige Tätigkeit begleitet. Herr Schneider hat es in einem Gastbeitrag im „Tagesspiegel“ schön beschrieben: Was der Eigentümer dort gemacht hat, war verbotene Eigenmacht, das heißt, er hat sich diese Räume unerlaubterweise angeeignet. – [Stephan Lenz (CDU): Nein!] – Sagen Sie nicht nein! Das ist verbotene Eigenmacht. Sie sind doch selbst Jurist, Herr Lenz! – [Stephan Lenz (CDU): Eben!] – Wissen Sie, wenn Sie gestern bei der Akteneinsicht gewesen wären, was Sie nicht waren, hätten Sie ein sehr lustiges Schreiben vom Anwalt der Eigentümer der Rigaer Straße gesehen. Ich sage Ihnen: Was der geschrieben hat, da schlackern Ihnen die Ohren. Da steht am 28. Juni in einem Brief an die Eigentümer – ich weiß überhaupt nicht, warum der in diesen Polizeiakten ist, aber ich habe ihn trotzdem gelesen – sinngemäß: Kinder! Wer von euch kann denn jetzt mal eine Eidesstattliche abgeben, sonst haben wir hier verbotene Eigenmacht vorliegen. Das ist aber nicht so schlimm, denn wenn wir dann Beschwerde einlegen, kriegen wir eh einen Titel, und dann besorgen wir uns das. – So viel zu dem Ding, es läge keine verbotene Eigenmacht vor. Natürlich lag verbotene Eigenmacht vor. Das hätte bedeutet, dass die Bewohnerinnen und

Bewohner der Rigaer Straße bzw. der Verein dort zum Selbstschutz mit Notwehr, mit Gewalt gegen die Securities und gegen die Bauarbeiter hätten vorgehen dürfen. Natürlich war das nicht möglich. Und warum war es nicht möglich? – Die Polizei war da und schützte diesen rechtswidrigen Einsatz.

Ich muss leider auf diese Nebelkerzen, die Sie schmeißen, doch noch mal eingehen. Warum soll sich eine Richterin am Landesgericht Berlin die Mühe machen, eine umfangreiche Begründung für ein Urteil zu schreiben, wenn sie auch ein Versäumnisurteil machen kann? Ich würde auch das Versäumnisurteil machen, das ist weniger Arbeit. Es gibt übereinstimmende Presse- und Zeugenberichte, dass sich die Richterin vor Ort natürlich auch in der Sache einließ, und sie sagte: Bis zum heutigen Tage wurde mir kein Titel präsentiert. Das heißt, diese Räumung war rechtswidrig. Da der Anwalt nicht da ist, ergeht jetzt ein Versäumnisurteil. – Wenn Sie davon reden, dass die Beschwerden beim Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg alle ins Leere liefen, dann seien Sie doch wenigstens – weil Sie immer so um Vollständigkeit bemüht sind – so vollständig, noch zu sagen: Das Gericht hat sich für nicht zuständig erklärt. – Es gab also keine Sachgründe, warum sie das abgelehnt haben, sondern sie haben einfach gesagt: Wir sind nicht zuständig –, und das kennt man ja aus Berlin. Der Senator sagt: Ich bin nicht zuständig –, die Polizei sagt: Ich bin auch nicht zuständig, weil es war ja der Besitzer –, und der Besitzer denkt sich: Ja, geil, wäre ich mal am 20. Mai nicht zur Polizei gegangen und hätte mich nicht vom Tölle bequatschen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass sie vier hier vorn jetzt einen solchen Popanz betreiben, um diesen rechtswidrigen Einsatz zu rechtfertigen, und dann gleichermaßen sagen: Ja, nein, Rechtsstaat, Rechtsstaat, das ist alles so wichtig – – Sie tun der Demokratie an und für sich gerade einen Bärendienst. Das ist wirklich unglaublich. Ich habe schon viel erlebt in diesem Ausschuss – das ist echt krass. Da fehlen einem die Worte.

Noch mal dazu, dass Sie die Kadterschmiede nicht kannten: In diesen drei Aktenordnern, die dahinten liegen, ist ein Vermerk vom 25. November 2015. Darin geht es ausführlich um die Kadterschmiede: Wer hält sich dort auf? Wie ist das als Szeneobjekt zu betrachten? –, sogar mit Skizzen von den Räumlichkeiten. Da sind Skizzen von den Grundrissen drin: Hier ist die Küche, hier ist dies, hier ist das. – Das war vom 25. November 2015. Dann erzählen Sie uns hier, dass Sie ein halbes Jahr später nicht mehr wussten, was in der Kadterschmiede los ist, nachdem Sie meinem Kollegen Fabio Reinhardt am 29. Januar 2012 noch Anfragen zur Kadterschmiede beantworten, wo Sie selbst als Senat antworten: Der Polizei lag die Information vor, dass ab 22 Uhr eine Soli-Party unter dem Motto „Polizeikongress verpiss dich!“ in dieser Kadterschmiede veranstaltet werden sollte. Sie wollen uns hier allen Ernstes erklären, dass eine Lokalität, zu der Sie im November Grundrisszeichnungen hatten – wo ich mich auch frage, woher die wieder kommen, aber egal –, wozu Sie Anfragen beantworten, wozu Sie im Verfassungsschutzbericht sagen, das sei ein linkes Szeneobjekt, und dann so: Ja, nein, ob da überhaupt jemand wohnt oder lebt? Also – was? Berlin? Zehn Minuten! – Nein, Sie haben sich dort einen Einsatz konstruiert, und jetzt verteidigen Sie diesen Einsatz. Es gab eine kleine Hoffnung, dass Sie hier zurückrudern, aber nein, Sie zeigen sich uneinsichtig, und von daher sind Sie alle vier dort vorn für die Ämter, die Sie bekleiden, ungeeignet, denn man muss ja davon ausgehen, dass so etwas in diesem Land wieder passiert. Man muss ja davon ausgehen, dass das wieder passiert, dass Sie, wenn Sie es geil finden, wenn Sie irgendwie motiviert sind, wieder so einen politisch motivierten Einsatz fahren. Von daher würde ich mich freuen, wenn Sie einfach alle zurücktreten. Ich würde mich freuen, wenn Sie die sehr guten Fragen des Kol-

legen Zimmermann beantworten würden, und ich würde mich natürlich noch freuen, wenn sich Herr Lenz vom NSU distanziert.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Melzer! Jetzt haben Sie das Wort.

Heiko Melzer (CDU): Vielen Dank! – Ich will, ähnlich wie Kollege Zimmermann, vor der Klammer ein paar grundsätzliche Sätze zum Thema Linksextremismus und gesellschaftliche Ächtung des Lichtextremismus sagen. – [Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)] – Wie bitte, Herr Höfinghoff? – [Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Debattieren Sie darüber bitte in der Grundschule! Wir wollen hier gern die Faktenlage erörtern!] – Wissen Sie, Ihr Verhältnis zum Linksextremismus und dem Abschwören hat ungefähr das Niveau, das es an der Grundschule zu dem Thema geben müsste, um die Kinder nicht zu verschrecken. Das ist genau der Punkt. – Ich wollte sagen: Herr Zimmermann hat für seine Fraktion sehr deutlich eine grundsätzliche Position beschrieben. Wir haben das in der Vergangenheit auch getan. Ich hätte es für sehr notwendig erachtet, Herr Lauer, hätten Sie das für die Piraten auch getan, und ich fordere Grüne und Linke auf, in ihren Redebeiträgen das ebenfalls zu tun. – [Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Ach, Sie haben das schon gemacht?] – Wir brauchen eine gesellschaftliche Ächtung von Linksextremismus und kein Lachen darüber, Herr Höfinghoff. – [Hakan Taş (LINKE): Sagen Sie doch noch was zu Frau Vogel in Treptow-Köpenick!] – Das ist staatsgefährdend, das ist staatszersetzend, und da muss das gesamte Parlament einig sein.

Warum sage ich das? – Weil in der Rigaer Straße, und deswegen haben wir als CDU-Fraktion unsere Fragen gestellt und beantworten lassen, in der Vergangenheit Polizisten tagsüber auf offener Straße angegriffen worden sind. Die Täter flüchteten dann in das Objekt Rigaer Straße. Weil unzählige Polizisten, im letzten Einsatz 123 Polizisten, durch Linksextremisten verletzt worden sind, weil zum Beispiel, Frau Bayram, Sie es feiern, wenn es Hausverbote in Bäckereien für Polizisten gibt. – [Canan Bayram (GRÜNE): So ein Unsinn!] – Wir haben genau die gegenteilige Auffassung und stehen auch hier hinter der Polizei. Es ist notwendig und richtig – [Canan Bayram (GRÜNE): Quatsch!] –, dass das auch alle hier im Parlament sagen.

Herr Lauer! Dass Sie in Ihren Ausführungen kein Wort darüber verlieren, wenn Anwälte in ihrer Berufsausübung bedroht werden, zeigt eben auch, dass Sie dazu ein sehr gespaltenes Verhältnis haben. Wir brauchen einen Konsens gegen Linksextremismus. – [Canan Bayram (GRÜNE): Wir brauchen einen Konsens gegen Rechte!] – Ich sage noch mal: Herr Zimmermann hat für die SPD dazu deutliche Worte gefunden. – [Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)] – Ich habe nicht immer das Vergnügen, im Innenausschuss zu sein. Als ich das letzte Mal hier war, hat Herr Wolf, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, zum Thema Rigaer Straße und zu den in den oberen Etagen gefundenen Pflastersteinen gesagt: Na, wenn ich etwas zu pflastern zu Hause habe, habe ich auch Pflastersteine und selbstverständlich auch in der dritten Etage. Natürlich sind die nicht dafür gewesen, um sie hinunterzuschmeißen und Menschen oder Sachen zu verletzen. – Ja, da haben wir eine andere Auffassung, und dazu müsste sich die Linkspartei erklären. – [Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Dass es Sie nichts angeht, was Herr Wolf in seiner Küche hat!] – Wenn wenige Minuten nach dem Versäumnisurteil seitens der Grünen die Pressemitteilungen in der Bewertung des Urteiles nur so fliegen, man aber tagelang braucht, sich zum Thema „über 100 verletzte Polizisten“ zu verhalten, dann finde ich das auch gefährlich. Wenn ich beobachte, wie die Piraten vorhin gelacht haben,

als es hier in der Berichterstattung darum ging, dass Vermummte in Privaträume des Eigentümers der Rigaer Straße eingedrungen sind, dann finde ich das auch kritisch. – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] – Ich finde, da müssen wir zusammenstehen. Sie sollten mit diesem Quatsch aufhören und sich klar von diesen Sachen distanzieren.

Herr Lauer! Sie haben gesagt, hier wurde ein Einsatz zusammenkonstruiert. Ich tippe mal darauf, dass die Aussage schon feststand, bevor Sie heute Morgen hierher gefahren sind. – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] – Wir haben vom Innensenator, vom Innenstaatssekretär, vom Polizeipräsidenten, vom Justiziar der Polizei sehr dezidiert gehört, wie die Einzelheiten waren. Ich hätte es sehr notwendig gefunden, wenn Sie darauf reflektiert und zur Kenntnis genommen hätten, wie die Rechtslage hier ist. Sie ist eindeutig, und sie ist eindeutig berichtet worden. Das heißt, das Einzige, was konstruiert ist, sind Ihre Anwürfe. Sie stellen zum Beispiel in einer Ihrer Aussagen auf den § 1 Abs. 4 ASOG ab. Uns wurde aber hier gesagt, § 1 Abs. 3 sei die Rechtsgrundlage für den Einsatz gewesen. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Noch weniger einschlägig!] – Damit zeichnen Sie als Parlament letztlich ein rechtsstaatlich absurdes Zerrbild der Situation. Warum mache Sie das? – Weil Sie sich als Ankläger, Richter und Vollstrecker in einem gerieren. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Nein!] – Ich halte es für notwendig, meine Fraktion hält es für notwendig, dass wir hier sehr deutlich abstellen auf das, was uns der Senat auf unsere Fragen und die Fragen, die nicht explizit mehr zu beantworten waren, gesagt hat. Aus unserer Sicht gibt es deswegen gar keinen Zweifel daran, dass die Gefahrenabwehr der Polizei für die Bauarbeiten und Bauarbeiter sinnvoll und notwendig war.

Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel belegen. Wenn Sie zum Vorgang Rigaer Straße 94 oder Kadterschmiede googeln, dann erhalten Sie beispielsweise folgendes Ergebnis, nämlich einen Erlebnisbericht der Anwohner dort über diesen Tag. Ich darf mal verlesen:

Dann haben wir sehr bald damit angefangen, die Arbeit der Bauarbeiter, Securities und Bullen zu sabotieren. Wir waren dabei wegen der feindlichen Übermacht dazu gezwungen, ein fiktives Bedrohungsszenario aufzubauen. Dabei hat sich sehr schnell gezeigt, dass es durchaus möglich ist, hier in der militarisierter Zone etwas außerhalb des Rechtsweges zu bewirken.

So viel zum Thema Rechtsstaat – außerhalb des Rechtsweges.

Als Erstes haben reihenweise Securities unter unserem Druck nachgegeben. Sie waren überall im Haus positioniert, und wir konnten ihnen in eindeutigen Ansprachen glaubhaft vermitteln, dass der einzige Grund für ihre körperliche Unversehrtheit die anwesenden Bullen sind. Eine Gruppe der ab der ersten Stunde eingesetzten Securities sind wieder gegangen worden (...) Wir sind uns absolut sicher, dass (...) insbesondere die medienwirksamen Aktionen eine wesentliche Unterstützung der Glaubhaftigkeit unserer Drohungen waren.

So liest sich das weiter und weiter. Wer unter diesem Lichte nicht zur Kenntnis nimmt, dass es eine Bedrohungslage gab, wer unter diesem Lichte nicht zur Kenntnis nimmt, dass sich in der Rigaer Straße 94 Personen aufhalten und dort agieren und agitieren, die mit dem Rechtsstaat nichts am Hut haben, ist auf einem Auge blind. Wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass auch hier der Rechtsstaat durchgesetzt werden muss. Deswegen sehr deutlich seitens

meiner Fraktion: Wir stehen hinter der Maßnahme der Polizei und den entsprechenden Einladungen dazu, die der Innensenator hier im Innenausschuss deutlich gemacht hat.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Melzer! – Jetzt gibt es die Wortmeldung von Herrn Höfinghoff.

Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Es ist schon interessant, dass hier im Innenausschuss die ganze Zeit vonseiten der Exekutive und der CDU Indymedia zitiert wird, während alle anderen aus Gesetzestexten, Kommentaren oder Gerichtsurteilen vorlesen. – [Heiterkeit] – Das ist schon wirklich erstaunlich.

Herr Melzer! Ihnen ist vielleicht nicht bekannt, dass der Geltungsbereich der entsprechenden Gesetze in Deutschland nicht von der Zustimmung der Betroffenen zu diesen Gesetzen abhängig ist. Das heißt, ich kann den Rechtsstaat ablehnen so viel ich möchte – [Heiko Melzer (CDU): Tu ich das?] –, oder Person x kann den Rechtsstaat so sehr ablehnen, wie sie möchte – das war jetzt nur eine unpersönliche Aussage –, man kann den Rechtsstaat so sehr ablehnen, wie man möchte, die Schutzrechte betreffen einen eben doch. Das bedeutet, auch Autonome in dieser Stadt werden durch Gesetze eigentlich geschützt, und zwar in ihren Grundrechten. Das ist offensichtlich an der Stelle schlicht und ergreifend nicht der Fall gewesen.

Ich werde mich jetzt nicht auch noch auf die juristische Argumentation versteifen; dazu hat es jetzt zur Genüge Fachbeiträge gegeben. Aber, Herr Tölle, ich bin schon ein bisschen erstaunt über Ihre Aussage, es sei vom Haus niemand auf Sie zugekommen und hätte Sie auf die Rechtswidrigkeit des Einsatzes hingewiesen. Ich verstehe immer noch nicht, wie man auf die Idee kommen kann, sich als Polizei in dieser Stadt – während gerade vor einem mehrere Türen aufgeflext werden und offensichtlich die Benutzerinnen und Benutzer dieses Hauses und dieser Liegenschaften nicht wollen, dass dort ein Besitzwechsel stattfindet – nicht einen entsprechenden Gerichtsbeschluss zeigen zu lassen, dass dort rechtsstaatliche Verhältnisse hergestellt werden. Wenn die Polizei an der Stelle möchte – und ich unterstelle jetzt mal niemandem, der in der Rigaer Straße, zumindest im hinteren Bereich, wohnt, ein übermäßiges Vertrauen zur Polizei in Berlin – Dieses Vertrauensverhältnis wird genau dadurch nicht eben gestärkt. Wenn die Polizei dort steht und eine Maßnahme eines vermeintlichen Eigentümers schützt – oder man könnte auch sagen durchsetzt, in dem Fall eine Räumung, wie die Polizei es ja selbst schon in ihrer Presseerklärung angegeben hat –, dann könnte ich mir vorstellen, dass ein Großteil der dort lebenden bzw. sich dort befindlichen Menschen grundsätzlich erst einmal davon ausgegangen ist, dass zumindest dieser Gerichtstitel doch wohl existent gewesen sein wird.

Man muss sich auch die Frage stellen, inwiefern die Benutzung der Kadterschmiede durch die Polizei – Ich meine, auch Sie persönlich, Herr Tölle, wissen doch, was in der Kadterschmiede ist. Sie wissen doch, dass dort ein sogenanntes Szenelokal betrieben wurde und wird. Sie wissen das doch. Sie persönlich waren vor Ort, Sie haben den gesamten Einsatz vor Ort begleitet. Wir haben uns mehrmals unterhalten. Sie wissen das doch. Es hat auch niemand von der Polizei gesagt, dass es eigentlich gar keinen gerichtlichen Titel für diese Räumung gab – im Gegenteil! Es ist tatsächlich eher der Eindruck erweckt worden, dass dort – wie sagt man so schön – rechtsstaatliche Verhältnisse hergestellt würden. Man muss sich ja auch fragen, woher denn die Erlaubnis für die Betreiberinnen und Betreiber der Kadterschmiede kam,

dass man das Eigentum des Vereins dort noch herausholen könnte, so man denn schneller als die Bauarbeiter ist. Was ist denn das für eine Gewährleistung der Eigentumsrechte der Leute, die ihr Zeug in der Kadterschmiede haben? Wenn es keine Räumung war, dann kann es so zeitkritisch nicht gewesen sein. Wenn es keine Vorabinformation über diese Räumung gab, stelle ich mir die Frage: Wie sollen die denn bitte schön ihre Eigentumsrechte dort geltend machen, außer durch dieses – so, wie es ja stattgefunden hat – ameisenmäßige Hin- und Herlaufen und möglichst schnelle Sichern vor den Klauen der Bauarbeiter? Also: Holt schnell alles raus, was ihr schneller rauskriegen könnt, als die Bauarbeiter es in den Container werfen können! – Da wurden keine Eigentumsrechte gewahrt. Das ist das Recht des Stärkeren, und die Polizei stand daneben, hat machen lassen und dafür gesorgt, dass die Kräfte ansonsten in den konkreten Maßnahmen im Rahmen des Möglichen ausgeglichen sind – so: Holt euch bloß nicht zu viel Hilfe –, denn ins Haus rein durfte ja sonst auch niemand mehr, der da noch hätte helfen wollen. Schutz der Bauarbeiter heißt meiner Meinung nach nicht: Die Polizei sorgt dafür, dass die Bauarbeiter an der Stelle irgendwie ihre Oberhoheit wahren können. – So funktioniert es nicht. Vertrauensbildende Maßnahmen, Herr Tölle, sehen tatsächlich anders aus, gerade wenn jegliche Rechtsgrundlage an der Stelle fehlte.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Höfinghoff! – Jetzt hat Herr Taş das Wort.

Hakan Taş (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich muss und kann leider heute feststellen, dass hier bewusst gelogen wird, zumindest die Wahrheit nicht vorgetragen wird. Ich muss aus dem Verfassungsschutzbericht 2015, Seite 153 zitieren:

Bei der „Rigaer 94“ handelt es sich um einen Personenzusammenschluss, der sich aus Teilen der Bewohner und Besucher eines Wohnprojektes sowie der darin befindlichen Veranstaltungsstätte „Kadterschmiede“ in der Rigaer Straße 94 in Friedrichshain zusammensetzt.

Entweder lesen Sie Ihre eigenen Berichte nicht – – Ich gehe davon aus, dass Sie die gelesen haben, die Fragen hier aber bewusst nicht richtig beantwortet haben.

Damit wir nicht solche Verhältnisse wie in der Türkei haben – Herr Lenz ist jetzt nicht da –, müssen wir den Rechtsstaat anscheinend hier verteidigen, lieber Herr Lauer. Es muss grundsätzlich noch die Frage geklärt werden, Herr Henkel, ob die Berliner Polizei tatsächlich – das hatte ich vorhin in der ersten Runde schon gesagt – für die Wahlkampfzwecke der Berliner CDU, deren Spitzenkandidat Sie in Berlin sind, eingesetzt werden kann und darf. Ich glaube, die Berliner CDU ist mit Ihrer Vorgehensweise nicht ganz glücklich. Sie würde Sie, glaube ich, gern von heute auf morgen absetzen, aber das kann sie wahrscheinlich nicht mehr. – [Tom Schreiber (SPD): Mach’ du doch!] –

Die Innenverwaltung war – in dem einen Fall haben Sie auf jeden Fall recht – nicht Rechtsverfahrensbeteiligter, das ist soweit richtig. Sie haben, ohne dass ein Rechtstitel vorgelegen hat, zur Räumung der Räume durch die Polizei beigetragen, ohne vorher die Rechtmäßigkeit zu überprüfen; zumindest haben Sie heute nichts Gegenteiliges dazu gesagt.

Übrigens, Herr Tölle, auch wenn Sie vielleicht den Verfassungsschutzbericht 2015 nicht gelesen haben: Nach dem Vereinsgesetz müssen alle Vereine in Berlin beim Amtsgericht Charlottenburg eingetragen werden.

tenburg eingetragen werden. Dort können Sie erfahren, wer im Vereinsvorstand ist. Auch Namen können Sie sich dort abschreiben.

Drei Fakten: Es ist richtig, dass der Hausbesitzer keinen unanfechtbaren Räumungstitel vorgelegt hat, und Fakt ist auch, dass kein Gerichtsvollzieher anwesend war. Fakt ist aber auch – die Frage haben Sie zumindest heute nicht beantwortet; die wurde von allen möglichen Leuten noch mal gestellt –, dass der Eigentümer oder der Rechtsanwalt bereits in einem Schreiben vom 22. Mai – auf das Schreiben sind Sie eingegangen – gegenüber der Polizei die Räumung angekündigt hat. Das heißt, es kann nicht sein, dass Sie im Vorfeld von der Räumung nichts gewusst haben. Auch heute, bis jetzt zumindest, haben wir nichts Neues von Ihnen gehört. Sie haben die Fragen teilweise nicht beantwortet, zum Beispiel, wie viele Polizeikräfte nach dem Einsatz am 22. Juni bis zur Wiederinbesitznahme der Räumlichkeiten der Kadterschmiede am 14. Juli insgesamt in der Rigaer Straße 94 im Einsatz waren, wie viele es täglich waren und was das Ganze gekostet hat. Die Frage hatte ich nachträglich noch gestellt.

Sie haben auch nicht die Frage beantwortet, ob der Rechtsanwalt wegen möglicher Bedrohungen das Gericht hätte informieren können. Er hat, soweit ich weiß, im Rechtanwaltszimmer angerufen, aber anscheinend nicht gewusst, dass er das Gericht darüber auch informieren kann. Was wusste die Polizei im Vorfeld über die Gefährdung, und was haben Sie überhaupt getan, Herr Henkel?

Noch mal zur Gefahrenabwehr, auf deren Grundlage der Polizeieinsatz erfolgt sein soll: Sie müssten trotzdem im Vorfeld überprüfen, ob die Hauseigentümer, Hauseigentümerin oder die Bauarbeiter, die Sie beschützen wollten, die Räume überhaupt betreten dürfen. Das haben Sie nicht gemacht. Sie können noch mal versuchen, die offenen Fragen zu beantworten – Sie haben noch eine halbe Stunde Zeit; Herr Trapp wird noch darauf eingehen. – [Christopher Laufer (PIRATEN: Wir haben noch ein bisschen länger!)] – Die Räumung haben Sie, stelle ich noch einmal fest, in einem Schreiben vom 22. Mai mitgeteilt bekommen, und Sie haben dazu, bis jetzt zumindest, nichts gesagt.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Jetzt hat Herr Schreiber das Wort.

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Ich will auch noch mal Fragen stellen und mit ein, zwei kurzen Vorbemerkungen deutlich machen, dass Nebelkerzenwerfen allein nicht ausreicht. – [Zuruf: Lauter!] – Die Situation in diesem Kiez, in dieser Straße und der gesamten Stadt ist seit Längerem bekannt. Seit 2014, 2015 und darüber hinaus haben wir Straftaten, die offensichtlich sind; das ist belegbar durch Anfragen und vieles mehr. Deswegen bin ich ein Stück weit irritiert, dass man im Jahr 2016 darauf kommt zu sagen: Wir sind jetzt sehr konsequent.

Zweitens: Wie man es macht, haben wir am 2. Februar 2011 unter Glietsch und Körting gesehen, wenn es um Fragen der Räumung geht wie bei „Liebig 14“. Das hat dem einen oder anderen in der Stadt nicht gepasst, aber da war es rechtskonform und sauber gemacht. Es waren über 2 500 Polizeibeamte im Einsatz. Die Debatten waren auch heftig, aber man hat vorher prozessiert, man hatte den Gerichtsvollzieher vor Ort, und die Sache ist gelaufen. Das will ich einschieben, weil vorhin das Thema „Berliner Linie“ anklang und weil ich glaube, es ist wichtig zu wissen, worüber wir sprechen.

Meine Fragen richten sich an verschiedene Ebenen. Ich möchte zum einen wissen, weil das bisher noch keine Rolle gespielt hat: Die Klosterstraße hat ja die Fachaufsicht über die Berliner Polizei. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Nee!] – Ja, Herr Lauer! Da staunen Sie. – Deswegen möchte ich wissen, ob es währenddessen, aber auch im Nachgang eine rechtliche Bewertung der Fachaufsicht in der Innenverwaltung zu dem Thema gab. Erstens will ich wissen, wer dafür zuständig ist und zweitens, ob es danach noch mal eine Bewertung gab. Nicht umsonst haben wir die Situation, dass wir die Fachaufsichten in den Senatsverwaltungen haben, die sich Dinge noch mal anschauen können. Das Zweite ist: Es wurde darauf hingewiesen, jedenfalls kurz von Staatssekretär Krömer, dass der Direktionsleiter Krömer dabei war – Direktionsleiter Einsatz –, und dann fehlt ein bisschen der weitere Zusammenhang, wer informiert war. War der Polizeipräsident informiert? – Ja, das wurde gesagt. War die Vizepräsidentin informiert? Der Justiziar war informiert. War der Abschnitt involviert? Mich würde übrigens auch interessieren, warum der Direktionsleiter Krömer nicht da ist, der im Januar hier Rede und Antwort zu dem gesamten Thema stand; das war ja auch wichtig. Wenn Abgeordnete ihren Urlaub unterbrechen können, dann gilt das vielleicht auch für Direktionsleiter.

Das andere ist, das hat Herr Zimmermann deutlich gemacht, diese sogenannte Linie. Uns interessiert, was damit konkret gemeint ist – ob es Vorgaben in der Hausspitze gab, oder ob man gesagt hat: Die Polizei hat da freie Hand, und wir unterstützen das. – Ich frage danach, denn uns und mir insbesondere wurde 2015 gesagt, wir bräuchten keine Sonderkommission zur Rigaer Straße 94. Ich finde es gut, dass es endlich eine gibt, aber die Straftaten, all das, was dort seit Jahren passiert, insbesondere 2015, das hätte ausgereicht, um genau das zu tun, um einen Grundsatz des polizeilichen Handelns, das, was die Menschen an der HWR lernen – Prävention vor Repression – zu leben, das heißt, auch zu schauen, wie man den Konflikt auf der einen Seite entschärft, aber auf der anderen Seite gegen Straftäter klar vorgeht. Mich würde interessieren, warum es 2016 zur Einsetzung der Sonderkommission kam und nicht schon davor, denn das wurde abgelehnt.

Herr Tölle hat es angesprochen, und das wirft für mich Fragen auf; die anderen haben es angedeutet: Es gab am 20. Mai das Gespräch mit dem Abschnitt, mit dem Justiziar, mit dem Eigentümer. Ich möchte es nicht falsch verstehen. Gehe ich richtig in der Annahme, dass man dem Eigentümer gesagt hat: Das musst du fragen. Das musst du zum Anlass geben, damit wir als Polizei agieren, oder galt das Gespräch nur als netter Austausch untereinander? –, denn alles andere wäre ja danach, sage ich mal, ein Stück weit einfacher zu konstruieren. Ich möchte nicht, dass es einen Verdacht gibt, dass es vorab Gespräche mit dem Eigentümer gab: Was muss man tun, damit wir das und das tun können? – Das halte ich für eine elementare Frage, und zwar aus dem einfachen Grund, damit wir sie auch schließen. Der Flurschaden, der insgesamt einsetzt, auch für den Ruf der Berliner Polizei, ist immens. Wir werden ihn durch diese Sondersitzung des Innenausschusses nicht wegbekommen. Mir tun insbesondere die eingesetzten Kräfte leid, die vor Ort waren, die die Bauarbeiter beschützt haben, die sich Beleidigungen anhören und bei möglichen Straftaten rund um diese ganze Aktion einschreiten mussten. Vor allen Dingen geht es auch um die Länderkollegen der Innenminister, die, wenn das Land Berlin Polizei, Fremdkräfte anfordert, auch die Frage stellen: Ist das alles rechtskonform was ihr da tut? – Das heißt, der Ruf leidet. Ich glaube nicht, dass wir das in dieser Sitzung heute beendet bekommen oder den Ruf wieder herstellen können. Ich hoffe sehr – mittel- und langfristig –, dass das ausgeräumt werden kann, denn letzten Endes leidet die Berliner Polizei, leiden die Einsatzkräfte darunter. Es ist wichtig, hier deutlich zu machen: War der Einsatz rechtskonform oder rechtswidrig? Das ist eigentlich die Kardinalfrage in dieser Ausschusssitzung.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Schreiber! – Dann hat jetzt Herr Lux das Wort.

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Kollege Schreiber! Ich sehe das ähnlich, dass wir heute nur zu einem Zwischenfazit kommen können. Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar, und Regeln sind einzuhalten. Ich glaube, dass hier alle Fraktionen für Demokratie und Rechtsstaat stehen.

Mir sind gerade ein paar Zahlen aufgefallen, die von der Polizei zufällig heute herausgegeben worden sind, nämlich die Langfassung der polizeilichen Kriminalstatistik. Da lässt sich auch wieder feststellen: Der Rechtsstaat gerät unter Druck, wenn er Straftaten nicht aufklären kann, und so ist es hier ja auch. Wir alle nehmen viele Straftaten wahr mit linksextremistischen, linken politischen Bezügen, die irgendwie legitimiert sind, und Aufrufe dazu, die eindeutig aus linken Zusammenhängen kommen. Von den Tätern kriegen Sie aber, außer auf ein paar Demos, niemanden. Das Interessante ist, die Zahlen geben das auch her, dass die extremistische Gewalt von Links bis zum Jahr 2015 deutlich zurückgegangen ist, im Jahresvergleich um 27 Prozent. Von 2014 auf 2015 ist die linksextremistische Gewalt laut Ihrer polizeilichen Kriminalstatistik um 27 Prozent zurückgegangen. Ich vermute mal, dass sie in diesem Jahr gestiegen ist.

Dafür gibt es keine Rechtfertigung, weder eine politische noch eine juristische, aber man muss doch trotzdem so schlau sein, dass man, wenn man handelt, auch die Folgen des eigenen Handelns ein bisschen voraussieht. Was löse ich bei meinem Gegenüber aus, bei den Leuten, über die ich rede, wenn ich diese Maßnahmen oder andere ergreife? Es würde mich interessieren, Herr Innensenator, ob Sie das grundsätzlich machen und wann sozusagen Ende ist mit Ihrem Postulat, andere auszugrenzen. Mit „andere ausgrenzen“ meine ich nicht nur linksext-

reme Gewalttäter; das tun wir alle – in jeder Mitteilung von mir zu diesem Thema werden Sie das im Übrigen finden. – Herr Melzer! Es ist schon eine Unverschämtheit, was Sie meiner Fraktion und auch meiner Kollegen Bayram vorgeworfen haben. Wir haben uns immer von Gewalt distanziert. Wir haben immer auch gegen linksextreme Gewalt den Schulterschluss gesucht. – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Es gibt eine gemeinsame Resolution dazu. Sie, das nehme ich seit einem dreiviertel Jahr verstärkter wahr, grenzen aus. Sie unterstellen uns, den Linken, den Piraten und auch den Grünen, dass wir das irgendwie nicht ernst nehmen. Der Innensenator hat vorhin gesagt, er suche einen gesellschaftlichen Konsens. Das hat die CDU wiederholt. Sie können aber nicht auf der einen Seite sagen, wir suchen einen gesellschaftlichen Konsens, und auf der anderen Seite – ich zitiere den Innensenator: Es interessiert mich nicht, was Sie sagen! Es interessiert mich nicht, Herr Taş! Es interessiert mich nicht, Herr Lux! – Sie machen da, was Sie wollen und sollten sich wenigstens dafür interessieren – und das frage ich Sie auch –, was die Folgen Ihres Tuns sind, denn mit dieser Form von Wasserprobe – so nannte man es im Mittelalter – sollte hier Schluss sein. Sie sind gefordert, wenn Sie das mit Ihrem Konsens ernst meinen, dann auch eine Gesprächsgrundlage zu schaffen. Die war ja schon, nicht nur, weil Sie ausgrenzend sind, schwierig, sondern Sie sind auch, weil Sie selber mit zweierlei Maß messen, nämlich im Bereich Rechtsextremismus, vorbelastet. Wir hatten hier den Fall der Kollegin Vogel; das wurde jetzt mehrmals reingerufen. Das ist eine CDU-Abgeordnete, die dazu aufgerufen hat, wenn ein Flüchtlingswohnheim in Alt-Glienicke kommt, dann mittelbar auch dort auf die Barrikaden zu gehen, Blockaden zu machen. Darauf hat sie hingewiesen, mittelbar Bezug genommen bei einer Demonstration. Ich möchte mal wissen, was hier los wäre, wenn das jemand aus der Linksfaktion, der Piratenfraktion, der SPD oder von uns gemacht hätte. Sie haben sich bis heute nicht mit einem Wort davon distanziert. Es hat mich sehr gefreut, dass vor einer Woche das Verwaltungsgericht bestätigt hat, dass dieses Flüchtlingswohnheim rechtmäßig kommen kann; bis heute haben Sie nicht ein Wort dazu verloren.

Ich möchte noch einen zweiten Fall nennen. Das liegt mir schon länger auf dem Herzen, aber ich denke, heute ist durch Ihre schlechte Vorwärtsverteidigung, uns zu irgendwelchen Bekennissen zu zwingen, die eine Selbstverständlichkeit sind, auch noch ein zweiter Fall interessant, und zwar der Fall Freymark, Junge Union, Reise nach Riga, wo mindestens einer ein Hakenkreuz in eine Videokamera hält, und zwei weitere aus der Union, die danach noch Karriere gemacht haben, daran beteiligt sind. Man hört bei Ihnen so heraus: Das war ein Dummer-Junge-Fehler –, aber bis heute gibt es keine Aufklärung darüber, wer mit dabei war. Es war eine ganze Reihe von Leuten dabei; vielleicht sind es ja auch Kolleginnen und Kollegen. – [Monika Thamm (CDU): Er hat wohl einen Knall, oder?] – Es gibt den Hinweis, dass Sie, Herr Henkel, dieses Video exklusiv gesehen hatten, in Deutschland, und das Abspielen eines Videos, in dem ein Hakenkreuz gezeigt wird, ist zumindest ein Anfangsverdacht, weil das ein Symbol ist, das verboten ist zu zeigen und zu verbreiten. Und dann haben Sie gesagt – Sie sind auch rechtlich nicht dazu verpflichtet; Sie unterliegen nicht dem Legalitätsprinzip wie die Polizei, Sie waren damals nicht rechtlich dazu verpflichtet, das zur Anzeige zu geben –, aber Sie haben sich dafür entschieden, dass die Partei das regelt und dass Sie das nicht anzeigen. Auch das ist ein schwieriges Verhältnis zum Rechtsstaat, und daran sollten Sie denken, wenn Sie von anderen einfordern, sich von irgend etwas zu distanzieren.

Das größte Problem bei den Forderungen, die Sie aufstellen, ist, dass Sie die wenigsten der vermutlich linksextremistischen Straftaten aufgeklärt haben. Das ist das größte Problem. Mir ist nicht bekannt, dass irgendjemand aus der Katerschmiede ein Straftäter ist. Das haben Sie

aber vorhin gesagt: Die begehen Straftaten in dem Haus usw. – Zum Rechtsstaat gehört auch die Unschuldsvermutung. Es gehört dazu, dass es ein gerichtliches Verfahren gibt, bevor man jemanden als Straftäter bezeichnet, dass er verurteilt ist. Sie reden hier darüber, als sei die Rigaer Straße, die Gegend, ganz Berlin voll von linksextremistischen Straftätern, aber Sie haben sie nicht. Sie haben eine ganz miese Aufklärungsquote, und ich finde, wie Sie mit Ihren Worten bestimmte Taten verurteilen: Das kann man ja mal machen, das ist auch richtig, aber Sie wählen von Woche zu Woche immer krassere Vergleiche. Dass Ihnen das zugelassen wird, auch vom Koalitionspartner zugelassen wird! Wobei ich die Fragen von Herrn Zimmermann ausdrücklich lobe und mich anschließe, weil er, was es für heute angeht, Ihr Versäumnis auf den Kern gebracht hat, auf den zugestandenen, von Ihnen auch zugestandenen Kern: Sie haben nicht geprüft. Es hat Sie nicht interessiert. Sie haben, wie die Mafia auch, stillschweigend eine Linie vereinbart, und dann wird das irgendwie durchgezogen, und am Ende nimmt es der Kleinsten, der hier im Ausschuss dabei ist, auf seine eigene Kappe. – Herr Tölle! Das ist schon ein interessanter Dienst, den Sie da leisten, aber wer Sie kennt und weiß, wo Sie überall dabei waren – das ist völlig unglaublich, was Sie hier vorgetragen haben. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ja!] – Ich glaube Ihnen das nicht, beim besten Willen.

Wir reden vielleicht danach noch mal, aber jetzt geht es um den Innensenator, dass Sie es nicht schaffen, mit einem Stück Selbstkritik zu sagen: Vielleicht müsste man dieses oder jenes erledigen, um Autobrandstiftung usw. besser aufzuklären. Wir wissen, dass mehr als die Hälfte oder die Hälfte – auch vermutet – keine politischen Zusammenhänge haben; ist ja auch egal. Jedenfalls haben wir da eine ganz miese Aufklärungsquote, und Sie stehen vor Ihrem eigenen Scherbenhaufen und rufen: Haltet den Dieb! – Dass Sie dadurch das Thema immer wieder größer treiben, dass die Rigaer Straße 94 bundesweit ein Symbol geworden ist, nach dem Motto: Was passiert denn da schon wieder in Berlin? – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ja!] – Natürlich mit beiden Aspekten. Zum einen mit Gewalt und dass man Straftaten nicht dulden kann, aber natürlich auch mit dem Aspekt: Hat der Innensenator keinen Plan, oder was macht dort der Senat? – Der räumt da einfach, ohne sich vorher schlau zu machen, geschweige denn eine Rechtsgrundlage zu haben. Das haben Sie bundesweit geschafft. Wunderbar! Herzlichen Glückwunsch! Aber wäre seriöse Innenpolitik nicht eine, die erst einmal versucht, mit kühlem Kopf zu ermitteln, die Polizei ihre Arbeit machen zu lassen in dem Sinne, dass sie sich um Straftaten kümmert und sie verfolgt, und die sich an die Rechtsordnung hält?

Da das heute immer wieder hin- und hergegangen ist, möchte ich auch noch etwas zur Rechtsordnung sagen. Sie berufen sich auf die Generalklausel zur Gefahrenabwehr. Dass es dort so etwas gibt wie Begleitung von Bauarbeiten, ist bislang noch nicht festgestellt. Sie haben aber hier § 1 Abs. 3 ASOG zitiert, von Herrn Kollegen Melzer fälschlicherweise als Rechtsgrundlage bezeichnet. Da steht sinngemäß: Die Polizei darf zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten und zur Gefahrenabwehr tätig werden und Maßnahmen erlassen. Das ist aber eine Zuständigkeitsklausel, Herr Kollege Melzer, und keine Rechtsgrundlage. Sie haben § 1 Abs. 3 ASOG und nicht § 1 Abs. 4 ASOG, eigentlich der wichtigste Paragraph für eine rechtsstaatliche Polizei, zitiert, dass zum Schutz privater Rechte die Polizei nur – ich verkürze das mal – bei Gefahr im Verzug zuständig ist und wenn ganz große Schäden für Leib und Leben drohen. – [Monika Thamm (CDU): Genau so ist es!] – Das kann man jetzt auf die Bauarbeiter beziehen, das gestehe ich zu. Man kann sagen: Okay, da gibt es eine konkrete Gefahr für die Bauarbeiter. Wir glauben das mal, dass die da rein dürfen. – Aber dann frage ich Sie: Warum hat denn der Polizeipressesprecher am nächsten Tag selber von Räum-

arbeiten gesprochen? Warum haben Sie denn, Herr Henkel, mehrmals im RBB von Räumungen gesprochen und sich auf Räumungen bezogen? Warum haben Sie denn nicht von Anfang an gesagt, wenn Sie diese Rechtsgrundlage ziehen: Wir begleiten hier nur Bauarbeiten? – Ein sehr deutliches Anzeichen – Herr Lauer hat es schon gesagt –, dass Sie wussten, dass die Katerschmiede genutzt wird und Verein ist. Dafür gibt es zig Anzeichen, dass Sie das wussten. Insofern, Herr Tölle – unglaublich!

Noch ein weiteres Anzeichen: Warum war denn die Polizei in der Nacht dort? Um Bauarbeiten zu schützen, die nicht vorhanden sind? Wenn sie dann das Eigentum beschützen oder das, was die dort gebaut oder gemacht haben, dann ist es nicht mehr § 1 Abs. 4 ASOG. Dann stellt sich noch die Frage der Verhältnismäßigkeit und: Wo kommen wir denn da hin? Wo kommen wir hin, wenn wir das immer machen, bei allem, auch in einem Rechtsstaat, unabhängig von der Motivation? Das ist das Tor, das nicht aufgehen darf. Das ist das Prinzip, das Sie gebrochen und mit Füßen getreten haben oder, von mir aus, dass Sie sich nicht darüber haben informieren lassen, dass in einem Rechtsstaat Bürgerinnen und Bürger untereinander im Zivilrechtsweg ihre Konflikte vor den ordentlichen Gerichten klären, bis die entscheiden. Das ist ja auch kompliziert mit Eigentum, Besitz, wann was aus einem widerrechtlich angeeigneten Besitz erwächst, was im Besitz stand usw. Das müssen zwingend die Gerichte klären. Und einfach zu sagen: Ich glaube jetzt einmal dem und nicht dem und schicke da so viel Polizei rein – wo kommen wir da hin, wenn wir das immer machen würden? Wo kämen wir da hin? Deswegen sage ich Ihnen: Das, was Sie da gemacht haben, hat zum Vertrauens- und Ansehensverlust in der Bevölkerung, bei den Anwohnerinnen und Anwohnern, bei der Polizei selber – hören Sie sich dort um! – geführt. Das hat auch dazu geführt, dass ein ehemaliger Polizeiführer, der über jeden Verdacht erhaben ist, irgendwelche Linksextremisten oder so sympathisch zu finden, einen längeren Vermerk geschrieben hat, den ich nachher interessierten Kreisen gerne gebe, bei dem er sehr deutlich darauf verweist, dass es für widerrechtlich besetzte Häuser und auch sonstige genutzte Räume eine klare Linie gibt. Ein paar von uns waren damals dabei – „Berliner Linie“ –, ich nicht. „Berliner Linie“: Frisch besetzte Häuser räumen wir sofort. – Daran haben Sie sich auch gehalten. Was weiß ich: An der TU wurden Räume besetzt, oder hier und da haben noch vermeintlich Linke Räume besetzt. Dann gab es einen schriftlichen Antrag vom Hausrechtsinhaber, und dann kam die Polizei und hat das sofort, innerhalb von 24 Stunden, geräumt. Okay, kann man – – Also, ist richtig so, und dazu bekennen wir uns auch, aber es kann eben nur ein Konsens sein, wenn auch die andere Seite berücksichtigt und gewahrt wird. Diese andere Seite bedeutet, dass bei widerrechtlich besetzten Häusern, die längere Zeit – sagen wir, sechs Monate – besetzt sind, klar ist, dass es einen Titel geben muss, bevor dort geräumt wird. Herr Tölle, Sie wissen das!

Was den Direktionsleiter angeht, der hier auch adressiert ist: Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass der Direktionsleiter wahrscheinlich derjenige ist, der dort die Verantwortung auf sich nehmen müsste. Spannend, dass er nicht hier ist, weil er beim letzten Einsatz in der Rigaer Straße noch sehr selbstbewusst und überzeugend jede Maßnahme der Polizei absolut verteidigt hat und auch gegenüber Kritik und Nachfragen völlig resistent war, bis hin zu der Aussage – wir haben es schwarz auf weiß –, es habe alles wunderbar funktioniert. Und auf die konkrete Nachfrage, ob dort auch der Digitalfunk funktioniert hat, hat er es wahrheitswidrig verleugnet. Es stand drei Tage später in Ihrem polizeiinternen Blättchen, dass er dort nicht funktioniert hat. Er hat hier gelogen. – Herr Tölle! Sie machen das auf eine gewisse Weise noch mal und weiter, nur um dort oben eine Führung in Schutz zu nehmen, die Ihr Vertrauen und Ihre gute Arbeit überhaupt nicht verdient hat. Sie sollten sich auf die Seite derjenigen

stellen, die in der Polizei tagtäglich ihren Kopf hinhalten, die, wie Sie auch, einen Eid geleistet haben, das Amt so auszuführen, dass es im Einklang mit der Verfassung von Berlin und den Gesetzen steht. Viele Polizeibeamte fragen sich: Warum wurden wir dort reingeschickt? Warum wurden wir dort verheizt? – Und Sie haben die Polizei ja auch abgezogen, und das war auch richtig so.

Herr Kandt! Ich möchte Sie trotzdem noch einmal ermutigen. Sie haben das z. B. einen Tag nach der sehr gewalttätigen Demonstration in der Rigaer Straße in der „Abendschau“ sehr deutlich und klar benannt, und es war völlig richtig; Sie haben gleichzeitig auch gesagt: Natürlich führen wir Gespräche mit allen, die mit uns reden wollen. – Das ist gut so. Das ist der Rechtsstaat, der konsequent gegen Straftäter vorgeht, der aber auch immer zu Gesprächen bereit ist. Ich bin Jurist und vom Rechtsstaat überzeugt; Gesetze und Verfassung sind für mich das Wichtigste. Was aber trotzdem mindestens genauso wichtig ist, ist, dass diese Gesetze und die Ausführung dieser Gesetze ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, und da kann die Polizei froh sein, dass sie in aller Regel ein höheres Vertrauen genießt als wir in der Politik. Sie sollten das aber nicht aufs Spiel setzen, und schon gar nicht sollten Sie es aufs Spiel setzen für einen Innensenator und eine Linie, die uns weiter in die Eskalation treibt, sondern Sie sollten ihn – Sie sind ja auch mit ihm befreundet – noch einmal eng nehmen und sagen, so wie Sie es hier auch häufig gesagt haben, dass es zur Deeskalation gehört, dass man auch einseitig mal abrüstet, dass man ein bisschen was aushält, um dann eben keine Sympathie und keine „Man mag die Leute aus der Rigaer, die da Straftaten begehen und man versteht das ja irgendwie auch“-Stimmung in dem Kiez dort – – Und das ist so bei ganz normalen Leuten dort, bei Leuten, die fern von dem Verdacht stehen, irgendwie selber – – Vielleicht kann Frau Bayram dazu noch mehr erzählen. Es verwundert einen, wie viel Misstrauen der Polizei da – seitens der Schule, wo sie auch nicht mehr auf die Toilette gehen sollen, oder von dem Bäcker – entgegenschlägt. Dass Sie das nicht nachdenklich macht, da oben an der Spitze! Damit lassen Sie gerade sehr viele Polizistinnen und Polizisten, die da täglich schuften, alleine, damit auch die Anwohnerinnen und Anwohner. Für Gesamtberlin wird das ein massives Problem, wenn sich das noch einmal wiederholt. Deswegen sollte das eine absolute Ausnahme gewesen sein.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat noch einmal Herr Lauer um das Wort gebeten. – Bitte schön, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Noch einmal eines zu dem, was Herr Melzer sagte: Schöner Kommentar zum ASOG. Hat Herr Tölle nicht geschrieben, aber Herr Tölle ist im selben Buch mit drin. Herr Tölle hat den Kommentar zum Versammlungsrecht geschrieben, wo noch einmal ganz klar drinsteht:

Soweit neben der Aufgabeneröffnung keine besonderen Befugnisse existieren, müssen die Vorsorgemaßnahmen

– und das bezieht sich dann auf § 3, Herr Melzer –

unterhalb der Schwelle zum Eingriff in Rechte der Bürger bleiben. Dazu zählen z. B. Informationsveranstaltungen über das Vorgehen von Trickbetrügern oder Aufklärung über den Schutz von Einbrüchen, die Anfertigung von Lageplänen, Streifenfahrten

oder das Führen von Listen über vertrauenswürdige Anbieter sicherheitsrelevanter Dienstleistungen.

Um das einmal zu veranschaulichen: Wenn die Polizei vor der Rigaer Straße 94, Herr Melzer, Fahrräder markieren möchte, damit die dann registriert sind, ist das okay. Das ist Prävention. Das ist vorbeugende Bekämpfung von Straftaten. Das ist gut. Wenn die Polizei sagt: Du hast keinen Räumungstitel, reitest da mit deinen Bauarbeiter und deiner Security rein, räumst in verbotener Eigenmacht ein Vereinslokal, und wir schützen das Ganze – das ist nicht gut. Noch einmal aus dem Kommentar vorgelesen – Lesen bildet!

Letzte Frage zum zeitlichen Ablauf: Wie habe ich das denn jetzt zu verstehen? Am 20. Mai gab es das Gespräch mit dem Eigentümer. Am 22. Mai gab es dann irgendeine erste Anfrage vom Eigentümer. Das würde mich noch einmal interessieren, weil in den ganzen Einsatzplänen, die sich hinten in den Ordnern befinden, immer von der Anfrage vom 22. Mai gesprochen wird. Das offizielle Ersuchen des Eigentümers kommt aber erst am 31. Da würde mich noch einmal interessieren, wie das zeitlich passt, dass Sie schon am 22. anfingen, einen Einsatz zu planen, obwohl der offizielle Brief erst am 31. Mai kam.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Lauer! – Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine erste Frage bezieht sich ein Stück weit auf das, was Herr Lauer vorgetragen hat. Inwieweit sind die Akten, die uns gestern in der Senatsverwaltung für Inneres zur Verfügung gestellt wurden, vollständig? Kann der Senator heute etwas dazu sagen?

Dann geht es mir noch einmal um die Perspektive der Anwohner, denn ich war die ganze Zeit vor Ort und bin selbst auch mittelbare Anwohnerin. Insoweit kann ich berichten, dass es ein Ausnahmezustand in dem Kiez war. Der offizielle Schulweg der Liebigstraße war über mehrere Tage gesperrt, und als ich Sie dazu, Herr Senator, im Parlament befragt habe, haben Sie geantwortet, dass Sie das auch nicht wissen und dass es eben so lange dauert wie es dauert. Deswegen noch einmal meine Frage: Haben Sie sich nach dieser Anfrage, die ich Ihnen im Parlament gestellt habe, noch einmal die Unterlagen angeschaut? Haben Sie noch einmal darüber nachgedacht, was für eine massive Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten Sie dort im Friedrichshainer Nordkiez veranstalten? Das ist für mich immer noch nicht deutlich geworden. Sie schieben die ganze Verantwortung ab, und es entsteht der Eindruck, den ich auch schon im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Januar zum Ausdruck gebracht habe, dass es hier darum geht, dass ein Senator, der nach einer Vierjahresbilanz nicht mit Ergebnissen glänzen kann, sondern mit Abwesenheit in den zuständigen Ausschüssen, noch einmal Hauptdarsteller in einem CDU-Film sein will und dafür eine richtig knackige Aktion macht. Und wo soll man die machen? – Natürlich da, wo die CDU eh nichts zu gewinnen und auch nichts zu verlieren hat, weil sie seit Jahren konstant unter 10 Prozent bei den Wahlen abschneidet. Das ist so unverschämt und so unanständig gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern, Herr Henkel, dass ich noch einmal darauf bestehen muss, dass Sie darstellen, was Ihre eigene Rolle in diesem Nicht-CDU-Film sein sollte.

Ein weiterer Punkt, den ich hier aufgreifen möchte, denn der Kollege von der CDU, der heute Herrn Wansner vertritt, vertritt ihn auch wirklich in Bezug auf die Unverschämtheit gegenüber unserer Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann. – Herr Kol-

lege! Wenn Sie schon früher einmal hier im Ausschuss gewesen wären, dann wüssten Sie, dass Frau Herrmann schon einmal hier war, wenn Dinge besprochen wurden, die ihren Bezirk angehen. Frau Herrmann hat auch initiiert, dass es einen Runden Tisch gibt, der in Bezug auf die Zukunft im Kiez Gespräche vorschlägt. – [Heiko Melzer (CDU): Haben wir auch nicht gesagt! – Zuruf von Tim-Christopher Zeelen (CDU)] – Sie haben ja getwittert. Meinen Sie, ich lese das nicht, oder was? – [Tim-Christopher Zeelen (CDU): Habe ich doch gerade gesagt!] – Ja, aber es ist unverschämt. – [Zuruf von Tim-Christopher Zeelen (CDU)] –

Vorsitzender Peter Trapp: Frau Bayram hat das Wort!

Canan Bayram (GRÜNE): Es ist unverschämt, und ich weise das ausdrücklich zurück, dass Sie das als – – – [Zuruf von Tim-Christopher Zeelen (CDU)] – Nein, das ist wirklich unverschämt, wenn Sie das Interesse der Bürgermeisterin an ihrem Bezirk hier abwertend als „sonst nichts Wichtigeres zu tun“ darstellen. Deswegen kann ich das nicht so unwidersprochen stehenlassen, denn eines muss man ganz klar sagen: Die, die mit allen reden wollte und sich auch um Deeskalation bemüht hat, das war nicht der Innensenator, sondern die Bezirksbürgermeisterin, und sie tut es nach wie vor.

Damit komme ich zu meiner nächsten Frage. – Herr Henkel! Sind Sie darüber informiert – gestern hat die Polizei das getwittert –, dass bei diesem sogenannten Runden Tisch die Polizei nicht teilnehmen wird? Warum ist das so? Sie haben doch in der „Abendschau“ gesagt, Sie haben jetzt der Polizei erlaubt, zu reden. Was hat sich seitdem geändert?

Der letzte Punkt, dem ich nicht widerstehen kann, weil Lorenz Maroldt das in seinem „Checkpoint“ aufgegriffen hat, und diese Frage steht ja im Raum, ist – ich zitiere aus dem „Checkpoint“:

Immer mehr Indizien sprechen für Angehörige der Russenmafia – womöglich wollten sie in der geräumten (...) Kneipe eine Geldwaschanlage aufstellen.

Gibt es irgendwelche Erkenntnisse darüber, ob die wahren Eigentümer – die wahren Eigentümer, nicht die, die im Grundbuch stehen! –, ob die wahren Anteilseigner/Eigentümer eher dem Bereich der Wirtschaftsförderung zuzurechnen sind oder der organisierten Kriminalität?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Schneider, Sie haben das Wort!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich versetze mich in die Perspektive der Kolleginnen und Kollegen, die uns hier zuhören und die das Ganze medial und mit Interesse seit zwei, drei Wochen begleiten. Die müssen sich schon ziemlich wundern. Es macht mir ein bisschen Sorge, wie das hier so hin und her geht und was für Sandkastenspiele wir hier spielen, wie weit hier ins Detail gegangen wird. Alle beschwören aber, das hätte mit dem Wahlkampf gar nichts zu tun. Aber selbstverständlich! Es ist Vorwahlkampf, und selbstverständlich hat das damit zu tun, und das muss man argumentativ zuspitzen und anschärfen, damit man das von dieser belastenden Wahlkampfrhetorik entkleidet. Deswegen muss man sich die Fakten ansehen, und da stimme ich dem Innensenator zu in seiner Einschätzung und vertraue auf die Einschätzungsprerogative der Innenbehörde und der Polizei, die nämlich davon sprechen, dass es eine seit, wenn ich mich recht entsinne, Jahren nicht bekannte Gewaltorgie und Spirale der Gewalt in der Stadt gibt. Das ist jedenfalls meine öffentliche Wahrneh-

mung aufgrund der Medieninformationen. Ich habe mir dazu keine Akte angesehen, aber ich stimme dieser Einschätzung der Polizei zu.

Ich bin aber sehr der Meinung, Herr Senator, dass dafür nicht die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich gemacht werden kann, die nämlich gesagt hat, man müsse den Rechtsstaat mit Härte durchsetzen, man müsse aber auch auf den Dialog setzen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Richtig!] – Und indem Ihr Generalsekretär mit Ihrem Wissen und Wollen die Behauptung aufstellt – im Wahlkampf –, wer auf Dialog setze, sei der Schuldige, sei der Verantwortliche für diese Gewaltspirale, haben Sie Ihre Kanzlerin bezichtigt. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ja, so ist es!] – Diesen Zusammenhang müssen Sie natürlich CDU-intern klären. Das ist aber nicht ganz unproblematisch. Da müssen Sie mit Ihrem Generalsekretär reden, der ja gelegentlich den Anschein erweckt, er würde dem Schnitzler in seiner Rhetorik nacheifern wollen.

Die Frage stellt sich dann aber: Wo kommt die Verantwortlichkeit dann hin? – Ich möchte jetzt nicht den Fehler machen, Ursache und Wirkung zu verwechseln, sondern die Fakten beschreiben. Es gab in Berlin eine über Jahrzehnte entwickelte Linie im Umgang mit solchen Dingen – mit besetzten Häusern, mit gewalttätigen Auseinandersetzungen, mit dem linksextremen Gewalttourismus anlässlich des 1. Mai, zum Schutze des gesellschaftlichen Friedens, zum Schutze der Polizistinnen und Polizisten und Anwohnerinnen und Anwohner und für das Label Berlin, weltoffen und für alle Menschen gleichermaßen rechtssicher zu sein.

Diese Linie hat getragen. Wir kennen diese Bilder nicht mehr. Wir haben keine Wasserwerfer mehr. Wir haben einen anderen Umgang mit solchen Dingen. Und nun ist das Ergebnis Ihres politischen Wirkens das Gegenteil. Das ist nicht das Ergebnis des Zurufs der Bundeskanzlerin, sondern das konkrete politische Ergebnis Ihres Wirkens. Ich werde mich jetzt nicht darin verzetteln, irgendwelche rechtlichen Aspekte zu diskutieren, aber es ist richtig, dass alle Gerichtsentscheidungen der letzten 20 Jahre solche Einsätze in Berlin im Nachgang für rechtswidrig erklärt haben. Es ist aber auch richtig – und das ist jetzt der Appell an uns hier gemeinsam –, dass, wenn wir sagen, der Rechtsstaat gilt, und der gilt auch zugunsten derer, die bunte Haare haben und die vielleicht in irgendwelchen Räumen kiffen, in irgendwelchen Räumen, die ich gar nicht kenne und die ich vermutlich auch nicht aufsuchen würde, anders als Sie, Kollegin Bayram – – – [Canan Bayram (GRÜNE): Ich kiffe doch nicht!] – Ich habe nicht mal gewagt, diese Frage zu stellen, ob Sie kiffen. Das ist mir auch völlig einerlei, dessen dürfen Sie versichert sein. – [Canan Bayram (GRÜNE): Was redest du denn? Was soll das?] – Ich habe von den Räumen gesprochen, nicht vom Kiffen, da muss man den Kontext herstellen. Das bedaure ich ausdrücklich, dass Sie das so missverstanden haben. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ich war in den Räumen nur während des Polizeieinsatzes!] – Das ist ja schön. Dann haben wir ja eine qualifizierte Zeugin.

Wir sind gleichwohl, und darauf wollte ich eigentlich hinaus, wenn wir sagen, der Rechtsstaat greift und der Rechtsstaat gilt, nicht berufen – wir dürfen uns eine Meinung bilden, aber wir sind nicht berufen –, die Frage der Rechtswidrigkeit des Polizeieinsatzes zu entscheiden. Da gibt es meiner Erkenntnis nach noch nicht mal ein verwaltungsgerichtlich anhängiges Verfahren, die dafür berufen sind. Das hilft Ihnen, Herr Henkel, ich weiß, weil Sie damit Zeit gewinnen, denn so eine Entscheidung steht ja erst nach dem 18. September an. Wie ich diese aber prognostiziere, das habe ich, glaube ich, hinreichend deutlich gemacht, indem ich auf die Rechtsprechung und die Rechtslage und meine eigene Meinung dazu hingewiesen habe.

Was bleibt, und das ist das, was hier alle interessiert: Wie gehen wir mit dem Vorgang um, den wir politisch so einschätzen, wie ich das hier gerade gesagt habe, und zwar im Namen der SPD-Fraktion und auch im Namen der Berliner SPD? Das ist doch die Frage: Wie geht man also mit jemanden um? Dann gibt es da die Spielchen – gibt es einen Misstrauensantrag und was weiß ich alles noch, wird der Innensenator entlassen, muss der Polizeipräsident zurücktreten – [Hakan Taş (LINKE): Am besten gleich!] – und was da alles kreucht und fleucht? Es ist schon beeindruckend, wie Sie hier in Mannstärke auftreten. Und ich sage Ihnen: Ihre rechtliche Bewertung teile ich in keiner Weise. Die halte ich sogar für unvertretbar. Aber wie gehen wir damit um? – Wir sehen keinen Grund, meine Damen und Herren, irgendeinen Rücktritt zu fordern oder zu unterstützen, weil wir der Auffassung sind, dass niemand sozusagen im Wahlkampf deswegen entlassen wird, weil er die Innenpolitik verschlafen hat, und damit meine ich Sie, Herr Henkel, ganz ausdrücklich und persönlich.

Vorsitzender Peter Trapp: Es gibt keine weitere Wortmeldung, dann hat jetzt der Herr Senator die Möglichkeit zu antworten.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Ich will insbesondere mal Stellung nehmen zu der beherrschenden Frage der Entscheidungs- und Kommunikationswege und meine Rolle dabei. Ich dachte, es ist vorhin deutlich geworden, zumal auch der Polizeipräsident in der vergangenen Woche genau erklärt hat, wie diese Entscheidungs- und Kommunikationswege waren. Er hat diese Entscheidung, das will ich noch mal sagen, ich glaube, ich habe es eingangs

auch gesagt, in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen der Direktion 5 und unter Einbindung juristischen Fachverständes seines Stabes getroffen, und er hat mich dann am Vorabend, also am 21. Juni, telefonisch darüber informiert, dass ein solcher Einsatz stattfindet.

Und jetzt ist die Frage von Herrn Zimmermann, glaube ich, aber auch von vielen anderen zu Eigentümer und Hausverwaltung – welche Rolle – gestellt worden: Es gibt eine legitimierte Hausverwaltung als Bevollmächtigte, im Grunde, des Eigentümers. Das dürften Sie auch wissen, weil jedenfalls die Legitimationen, glaube ich, sogar in unseren Unterlagen drin sind, die Sie gestern einsehen konnten. – [Canan Bayram (GRÜNE): Aktuelle?] – [Zuruf vom Senat: Doch, doch, doch! Von Februar dieses Jahres! – Canan Bayram (GRÜNE): Von Februar? Das ist aktuell?] –

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt hat der Herr Senator das Wort. Melden Sie sich doch zu Wort!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Und natürlich, Kollege Zimmermann, hat es summarische Prüfungen gegeben, auch von meinem Haus. Und mir wurde genau das vorgebracht – ich will das noch mal sagen; das hat überhaupt nichts mit Verantwortungswegschieberei oder so zu tun, überhaupt nicht –, was wir heute diskutieren, dass hier einzig auf der Basis des Gefahrenabwehrrechts vorgegangen wird, und dieser Vortrag war aus meiner Sicht glaubhaft. Ich hatte gar keinen Grund, an diesem Vortrag zu zweifeln. Mir wurde dargelegt, dass es nur um Bereiche ging, an denen es keinen – wie man es formuliert – Besitz gibt, und ich habe in meinem Bereich auch Juristen, die mir in einer summarischen Prüfung bestätigt haben, dass es auf der Basis des Gefahrenabwehrrechts zulässig ist, wenn kein Besitz besteht und die Polizei keine weitergehenden Maßnahmen ergreift. Insofern hatte ich auch im Nachhinein gar keinen Grund, an dieser Stelle Misstrauen oder Ähnliches zu haben.

Es wurde weiter gefragt, auch vom Kollegen Zimmermann und Herrn Lux, glaube ich, was meine Linie ist. Ich habe vorhin versucht, das deutlich zu machen. Ich will noch mal versuchen, es etwas präziser zu sagen: Meine Linie ist klar, und die habe ich in den letzten Jahren immer vertreten, auch in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen und Tagen immer mal wieder – erstens: Es gibt kein Recht auf Gewalt gegen Polizisten. Ich sage, Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Meine Linie ist, dass ich nicht bereit bin, über Dinge wie Autobrände, Gewalt, Einschüchterungen und Sachbeschädigung stillschweigend hinwegzusehen und zur Tagesordnung überzugehen. Und meine Linie ist, das habe ich auch immer gesagt und unmissverständlich herausgestellt, dass ich keine rechtsfreien Räume zulassen werde. Und genau in dieser Linie, Herr Lux, steht auch die Entscheidung des Polizeipräsidenten. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Sie brauchten den Titel!] –

Wir haben uns, ich glaube, das hat Herr Tölle, dem Sie ja – – Das will ich auch noch mal sagen, wirklich: Hier sitze ich! Knüppeln Sie auf mich ein! – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] – Aber bitte: Nicht immer und immer wieder auf den Rücken der Beamten! Hier so zu tun, als wären Tölle oder Kandt meine Büttel, die ich für irgendwelche Wahlkampfschlager und -aktivitäten benutze – – Wissen Sie, ich habe einen Unterschied zu Ihrer Auffassung: Meine Bilanz ist gut. Ich brauche so eine Aktion wie in der Rigaer Straße so nötig wie ein Loch im Kopf, um das mal ganz klar zu sagen. – [Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Die Einsicht kommt spät!] – Ich brauche es so nötig wie ein Loch im Kopf. Und ich hätte mir gewünscht, dass wir weder diese Aktion gebraucht hätten, noch dass wir diese Re-

sonanzstraftaten danach hätten erleben müssen. Das hätte ich mir gewünscht. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Ja, dann sagen Sie, dass es ein Fehler war!] – Ich hätte mir gewünscht, dass es nicht notwendig gewesen wäre, eine EG Links einzusetzen. Das hätte ich mir gewünscht, und insofern ist meine Linie an dieser Stelle auch völlig klar. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Wirres Zeug, aber sehr selbstbewusst!] – Das Ihnen das nicht gefällt, ist mir völlig klar.

Herr Kollege Zimmermann! Ich glaube, die Liebigstraße war von der Konstruktion her etwas anderes; da waren wir vorhin schon dran. – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] – Ja, weil wir nicht über eine Räumung reden. Ich habe versucht, das vorhin deutlich zu machen, Herr Tölle hat es deutlich gemacht, deshalb ist der Vergleich zur Liebigstraße 14 ein komplett anderer. – [Hakan Taş (LINKE): Sie haben selbst von einer Räumung gesprochen in der Presse!] – Sie fragen – – – [Zuruf] – Herr Schreiber hat das mit der Liebigstraße 14 gemacht. Anders, ganz anders – wirklich, völlig anders! Das war eine Räumung, wenn ich mich recht erinnere. Das, was wir hier bereden und diskutieren, hat – noch mal – rechtlich nichts mit einer Räumung zu tun. – [Tom Schreiber (SPD): Mit Titel und Gerichtsvollzieher und vieles mehr! Und Sie haben es noch bejubelt!] –

Zum Thema Ermittlungsgruppe, die Sie, Herr Schreiber, schon so lange fordern: Wir haben diese EG Links jetzt eingerichtet, weil es eine Vielzahl von Straftaten im Zusammenhang mit der Polizei gab. – [Tom Schreiber (SPD): Ein Jahr zu spät!] – Es war nicht ein Jahr zu spät. Darüber kann man diskutieren. Ich sage nein, weil wir hier sozusagen mit normalen Bordmitteln Straftaten verfolgt haben. Hier haben wir es auch nicht mit einer Sondergruppe zu tun, wie Sie es wahrscheinlich mit dieser Sondergruppe „Feuerschein“ aus dem Jahr 2011 assoziieren, sondern wir haben es hier mit einer Ermittlungsgruppe zu tun, wo auch eine Ermittlungsarbeit getätigt wird, und dies vor dem Hintergrund einer erhöhten Zahl von Straftaten, übrigens auch in einer stadtweiten Lage und nicht nur konzentriert auf den Bereich Rigaer Straße und ein bisschen um die Ecke.

Gibt es Erkenntnisse über Verbindungen zu Spielhalle oder Mafia – wer hatte das gefragt? – [Vorsitzender Peter Trapp: Russenmafia!] – Soweit mir bekannt ist, liegen der Polizei keine gesicherten Erkenntnisse vor, aber natürlich kann ich das zu diesem Zeitpunkt weder bestätigen noch kann ich es ausschließen, aber grundsätzlich – auch das gehört hier dazu – hätte dies am Einsatz auch nichts geändert, denn die Polizei ist zur Objektivität verpflichtet und muss bestehende Rechte auch dann selbstlos durchsetzen, wenn sie einem manchmal nicht gefallen. Das kann ich nicht bestätigen, aber auch nicht ausschließen – das weiß ich nicht.

Ich will noch mal auf einen aus meiner Sicht entscheidenden Punkt zu sprechen kommen. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Sie haben schon lange nicht mehr Linksextremismus gesagt!] – Sehen Sie, wird immer besser für Sie! – In der Folge des Versäumnisurteils wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, auch jetzt noch mal in den Nachfragen: Polizeieinsatz – rechtswidrig? Ich sage noch mal: Aus meiner Sicht ist das nicht der Fall. Und auch hier ist grundsätzlich festzuhalten, das hatte Herr Schneider, glaube ich, zum Schluss noch mal völlig zutreffend gesagt, dass über die Rechtswidrigkeit von polizeilichen Maßnahmen Verwaltungsgerichte entscheiden, nicht Zivilgerichte, nicht Gutachten und auch keine Oppositionsparteien. Das werden wir hier in diesem Ausschuss nicht leisten, und wenn wir jeden Tag und jede Woche hier noch mal zusammenkommen. Aber mit Blick auf die Verwaltungsgerichte muss ich sagen: Hier liegen ja nicht einmal Klagen gegen diese polizeilichen Maßnahmen vor

und damit erst recht keine festgestellten Rechtswidrigkeiten; auch das darf man an dieser Stelle noch mal sagen. Der Wunsch und die Leidenschaft für die politische Aufklärung sind unbestritten, deshalb sind wir jetzt hier zusammengekommen, aber wir sollten nicht so tun, als wäre sozusagen Anklage und Urteil hier schon Allgemeingut und State of the Art bei allen möglichen Gerichtsformen, die es gibt. Also, zu der Frage – relativ klar beantwortet, sowohl was meine Verantwortlichkeit betrifft, was die Frage betrifft, wann ich wie informiert worden bin, was ich in Folge der Information getan habe.

Frau Bayram! Ich habe den Brief von Frau Herrmann auch bekommen. Sie hat von mir eine Antwort bekommen. Im Augenblick haben wir eine Situation, von der ich sage, es gibt einen Rechtsstreit. Ich weiß im Augenblick nicht, mit welchem Ziel dieser Tisch bei Frau Herrmann, ob der rund oder eckig ist, stattfinden soll. Ich habe ihr gleichzeitig angeboten, dass mein Angebot fortbesteht – das habe ich nicht zum ersten Mal untermauert –, selbstverständlich mit ihr über alle ihren Bezirk betreffenden Fragen und Sicherheitsfragen zu reden. Dieses Angebot halte ich auch aufrecht. – [Canan Bayram (GRÜNE): Aber mit der Polizei – haben Sie denn das verboten?] – Dass sie da hingehört? – [Canan Bayram (GRÜNE): Ja!] – Ich denke, sie geht nicht hin. – [Canan Bayram (GRÜNE): Vielleicht kann der Polizeipräsident das auch sagen!] – Herr Kandt hat gestern – oder ich weiß gar nicht, wann es war – gefragt, was wir machen, und ich habe gesagt, was ich Ihnen eben gesagt habe.

Vorsitzender Peter Trapp: Es gab noch die Frage von Herrn Karsten nach den Steuerschlupflöchern, ob es da einen Eigentümer gibt, der irgendwo im Steuerparadies sitzt.

Nikolaus Karsten (SPD): Ich hatte die Fragen eigentlich ziemlich genau formuliert. Die wurden bisher nicht beantwortet. Die Frage ist doch ganz klar; das kann man auch schriftlich später nachreichen, das ist mir egal. Das mag jetzt rechtlich, das kann ich gar nicht beurteilen, erst mal nicht relevant sein, aber natürlich wird es auch Polizisten interessieren, ob sie sich jetzt für die Russenmafia oder für Steuerflüchtlinge einsetzen, auch wenn es rechtlich nicht relevant ist.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Polizeipräsident!

Polizeipräsident Klaus Kandt: Zu der Frage des Eigentümers kann ich noch kurz etwas sagen, auch wenn das für die Maßnahme jetzt nicht erheblich ist. Wir haben einen Eigentümer, der im Grundbuch eingetragen ist, und wir haben eine Hausverwaltung, die eine Vollmacht von dem Eigentümer hat. Es ist uns gegenüber, offensichtlich auch der Öffentlichkeit gegenüber, erklärt worden, dass es da vor Kurzem einen Eigentümerwechsel gab, der noch nicht im Grundbuch eingetragen ist und der im Laufe des Augusts bekanntgegeben werden soll. Wir haben jetzt keine Rechtsgrundlage, um zu ermitteln, wer jetzt der Eigentümer ist, weil wir gültige Vollmachten für das haben, was gewesen ist, und aktuell brauchen wir auch gar keine Dinge, weil nichts läuft, von daher können wir das jetzt auch nicht aufklären. Ich habe die Hinweise auch wahrgenommen, ich kann Ihnen aber nichts Valides sagen.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Karsten, Sie hatten sich noch gemeldet!

Nikolaus Karsten (SPD): Dann würde ich aber doch darum bitten, dass das dann schriftlich nachgereicht wird, dass vielleicht das Ausschussbüro dafür Sorge trägt, dass die Fragen, die

ich gestellt habe, an Sie schriftlich übermittelt werden und Sie die schriftlich beantworten. – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Dann gab es jetzt eine Wortmeldung von Herrn Lauer. Wollte Herr Taş danach noch mal? – [Hakan Taş (LINKE): Eine Frage wurde noch nicht beantwortet!] – Ganz in Ruhe! Welche Frage? Ich habe nicht alle notieren können.

Hakan Taş (LINKE): Ich kann die Frage gerne noch mal wiederholen, Herr Vorsitzender. – Hat die Innenverwaltung oder hat die Berliner Polizei ein Schreiben von dem Anwalt des Eigentümers bekommen, in dem bereits eine Räumung angekündigt worden war?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Polizeipräsident!

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich muss noch mal klar sagen, bevor Herr Tölle einsteigt: Ich habe ja die Akten auch gesichtet. Sie haben gesehen, wir haben zwei dicke Aktenordner aus allen Dienststellen, die irgendwie damit beteiligt gewesen sein könnten, zusammengetragen, sodass ich denke, dass das auch wirklich vollständig ist, was Ihnen vorgelegt worden ist.

Zu den Begrifflichkeiten kann ich sagen, dass ich feststelle, auch bei unseren Einsatzbefehlen, dass wir da nicht immer sauber und korrekt sind und manchmal auch einfach nicht präzise. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ja!] – Und bei dem Thema Räumung ist es so, dass da zum Teil zumindest – nicht zum Teil –, dass das, was ich gesehen oder auch verstanden habe, sich eigentlich auf Gegenstände – Sperrmüll und sonstige Dinge – bezieht und eben nicht auf Menschen. Das muss ich ganz klar an der Stelle sagen. Ich würde dann noch mal an Herrn Tölle übergeben. – [Canan Bayram (GRÜNE): Meine Frage ist noch nicht beantwortet, warum die Polizei nicht an den Gesprächen beteiligt ist!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Die Frage nach dem Runden Tisch wollte doch Herr Tölle jetzt gleich beantworten. Oder Herr Kandt. – Bitte, Herr Kandt!

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich habe ja auch in der „Abendschau“ erklärt, dass ich immer für Gespräche bereit bin, aber es ist natürlich so, auch die Frage, wie jetzt die Bedingungen sind: Sie sehen ja, wir haben heute eine sehr hitzige Debatte hier im Innenausschuss, und ich glaube, dass es gut wäre, mal kurz abzuwarten und die Dinge sich setzen zu lassen, um klar zu sehen, mit welcher Position wir hier in Gespräche gehen. Was mich auch irritiert hat, ist, dass – obwohl erklärt worden ist, dass die Gespräche ohne Medienvertreter stattfinden, um überhaupt einmal zu klären, unter welchen Bedingungen und mit welchem Mediator man da möglicherweise spricht – ich schon gestern Nachmittag eine Presseerklärung in einer Zeitung gesehen habe. Das fand ich jetzt in dem Moment nicht vertrauensbildend. Angesichts der doch aufgeheizten Stimmung fände ich es gut, wenn man eine kleine Denkpause einlegt, bevor wir dann in die Gespräche einsteigen. Ich bin aber immer bereit dazu, das sage ich ausdrücklich.

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt hat erst noch mal Herr Tölle das Wort!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Noch mal zu diesem Schreiben, zu diesen Absprachen, dazu hat ja Herr Lauer auch sehr phantasiereich erklärt, dass wir da irgend etwas zusammengekungelt haben. Dem ist überhaupt nicht so, sondern tatsächlich ist es so, dass der

Eigentümer den Kontakt zu uns bzw. zum Abschnitt 51 gesucht hat. Sehr schnell haben wir aus verfahrensökonomischen Gründen klargestellt – – – [Burgunde Grosse (SPD): Welcher Eigentümer?] – Ja, dann ist es die Hausverwaltung. – [Burgunde Grosse (SPD): Das ist ja was anderes! – Weitere Zurufe.] –

Vorsitzender Peter Trapp: Der Herr Tölle hat das Wort!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Wenn ich jetzt hier „der Eigentümer“ sage, dann meine ich damit die Zuordnung zur Sphäre des Eigentümers. Ich kann natürlich jedes Mal sagen – – – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ah!] – Ja, das erstaunt Sie. Ich habe keine Lust, hier Zungenkrebs zu bekommen, nur weil ich jetzt eben jedes Mal „der Vertreter des Eigentümers/die Hausverwaltung“, sagen muss. Ich denke, wir wissen alle, wovon wir reden. – [Zuruf von Anja Schillhaneck (GRÜNE)] – Ja, dann machen Sie das, das spart Zeit! Sie werden sich wohl fühlen, das werden Sie sehen. – [Anja Schillhaneck (GRÜNE): Ist aber formal inkorrekt!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, jetzt hat immer noch Herr Tölle das Wort!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): In diesem Gespräch haben wir klargestellt und gesagt, polizeilichen Schutz gibt es, aber keine polizeiliche weitere Unterstützung. Daraufhin kam ein erstes Schreiben mit der Bitte um polizeiliche Unterstützung, und daraufhin habe ich veranlasst, dass dem Vertreter des Eigentümers noch mal gesagt wird, so ist das nicht möglich. Das ist nicht das, was ich in Aussicht gestellt habe. Das möge er, wenn er es so haben will, umformulieren; in der jetzigen Form wäre das zurückzuweisen. Das ist alles, was sich um dieses Schreiben rankt. Wir haben nichts weiter gemacht als bürgerfreundlich zu sagen, dass an dem Antrag was nicht richtig ist. Das machen wir bei jedem IFG-Antrag so, bei jedem anderen Antrag auch; da lassen wir niemanden an Formalien zerschellen. Mehr ist an dieser Geschichte nicht dran.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! Dann hat Herr Lauer sich gemeldet. – Bitte, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Das mit der Bürgerfreundlichkeit, dass ich nur das hätte sagen müssen, damit meine Anfragen irgendwie besser beantwortet werden – – Aber gut, dass ich das jetzt noch mal zum Ende der Legislaturperiode erfahre!

Ich fasse an dieser Stelle noch mal zusammen: Für Sie war die sogenannte Glaubhaftmachung – – Ich habe Sie ja bewusst gefragt, denn Sie sind ja Jurist, und wenn Sie das Wort Glaubhaftmachung in den Mund nehmen, dann denke ich natürlich sofort, dass Sie Glaubhaftmachung im Sinne des § 294 Zivilprozessordnung meinen. Hat denn irgendjemand Ihnen gegenüber eine eidestattliche Erklärung abgegeben, dass er tatsächlich den Eigentümer vertreibt? Denn so, wie Sie das jetzt hier mit „Sphären“ und „zuordenbar“ und sonst wie beschreiben, werden die Eigentumsverhältnisse ja nur durch so einen tautologischen Schluss begründet. Weil Sie sagen, im Grundbuch stehe diese Lafone Investment drin. Der Typ sagt, er würde die Lafone Investment irgendwie vertreten – alles Bingo Bongo. Deswegen habe ich gefragt, wie das glaubhaft gemacht wurde. Im Moment stellt es sich mir noch immer so dar, dass Sie da einfach so ein Schreiben gekriegt haben, das halt in einer vorherigen Absprache entstand. Sie haben das jetzt selber Kugeln genannt; ich weiß nicht, warum Ihnen dieses

Wort in den Sinn kommt. – [Staatssekretär Bernd Krömer: Weil Sie es unterstellt haben! Lachhaft!] – Ich habe einfach gesagt, auf Ihr Betreiben hin kamen der Eigentümer oder die Sphären des Eigentümers erst auf die Idee. Beziehungsweise, wenn Sie sagen, dass es das alles nicht gab: Wie habe ich denn dann diese E-Mail von dem Herrn Andreas Weiß vom 9. Februar zu verstehen, wo er Sie, Herr Tölle, mit „Lieber Olli“ anredet und dann sagt: Und deswegen würde ich dich bitten – ich habe das nicht kopiert, das ist alles in meinem Kopf –, noch mal offensiv auf den Eigentümer zuzugehen – und dann, so sinngemäß –, damit ein Einsatz Rigaer Straße 94 möglich wird? Wie habe ich das zu verstehen, wenn es einen solchen E-Mail-Verkehr innerhalb der Berliner Polizei in einem kumpelhaften Ton gibt „Lieber Olli, kannst du mal ...“? – [Oliver Friederici (CDU): Ja?] – Nicht Sie, Herr Friederici! – [Canan Bayram (GRÜNE): Heißt der Olli?] – Der heißt auch Olli! – Wie habe ich mir das vorzustellen, außer dass die Polizei hier aktiv – nachdem der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg nicht so richtig an diesen Runden Tischen wegen Brandschutz Rigaer 94 teilnehmen wollte oder konnte, oder woran auch immer das gescheitert ist –, dass Sie dann also von einem Kollegen in einer E-Mail gebeten werden: Geh doch mal offensiv auf den Eigentümer zu! – Der schreibt das ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern der muss ja dann den Eindruck gehabt haben, dass Sie, Herr Tölle, in der Lage waren, offensiv auf den Eigentümer zuzugehen. Ist das auch in anderen Bereichen so, dass die Polizei offensiv auf Personen zugeht und sie darum bittet, eine Situation für einen Polizeieinsatz zu schaffen? Ist das vielleicht etwas, was die Polizei hier ständig macht?

Sie haben überhaupt nichts zu den Widersprüchen gesagt, die hier offengelegt worden sind, zwischen dem, was Sie hier behaupten, nämlich Sie wussten gar nichts über die Besitzverhältnisse in der Rigaer Straße 94 in der Kadterschmiede, und Ihnen hier Ihre eigenen Akten, die da neben Ihnen liegen, genannt werden, namentlich dieser Vermerk vom 25. November 2015, und dann weiterhin die beantworteten Kleinen bzw. Schriftlichen Anfragen, wo die Polizei auch Kenntnisse hat. Herr Taş hat aus dem Verfassungsschutzbericht vorgelesen. Wie kamen Sie nach all diesen Erkenntnissen dann zu dem Ergebnis, dass es überhaupt kein Problem sei für die Bauarbeiter, dort zu sein?

Und, das müssen Sie mir jetzt erklären, wenn Sie sagen, es gab da überhaupt keinen Besitzer: Was ist denn ein Schloss? – Das ist doch eine besitzerhaltene Maßnahme, oder? Ich bringe doch ein Schloss an, wenn ich zum Beispiel Besitzer von einem Fahrrad bin oder von einem Keller. Dann mache ich ein Schloss dran und signalisiere der Außenwelt, das ist jetzt nicht hier irgendwas, sondern dieses Fahrrad gehört jemandem, dieses Schloss gehört jemandem, bitte geh hier nicht ran. Nicht ohne Grund sind wir dann schon in dem Bereich des schweren Diebstahls, wenn man solche Schlosser überwindet, um sich Sachen anzueignen. Jetzt verstehe ich nicht, wie können Sie – – Spätestens in dem Moment, in dem die Bauarbeiter vor Ort diese Räumlichkeiten aufflexen und dort Dinge zu finden sind – – Das wäre dann noch mal eine weitere Frage; der Sprecher der Polizei hat ja auch direkt am Tag danach gegenüber dem RBB geäußert, das wurde hier auch noch mal wiederholt, es sei durchaus interessant, was man dort für Dinge gefunden und sichergestellt hätte. Dann werden diese Schreckschusspistolen etc. genannt. – [Zuruf von Staatssekretär Bernd Krömer] – Jetzt frage ich mich: Wenn da an dem Tag niemand eine Räumung und niemand eine Durchsuchung gemacht hat, und die Polizei eh überhaupt eigentlich gar nicht da war – wie können Sie dann diese Sachen sicherstellen? Wie funktioniert das? Vor allen Dingen: Wie können Sie, das ist wirklich ganz interessant, behaupten, diese Räume werden von niemandem besessen, es gibt keinen Besitz an diesen Räumen, aber alle Gegenstände, die wir darin finden, die gehören jemandem? Das

heißt, die haben sich dann da per Sphären – [Heiterkeit] –, um mal Ihre Diktion aufzugreifen, da irgendwie – – Also, lauter Gegenstände, die Ihrer Vermutung nach alle irgendwie diesen Linksextremen zuzuordnen sind, waren in einem abgeschlossenen Raum, der allerdings dann niemandem gehörte – also doch, dem Eigentümer, er ist der Eigentümer, aber niemand hatte Besitz daran. Wie muss ich mir das vorstellen? Wie sind diese Gegenstände da reingekommen? Durch einen Treuhänder – und wenn ja, warum hatte dann dieser Treuhänder Zugang dazu? Das fällt alles zusammen, das ergibt alles keinen Sinn.

Herr Henkel! Wenn Sie Herrn Schneider zitieren, dann machen Sie es doch wenigstens vollständig! Natürlich hat Herr Schneider damit recht, dass wir kein Gericht sind. Das merkt man schon daran, dass draußen an der Tür Abgeordnetenhaus steht und nicht Gericht. Und natürlich können wir als Ausschuss jetzt nicht beschließen, der Einsatz war rechtswidrig oder nicht. Sie haben aber doch auch gehört, wie selbst Ihr Koalitionspartner, der extra noch mal betonte, nicht nur für die Fraktion, sondern auch für seine Partei zu sprechen, darüber spricht. Das kann man doch nicht einfach so von der Hand weisen, dass hier ein Großteil der anwesenden Abgeordneten zu dem Schluss kommt, dass diese Räumung nach aktueller Lage rechtswidrig war. Das müssen Sie mir noch mal erklären: Wie kommen die Sachen, die niemandem gehören oder die den Linksextremisten gehören, in diese Räume, an denen niemand Besitz hat, die aber gegen ein Eindringen von außen mit besitzsichernden Maßnahmen gesichert sind? Erklären Sie es mir!

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Zimmermann! Jetzt haben Sie das Wort!

Frank Zimmermann (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich will jetzt nicht noch auf einzelne Fragen eingehen, das muss man dann bei anderer Gelegenheit besprechen. Ich will nur noch mal deutlich machen, dass wir hier seit Jahren eine relativ befriedete Situation gehabt hatten. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ja!] – Jetzt haben wir seit einigen Monaten eine deutliche Eskalation, die in der politischen Verantwortung des Innensenators stattgefunden hat. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Ja!] – Und meine Frage ist jetzt abschließend: Wie weit geht Ihre grundsätzliche Linie, die Sie beschrieben haben, auch in Absprache mit dem Polizeipräsidenten? Gibt es eine Chance, die Eskalationsspirale zu durchbrechen? Gibt es eine Chance, zu der alten „Berliner Linie der Vernunft“ zurückzukehren, um ein zusätzliches sich Aufschaukeln von Gewalt zu verhindern, oder gibt es sie nicht? Wie weit geht Ihre grundsätzliche Linie, Herr Senator? – [Benedikt Lux (GRÜNE): Ja, sagen Sie mal was dazu!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Die Fragen von Herrn Lauer wird Herr Tölle beantworten. – Bitte schön!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Zunächst einmal die formelle Nachricht. Das Schreiben von Andreas Weiß vom 9. Februar 2016 sollten Sie, wenn Sie es zitieren, Herr Lauer, dann auch wirklich vollständig und im Zusammenhang zitieren. Hier ist nämlich ausschließlich die Rede von Brandschutzbauvorschriften, die einzuhalten sind, und was man in dem Sinne machen kann, um in dem Gebäude einfach die baurechtlichen Sicherheiten wiederherzustellen. Im Übrigen: Nur deswegen sollte eventuell was gemacht werden. In der Sache selber bin ich nicht an den Rechtsanwalt oder Eigentümer herangetreten, weil wir gesagt haben: Kommunikation – regelmäßig, ausschließlich über den Abschnitt 51, sonst pilzt das auf und wird unübersichtlich. Also, auf dieses Schreiben ist auch weiterhin nichts erfolgt. Das bleibt bei der ausschließlichen Zuständigkeit des Ordnungsamtes.

Der nächst Punkt – ist auch vorhin als Äußerung gefallen: Das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg hat mitnichten die Anträge zurückgewiesen, weil es in der Sache nicht zuständig ist, sondern weil die Ansprüche nicht glaubhaft gemacht worden sind – [Stephan Lenz (CDU): Aha!] –, und zwar in zwei Fällen.

Dann das Schreiben des Rechtsanwalts Tessmer an die Hausverwaltung. Da steht auch nicht drin: Wo kriegen wir jetzt, oh Gott, oh Gott, eine einstweilige Anordnung, oder wo kriegen wir jetzt eine Versicherung an Eides statt her? –, sondern er schreibt ganz einfach nur auf, was er aus seiner zivilrechtlichen Sicht noch an Darlegungen benötigt und wer ihm das beschaffen kann. Das ist auch ein ganz normaler anwaltlicher Vorgang. Also wenn, dann muss man da schon korrekt zitieren.

Die Kiste mit der Schreckschusswaffe, mit Teleskopschlagstöcken, mit einer Anleitung für Straßen- und Häuserkampf, mit Vermummungsutensilien ist nicht in der Kadterschmiede gefunden worden. Wenn wir die Existenz der Kadterschmiede kennen, heißt das noch lange nicht, dass wir diese auch einem bestimmten Besitzer zuordnen können, und Letzteres können wir nicht. Ich will gar nicht abstreiten, dass die Existenz der Kadterschmiede bekannt war. – [Hakan Taş (LINKE): Ach, jetzt auf einmal! Jetzt ist es bekannt!] – Das steht doch alles seit eh und je in den Akten. Bloß eine besitzt – – – [Hakan Taş (LINKE): Ja, aber Sie haben was anderes gesagt!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Herr Tölle hat das Wort!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Eine besitzmäßige Zuordnung aber, einen Hinweis auf einen tatsächlich über längere Zeit getragenen Besitz, den gibt es nicht. Und was Schlüssel anbetrifft: Ein Schlüssel kann ein Indiz für irgendwelche festen Nutzungsverhältnisse sein, muss es aber nicht, wenn der Schlüssel beliebig an jeden herausgegeben wird bzw. beliebig überall stationiert ist. Also so eine Beweiskraft geht von einem Schlüssel nicht aus. Ich bleibe insgesamt dabei, dass wir davon ausgehen mussten, dass in der Kadterschmiede keine festen Besitzverhältnisse herrschten.

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich würde nur kurz etwas zu dem Haus selbst ergänzen, weil das schon angesprochen worden ist. Es ist schon eine besondere Situation, es ist ein besonderes Haus. Herr Lux sagte, es gelte die Unschuldsvermutung. Damit haben Sie natürlich recht. Wir haben da jetzt keinen Täter, den wir Ihnen zeigen, aber wir haben zweimal Gegenstände gefunden, wie sie typischerweise bei Anschlägen von Linksautonomen verwandt werden. Wir haben zweimal die Krähenfüße gefunden, wir haben die Feuerlöscher mit Farbe gefunden, wie sie auch gegen das Haus und das Auto des Rechtsanwalts eingesetzt worden sind, sodass wir in Kombination mit den Selbsterklärungen der autonomen Szene aus dem Haus schon sagen müssen, da ist die Vermutung sehr nahe, dass eine Verbindung zu diesen Gewalttaten da ist.

Wir haben wirklich eine besondere und eine einmalige Situation, und das bezieht sich auch auf das Gebiet der Rigaer Straße. Ich muss in diesem Zusammenhang noch mal ganz deutlich sagen, weil vorher von der „Berliner Linie“ über 20 Jahre die Rede war: Aus meiner Sicht betreiben wir diese Linie fort. Wir haben eine weitgehende Befriedung des 1. Mai erreicht, obwohl wir dieses Jahr ein neues Setting hatten und es gar nicht so einfach war. Trotzdem ist die Befriedung weitergegangen, und wir haben da, wie soll ich sagen, eine gute und tragfähige Basis auch mit den Gesprächen. Hier in der Rigaer Straße ist die Situation anders. Wenn wir uns mal die Gewaltstatistik anschauen – die ist berlinweit heruntergegangen. Wir hatten in der Statistik 2015 den niedrigsten Level der Gewalttaten insgesamt, aber in der Rigaer Straße funktioniert das so nicht. Es funktioniert deswegen nicht, weil wir dort einen Anstieg der Gewalt haben, auch einen Anstieg der Angriffe auf die Polizei. Deswegen haben wir seit Oktober letzten Jahres die Einsatzkonzeption Rigaer Straße, wo wir mit einer erheblichen Präsenz da sind, um Wirkung zu erreichen. Das ist deswegen so, das muss man einfach noch mal ganz klar sagen, weil es hier einen autonomen Kern gibt, der für sich in Anspruch nimmt, hier einen rechtsfreien autonomen Bereich zu etablieren, der staatsfern ist und wo Polizei nichts zu suchen hat. Da wird diese Appeasementpolitik, die wir ansonsten in der gesamten Stadt mit Erfolg betrieben haben, so nicht funktionieren. Ich gebe zu, dass die Polizeipräsenz jetzt es nicht geschafft hat, die Lage zu kippen. Mit unserer Präsenz haben wir es geschafft, die An-

griffe auf uns zu reduzieren, aber wir haben das Niveau der Straftaten bisher nicht gesenkt. Ich sage auch ganz klar, und dafür kann ich nur werben: Es muss natürlich auch eine politische und eine Gesprächslösung geben, aber – ich glaube, das hat der Senator auch gesagt – eine Lösung mit Polizei allein wird nicht gehen. Es ist aber keine Lage wie beim 1. Mai, es ist eine ganz spezielle und örtliche Lage Rigaer Straße. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Und nun?] –

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Polizeipräsident! – Ich bin noch mal auf die Frage hingewiesen worden, wie viele Polizeikräfte im Einsatz waren und wie viele Kosten bis zum 14. Juli entstanden sind. – [Zuruf von Bürgermeister Frank Henkel] – Ich kann nur noch mal bitten, weil es vielleicht nicht angekommen ist, ob noch mal dargestellt werden kann, was es in der Rigaer Straße 94, speziell in dem Umkreis, nicht das, was als Raumschutzmaßnahme gefahren wurde, sondern nur das, was es für den Bereich Rigaer Straße gekostet hat. So habe ich Herrn Taş verstanden. – [Hakan Taş (LINKE): Ich habe dreimal die Frage gestellt!] – Wenn nicht, kann es auch schriftlich nachgereicht werden. – Bitte schön, Herr Polizeipräsident!

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich hatte eingangs schon die grundsätzliche Situation erwähnt: Wir haben seit Oktober die Sondermaßnahmen Rigaer Straße, und die sind mit einem erheblichen Kräfteaufwand verbunden. Der Einsatz in der Rigaer Straße 94 ist ein Teil dieses Konzeptes. Von daher kann man das gar nicht richtig herausrechnen. Es wird in der Presse immer berichtet: 300 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. – Aber das ist die Gesamteinatzkonzeption. Ich hatte vorher schon gesagt, dass von diesen 300 nur gut 10 Prozent tatsächlich örtlich, direkt am Haus, gebunden waren. Von daher kann ich die Kosten nicht separieren, weil das für mich ein Gesamtpaket ist.

Vorsitzender Peter Trapp: Dreimal hat sich Herr Lauer gemeldet, den muss ich ganz klar zuvor drannehmen. – Aber nur eine Wortmeldung, Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Erst mal finde ich es natürlich gut, wenn der Justiziar der Berliner Polizei aus Akten – Verschlussache; nur für den Dienstgebrauch – vorliest. Ich würde sagen, dass die Einordnung damit aufgehoben ist, zumindest für die beiden Seiten, die hätte ich nämlich gern in Kopie. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ja, bitte, dann kann ich nämlich auch offen reden!] – Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Das schiebe ich mal vor.

Ansonsten habe ich mehrfach die Frage gestellt, ich stelle sie jetzt noch mal: Sie sprachen von einer Glaubhaftmachung, dass Ihnen glaubhaft gemacht worden sei, dass alles so sei, wie es der Hauseigentümer oder die Sphäre um ihn herum schildert. Diese Glaubhaftmachung – wurde Ihnen das nur gesagt, oder gab es eine eidesstattliche Versicherung im Sinne der Zivilprozessordnung § 294, ja oder nein?

Zu den Kosten des Einsatzes kann ich Ihnen mitteilen, Herr Kandt: Wissen Sie, wann das einzige Mal in dieser Legislaturperiode war, dass die Polizei sagen konnte, wie teuer ein Einsatz ist? – [Benedikt Lux (GRÜNE): Hauptmann-Schule] – Das war, als sich die Gerhart-Hauptmann-Schule in diesem belagerungähnlichen Zustand befand. Da war das auf einmal möglich. Das ist komisch, nicht? In dem Moment, in dem es gegen die Bezirksbürgermeisterin in Friedrichshain-Kreuzberg, Frau Herrmann, und gegen Bündnis 90/Die Grünen geht, und ich bin wirklich der Letzte, der die in Schutz nimmt, das können die beiden dort bestätigen – [Zuruf von den Grünen] –, kann man die Kosten aufschlüsseln und genau sagen: Das war

jetzt so und so viel, so und so viele Stunden, und das hat uns so und so viel gekostet. – Wenn es darum geht, darauf wies mich der Kollege hin, den strammen Max zu machen, dann kann man immer sagen: Da waren 300 Polizisten im Einsatz, da waren 900 Polizisten im Einsatz. Wir haben mit so und so vielen Tausend Polizisten geräumt, 1 800 Hilfskräfte. – Wenn dann im Nachhinein Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines Polizeieinsatzes entstehen, heißt es auf einmal: Eigentlich waren nur so 10 Prozent – vielleicht, maximal – im Einsatz. – Was denn jetzt?

Sie müssen mir das noch mal erklären, Herr Tölle: Wenn ein Raum durch besitzsichernde Maßnahmen – vulgo: Schloss – gegen Eindringen gesichert ist, dann ist es doch vollkommen unerheblich, wer diese Schlüssel besitzt. Wenn das nicht alle Berlinerinnen und Berliner sind – dann kann man sich den Spökes sparen –, aber wenn das ein eng umschreibbarer Raum ist – – Ich verstehe auch nicht, warum Sie als Begründung sagen: Na ja, die waren uns nicht bekannt. Das ließ sich auch nicht ermitteln. – Wenn ich die letzten fünf Jahre richtig verstanden habe, ist es die Aufgabe der Polizei, Dinge zu ermitteln, denn sonst würden Sie ja auch die ganzen Straftaten, die in dieser Stadt passieren, nicht verfolgen, weil Sie sagen: Nein, nein, da wurde zwar eingebrochen, aber wir wissen überhaupt nicht, wer das ist. – Das ist blöd, nicht? Sie können doch nicht sagen, wir wussten nicht, wer das ist, und wir konnten es auch nicht herausfinden. Sie sind doch seit dem 13. Januar – ich habe das gesehen, das war ja absurd – als Polizei im Minutenakt mit ihren Einsatzwagen von den Hundertschaften um diesen Block gefahren. Und dann davon zu sprechen, man wisse nicht genau, wer Besitzer der Kadverschmiede sei, ist doch Quatsch. Sie haben selbst in dem Moment, als Ihnen aufgefallen ist – – Mal angenommen, wir würden Ihnen das alles glauben. Aber in dem Moment, in dem diese Schlosser gefunden worden sind, hätten Sie doch sagen müssen: Halt, stopp! Schade! Hier sind ja doch Schlosser dran. Jetzt müssen wir mal gucken, ob es hier im Umkreis Besitzer gibt oder Leute, die zumindest den Besitz hierauf beanspruchen, denn sonst würden wir ja ermöglichen, dass hier verbotene Eigenmacht passiert, und dann säßen wir bei einer Sonderausschusssitzung im Innenausschuss. – Das hätten Sie machen können. Das haben Sie alles nicht getan, und Sie waren ja vor Ort. Von daher ergibt das alles keinen Sinn.

Wenn Sie sagen, ich würde aus dieser Mail vom 9. Februar, die Sie dankenswerterweise selbst noch mal vorgelesen haben, falsch zitieren, dann ist das eine sehr interessante Interpretation, denn im Kern bat Herr Weiß Sie darum, offensiv auf den Eigentümer – damals waren es noch keine Sphären – zuzugehen, damit es einen Einsatz in Bezug auf Brandschutz in der Rigaer Straße 94 geben kann. Was sagt Frank Henkel am 23. Juni im Plenum? – Das war ein Einsatz wegen Brandschutz und allgemeiner Sicherheit am Gebäude. – Das ist doch genau das, was ich Ihnen die ganze Zeit vorwerfe, und Sie bestätigen es auch noch. Sie haben sich nach dem 13. Januar eine weitere Legende gestrickt, um noch mal in die Rigaer Straße 94 reingehen zu können. Sie hätten es doch auch einfach bei den Zuständigkeiten belassen können, wie sonst auch. Sonst ist es immer der Bezirk. Sonst heißt es immer: Darum muss sich der Bezirk kümmern. – Sie hätten auch in diesem Fall sagen können: Lieber Bezirk! Uns ist da aufgefallen – Brandschutz. Bitte kümmert euch darum! – Das war Ihnen aber nicht genug. Sie wollten Runde Tische zum Brandschutz in der Rigaer Straße mit der Feuerwehr, mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. Als das dann nicht passierte – – Wie gesagt, diese Mail vom 9. Februar, vier Monate vorher: Geh doch noch mal offensiv auf den Eigentümer zu! Mach doch noch mal dem Bezirksamt Mut, dass es sich im Zweifelsfall doch noch mal bewegt und selbst Aktionen wegen des Brandschutzes macht. – Sie haben, und ich bleibe dabei, das konstruiert. Sie haben auch nichts gesagt, das das entkräf tet.

Die Frage, ob es eidesstattliche Versicherungen gab, die glaubhaft gemacht haben, dass alles so stimmt, wie es Ihnen der Eigentümer geschildert hat, hätte ich gern noch beantwortet.

Ganz ehrlich, dieses Schreiben vom Anwalt, das Sie jetzt auch noch mal zitiert haben: So was würde ich als Anwalt nie schriftlich machen. Das geht nicht. Sie können Ihrem Mandanten nicht sechs Tage, nachdem eine Räumung stattgefunden hat, schreiben: Sorry! Hat einer von euch eigentlich mal von den Sachen, die wir jetzt gerade räumen, einen Grundriss oder so? – Das geht nicht, denn dieses Schreiben zeigt, dass der Vertreter des Eigentümers, der Anwalt, das in keiner Art und Weise vorbereitete, sondern – Sie haben es ja selbst gesagt – das war dann der besondere Bürgerservice. Sie haben sich vorher mit dem unterhalten und ihm gesagt: Kadterschmiede, der andere Kellerraum, diese Werkstatt, der geht –, und der hat gesagt: Tipi, topi –, und Ihnen am 22. etwas geschickt; dann haben Sie es korrigiert, und dann kam es am 31. Mai noch mal offiziell.

Wenn Sie dann sagen, ich würde Ihnen unterstellen, das sei jetzt irgendwelche Kungelei oder so: Ja tatsächlich, das unterstelle ich Ihnen. – Dass das der ganze Laden mitträgt und es nur halbherzige Distanzierungen gibt, macht es nicht besser. Vielleicht, ich stelle das nur mal in den Raum, muss man nach der Abgeordnetenhauswahl einen Untersuchungsausschuss machen, um das alles aufzuklären, denn wie Sie sich hier aufführen, das geht auf keine Kuhhaut.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Lux! Jetzt haben Sie noch mal das Wort.

Benedikt Lux (GRÜNE): Mich würde die Antwort auf die Frage vom Kollegen Zimmermann interessieren. Das war mal wieder ein Beweis, weshalb die Auseinandersetzung mit Ihnen, Herr Henkel, nicht viel bringt – weil Sie nicht auseinandersetzungsfähig sind. Herr Zimmermann hat Sie mehrmals gefragt, und wir als Grüne haben das adressiert, wie es jetzt weitergeht. – [Bürgermeister Frank Henkel: Aber ich war noch nicht dran!] – Dann müssen Sie sich zu Wort melden. – [Zuruf] – Das ist schön, wunderbar! Ich freue mich sehr darauf, dass Sie dazu noch etwas sagen werden.

Nächster Punkt – Herr Tölle! In welchen Vorgängen haben Sie das denn noch gemacht, dass Sie Leib und Leben von Bauarbeitern in ähnlichen Konstellationen mit Polizei geschützt haben? Oder war es das erste Mal, dass Sie eine Begleitung von Bauarbeiten polizeilich durchgeführt haben, weil es dort einen Gefahrentatbestand gibt?

Zweitens: Würden Sie mir nicht zustimmen, dass die Polizei dann nachts jeweils hätte abgezogen werden müssen, weil es schlicht und ergreifend keine Bauarbeiten gab, sondern man nur Leib und Leben der Bauarbeiter schützt?

Nächster Punkt: Wir wissen jetzt alle, dass die Kadterschmiede dran war. Sie schreiben selbst in Ihrem Kommentar, dass solch eine Räumung unzulässig sei, weil Sie damit final die Herstellung neuen Besitzes und Eigentums, nämlich für irgendwelche Neumieter, gewährleisten. Sie hätten, wenn Sie das ernst meinen, viel früher abziehen müssen, nämlich spätestens zu dem Zeitpunkt, wo es den Anschein dafür gab, dass dort Leute irgendetwas machen, eine Nutzung und ein Besitzrecht haben. Und selbst wenn Sie die Personen nicht kennen, denen Sie ein Besitzrecht zuordnen können, trifft doch zu, was Herr Lauer sehr intensiv ausgeführt hat. Allein, dass es die Möglichkeit gibt, dass dort Leute wohnen, verunmöglicht es bei Ihnen

oder müsste zumindest die Frage aufwerfen, ob es einen Titel gibt. Mal ehrlich, unter uns: Sie wussten, dass es keinen gibt, das stand auch nie so im Raum. Spätestens dann muss doch SenInn im Vorfeld informiert werden. Das gibt es, wenn ich richtig informiert bin, seit Mitte der Neunzigerjahre. Bei Räumungen und Teilaräumungen von Objekten, die ein bisschen mehr in der Öffentlichkeit stehen oder einen großen Sympathisantenkreis haben, meinetwegen Linksextreme oder Hausbesetzer, whatever, ist der Innensenat frühzeitig zu informieren. Der prüft das mit durch, und deswegen ist die Verantwortungsebene der Direktionsleiter, der Polizeipräsident und der Innensenator. Und jetzt entscheiden Sie sich mal, wie Sie mit dieser Verantwortung umgehen oder ob Sie diese Linie weiter durchziehen wollen. Was kommt als Nächstes? Was ist Ihr Eskalationspotenzial?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Lenz! Sie haben das Wort.

Stephan Lenz (CDU): Herr Lauer! Sie haben eben einen ganz neuen Begriff eingeführt, den der Kungelei. Auf wessen Seite stehen Sie eigentlich? – [Zurufe von Christopher Lauer (PIRATEN) und von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)] – Sie haben jetzt gesagt, die Polizei habe mit dem Eigentümer gekungelt. Da muss man sich doch mal die Lage insgesamt betrachten. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Die beiden Uwes! Sagen Sie doch mal was dazu!] – Wir haben hier ein klares Eigentumsverhältnis. Der Eigentümer kann sein Eigentum nicht nutzen, weil dem rechtswidrige Gründe entgegenstehen. Er muss natürlich bestimmte Voraussetzungen erfüllen. In dem Fall musste er nachweisen oder glaubhaft machen, dass kein Besitzverhältnis dem entgegensteht, dass er da reingeht. Die Polizei musste das Rechtsgespräch führen; natürlich musste sie das führen. – [Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Wo waren Sie eigentlich die letzten zwei Stunden? – Christopher Lauer (PIRATEN): Auf dem Klo! – Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Sie haben sich doch von dieser Sitzung distanziert!] –

Ich fasse zusammen: Das Besitzrecht bestand nicht, diese ganzen Falschbehauptungen, die hier immer wieder kamen. Es gelang eben nicht – den Vertretern der Kadterschmiede –, den Besitz glaubhaft zu machen. Deswegen wurde es abgewiesen. Es gelang eben nicht. Es spricht alles dafür, dass es aus Sicht der Polizei so gewertet werden musste, dass kein Besitzrecht bestand, und dann war die Maßnahme auch rechtmäßig; deswegen war die Begleitung auch zu machen. Sie musste gemacht werden, um Gefahren zu verhindern, um Gefahrenabwehr zu betreiben. Das musste auf jeden Fall so sein. Insofern ist all das, was hier behauptet und mit Falschbehauptungen angereichert wird, wie eine Verschwörungstheorie, die hier aufgebaut wird, um eine Skandalisierung in Wahlkampfnähe zu betreiben, um das genau wieder dem Innensenator vorzuwerfen. – [Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Bis dahin ist Henkel bestimmt schon abgewählt!] – Das ist wirklich alles diffus. Es ist hier einfach kein Fehler festzustellen. Sie müssen immer trennen: die Entscheidung, den Entscheidungszeitpunkt, wo die Polizei die Maßnahme angeordnet hat und das, was mit dem Besitzrecht war, was ein Gericht endgültig feststellen wird. Das werden wir wissen, wenn im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes in den nächsten Wochen ein Urteil ergeht. Dann wissen wir, wie das nach Kenntnis aller Umstände besitzrechtlich zu werten ist. Das konnte die Polizei gar nicht wissen. Das hat überhaupt keine direkten Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der Polizeientscheidung. Wenn Sie das erklärt haben wollen, müssen Sie das Verwaltungsgericht anrufen; das haben wir heute alles gehört. Das macht keiner, aus gutem Grund – weil man damit nicht durchdringen wird.

Noch mal: Bei allem Bemühen, hier eine Verschwörungstheorie zu konstruieren, eine Skandalisierung zu betreiben – da gibt es keinen Grund. Überlegen Sie sich wirklich, auf wessen Seite Sie sich stellen. Machen Sie mal einen Schritt zurück und betrachten sich die Lage vor Ort, wer letztlich eine Berechtigung hat und wer nicht, und dann überlegen Sie sich, auf wessen Seite Sie sich begeben.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Lenz! – Bitte, Herr Taş! Sie baten um das Wort.

Hakan Taş (LINKE): Die Fragen werden ja heute nicht beantwortet, aber ich versuche es mit einer neuen Frage; vielleicht kann der Senator darauf antworten. – Herr Senator Henkel! In den Neunzigerjahren gab es bereits Gespräche mit den Leuten von der Kadterschmiede auf Senatsebene. In den Gesprächen ging es um die Legalisierung. Haben Sie jemals darüber Informationen bekommen? Wurden Sie oder die Polizeiführung informiert? Gab es Informationen darüber? Können Sie etwas dazu und uns darüber aufklären?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Taş! – Jetzt hat der Herr Senator das Wort.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Herr Taş! Worüber ich informiert wurde, habe ich deutlich gemacht, und zwar mehrfach. Die Frage vom Kollegen Zimmermann will ich noch mal beantworten. Meine Linie habe ich mehrfach klar skizziert. Die Frage war, wie es jetzt weitergeht. Wir haben jetzt fast vier Stunden über polizeiliche Maßnahmen in einem Lichte diskutiert, das sich vorher abgezeichnet hat. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Maßnahmen im Bereich Rigaer Straße von Bewohnerinnen und Bewohnern durchaus als positiv angesehen wurden. Es gibt dazu übrigens einen interessanten Artikel im „Tagesspiegel“, den sich jeder rausziehen kann. Ich glaube, der ist vom 20. Juni.

Um die positive Resonanz auf die polizeilichen Maßnahmen zu steigern, und das ist der Punkt, Kollege Zimmermann – sollte es noch mal zu so etwas kommen; im Moment haben wir keine Situation –, werden wir uns weiterhin bemühen, dieses polizeiliche Handeln transparent darzustellen. Ich habe, bevor dieses Versäumnisurteil gesprochen wurde, auch gesagt – weil die Diskussion kam: Niemand redet mit niemand –, dass das keine Phantomdiskussion ist, denn die Polizei kommuniziert sehr intensiv. Die Schule und die Kita wurden angesprochen, aber auch Anwohner. Gerade nach dem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister, in dem er sich hat informieren lassen über die Demonstration und deren Verlauf, waren wir uns beide einig, dass wir noch besser kommunizieren müssen, in dem Fall die Polizei, warum sie eigentlich vor Ort ist. Diese Maßnahmen waren in der Vorbereitung. Es sollten noch mal Kommunikationsteams raus, es sollte ein Bürgertelefon eingerichtet werden beim zuständigen Abschnitt 51, es sollten noch Flugblätter, Flyer raus, sodass wir unsere Kommunikation, die Maßnahmen, warum wir da sind, besser erklärt hätten. Dazu ist es durch das Versäumnisurteil nicht mehr gekommen. Sollten wir noch mal in eine solche Situation kommen, werden wir intensiver herangehen, was die Kommunikation betrifft, warum wir eigentlich was machen.

Was den Bezirk betrifft, das Angebot von Frau Herrmann: Ich habe das vorhin gesagt. Der Polizeipräsident hat es mit Denkpause beschrieben. Ich habe gesagt, wir haben jetzt eine Situation, wo es eine juristische Auseinandersetzung ist und ich im Augenblick nicht weiß, worüber wir eigentlich in welchem Konstrukt reden wollen. Aber: Das Angebot, und das kennt sie, ich habe ja geantwortet auf ihr Schreiben heute, das Angebot habe ich erneuert, dass ich

selbstverständlich mit der Frau Bezirksbürgermeisterin zu allen sicherheitspolitischen Themen und auch zu anderen, wenn sie es wünscht, in ihrem Bezirk spreche, und dieses Angebot bleibt bestehen. Ansonsten, Herr Zimmermann, bleibt es dabei, dass wir, was ich vorhin gesagt habe, gucken müssen, dass wir den friedfertigen Akteuren durch Transparenz der Maßnahmen bewusst machen, wo der gesetzliche Auftrag der Polizei ist. Und bei allen anderen müssen wir dann auch mit dem, was polizeilich geboten ist, reagieren.

Vorsitzender Peter Trapp: Zu § 294 Zivilprozessordnung – Herr Tölle!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Eine eidesstattliche Versicherung nach § 294 ZPO haben wir uns nicht geben lassen, denn im § 294 steht, dass wir – zur Glaubhaftmachung – alle Beweismittel handhaben dürfen. Das heißt, ich muss nicht unbedingt eine eidesstattliche Versicherung beifügen. Das, was wir hier an eigenen Erkenntnissen hatten, die ich mehrmals vorgetragen habe, und das, was uns der Vertreter des Eigentümers schlüssig und ohne logische Brüche erzählt hat, reichte in diesem Fall.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – [Benedikt Lux (GRÜNE): Ich hatte noch ein paar Fragen! – Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] – Bitte!

Benedikt Lux (GRÜNE): Ich hatte gefragt, welche vergleichbaren Fälle es in den letzten Jahren gab. Seit Jörg Schönbohm kenne ich solche Fälle nicht mehr, um mal in die Berliner Geschichte zu gehen.

Die nächste Frage – Herr Tölle! Wenn Sie ernst meinen, was Sie gesagt haben: Warum ist die Polizei nachts dageblieben?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön – zur Beantwortung der Fragen nach anderen Bauarbeiter und der Nachtzeit.

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Erstens: So ein Fall, das ist ja auch das, was hier weitgehend in der Diskussion untergeht, von der Zuständigkeit her auf § 1 Abs. 3 gestützt, also reiner Schutz dritter Maßnahmen und nicht Wahrung privater Rechte durch eigene Räumung – das sind die ganzen Urteile, auf die sich unter anderem Herr Zimmermann bezogen hatte –: Das ist hier kein Schutz privater Rechte gewesen. Die Polizei hat nichts geräumt. Sie hat niemanden auf die Straße gebracht. Sie ist in keine Wohnung eingedrungen. In der Tat muss man sagen, dass diese Räumungen, auf § 1 Abs. 4 gestützt, hochproblematisch sind und – das wissen wir auch – an engen Voraussetzungen hängen. Insoweit sind uns auch Urteile aus dem Jahr 2003 usw. bekannt. Hier hatten wir es aber mit § 1 Abs. 3, das heißt dem bloßen Schutz einer Maßnahme zu tun, und da, kann ich Ihnen sagen, ist das für uns auch Neuland. – [Lachen aus dem Publikum – Benedikt Lux (GRÜNE): Gut!] –

Zur Frage, warum Polizei auch nachts vor der Rigaer Straße 94 war: Das ist immerhin ein kriminalitätsbelasteter Ort, das ist ja nun offenkundig, auch durch diverse Gerichtsverfahren. Da darf und soll die Polizei auch sein. – [Canan Bayram (GRÜNE): Die war dort nicht nur auf der Straße, Herr Tölle!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Tölle! – Herr Lauer! Sie hatten sich noch mal zu Wort gemeldet. – Bitte schön!

Christopher Lauer (PIRATEN): Weil der Innensenator einen „Tagesspiegel“-Artikel zu Sympathiebekundungen der Bewohnerinnen und Bewohner bezüglich der Polizeimaßnahmen in der Rigaer Straße 94 erwähnte, wollte ich Herrn Henkel fragen: Herr Henkel! Meinen Sie den Beitrag dieser Unternehmensberaterin, die darüber schrieb, dass Freunde nicht mehr ins Haus gelassen werden, weil sie von der Polizei daran gehindert werden, dass sich der gesamte Bezirk in einer Art belagerungähnlichem Zustand befinden würde und dass die Nachbarinnen und Nachbarn so dermaßen angeneckt wären, dass es jeden Tag um 21 Uhr ein Solidaritätstrommeln gebe, an dem Bewohnerinnen und Bewohner in der Rigaer Straße auf ihre Balkone treten und Lärm mit Töpfen, Trommeln und allem Möglichen machen? Darüber schreibt übrigens auch Ihre Polizei in ihren Vermerken und Einsatzberichten und kommt zu dem Schluss, dass es sich dabei um einen Verstoß gegen das Immissionsgesetz handele. – [Heiterkeit] – Mich würde interessieren, ob Sie das mit Zuspruch der Bewohnerinnen und Bewohner meinten oder ob ich etwas überlesen habe.

Zu Herrn Lenz muss ich glücklicherweise nichts mehr sagen, denn er kommentiert sich zum Glück selbst. Ich kann aber feststellen, dass Sie sich bis jetzt, obwohl ich Ihnen mehrmals die Möglichkeit gegeben habe, noch immer nicht vom NSU distanzierten, und das finde ich sehr bedenklich.

Dann würde ich noch Herrn Tölle fragen: Welche Beweise präsentierte Ihnen der Eigentümer konkret? Hat er Zeugen mitgebracht? Hat er Ihnen irgendwelche Videoaufnahmen gezeigt, also wirklich Beweise in dem Sinne, dass es für Sie nachvollziehbar war? Oder war das alles nur vom Hörensagen, dass er Ihnen das so geschildert hat und dann haben Sie sich so gedacht: Ja, Rigaer Straße 94, das kennen wir ja, das passt ja alles auf diese ganzen Linksextremisten? – Wie hat er Ihnen das wirklich konkret glaubhaft gemacht? Wenn Sie jetzt sagen, das waren unsere eigenen Erkenntnisse: Wie passt das denn wieder damit zusammen, dass Sie zur Kadterschmiede nichts wussten und eigentlich gar keine Ahnung hatten, aber das, was der Eigentümer sagte, sich wiederum mit Ihren Erkenntnissen deckte? Ich verstehe das noch immer nicht. Wieso hatten Sie so viele Erkenntnisse, dass Sie dem Eigentümer glauben konnten – denn anscheinend hat er keine Beweise produziert –, aber dann wieder so wenige Erkenntnisse, dass Sie eigentlich nichts wissen konnten? Erklären Sie es mir bitte!

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Senator!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Ich spreche von einem „Tagesspiegel“-Artikel, der sich wie ein Leidensbericht gelesen hat. Was Sie daraus machen, ist mir wurscht.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, dann Herr Tölle! Die Wortmeldung von Frau Bayram haben wir aufgenommen.

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Zur Kadterschmiede selbst, zu dem Antrag des Eigentümers noch mal: Der Eigentümer hat uns dargelegt, wie es dort für seine Leute zugeht, warum sie dort nicht arbeiten können, warum sie dort keine Feststellungen treffen können. Das deckte sich mit den polizeilichen Erfahrungen aus dem Jahr 2015. Die Erkenntnisse, dass in der Kadterschmiede kein beachtliches Besitzverhältnis besteht, deckten sich weiter mit der Papierlage nach den Unterlagen aus den verschiedenen Ordnungsämtern und auch mit der polizeilichen Feststellung vom LKA, die ich mehrmals zitiert habe, wo gesagt wird, dass das eben nur ein äußerst gelegentlicher und mehr oder weniger zufälliger Betrieb in Gestalt eines gemeinsamen Partyraumes ist. Das war die Tatsachengrundlage, auf der wir entschieden haben. Ich wüsste auch nicht, was wir mehr hätten beibringen sollen. Warum soll ich nach einem Titel fahnden oder mich nach einem Titel erkundigen, wenn aufgrund der Besitzverhältnisse, die wir zugrunde gelegt haben, gar kein Titel erforderlich ist, gar kein Titel erstritten werden kann? Gegen wen soll der sich richten, wenn da Räume sind, an denen kein dauerhafter Besitz besteht? Das können wir jetzt noch zehnmal hin- und herwälzen, aber es ist und bleibt so. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ja ja, das werden wir auch zehnmal diskutieren!] – Ja, dann wälzen Sie!

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Frau Bayram hat jetzt das Wort!

Canan Bayram (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wollte noch mal denjenigen, die weiterhin behaupten, dass es keine Räumung gewesen sein soll, Gelegenheit geben, sich zu korrigieren, denn mittlerweile lacht wirklich ganz Deutschland über Berlin. Ich war um zwanzig nach acht vor Ort und habe mir die Räume angeschaut. Da waren Gegenstände drin, von denen man ausgehen kann, dass es ein Vereinsraum ist. Ich war auch nach der Räumung vor Ort und habe auch gesehen, dass das ganze Zeug da weggebracht wurde, rausgeräumt wurde. Deswegen kommt mir das hier alles so ein bisschen wie konstruiert vor; alle spielen auch noch mit, lehnen sich zurück und sagen, sie waren nicht vor Ort. Für manche kann das aber einfach wirklich nicht gelten. Deswegen noch mal die Nachfrage: Ich bin sicher der Ansicht, dass die Beauftragten der Hausverwaltung, des Eigentümers oder was auch immer die Räume geräumt haben. Würden Sie mir da recht geben, dass das stattgefunden hat und dass die Polizei diese Räumung mit vielen, vielen Beamten gesichert hat, die Tag und Nacht nicht nur vor der Tür standen, sondern auch in den Fluren, in den Eingängen, in dem Gebäude, im Hof – in einer sehr hohen Anzahl?

Der nächste Punkt ist zu behaupten, Menschen hätten nicht widersprochen. Haben Sie denn irgendwen überprüft, ob er Besitzrechte hat? Haben Sie dort nicht Leute gehabt, die dagegen waren, dass die Räume betreten oder beräumt werden? Das würde mich wirklich noch mal interessieren, denn meine Wahrnehmung war eine andere als die, die Sie hier schildern. Dass da keiner war und keiner sich aufgeregt hat – da fragt man sich ja, wie viel Polizei denn dann erforderlich war, gegen gleichgültige Menschen irgendwie vorgehen zu müssen, die keine

Rechte an diesen Räumen geltend gemacht haben. Deswegen ist das tatsächlich so, dass alles, was ich heute an tatsächlicher Feststellung des Sachverhaltes vor Ort gehört habe, an der Realität vorbeigeht. Und wenn ich schon Grundannahmen im Sachverhalt habe, die unzutreffend sind – dabei will ich jetzt nicht bewusst „wahrheitswidrig vorgetragen“ sagen, was einige schon in den Raum gestellt haben –, dann ist es natürlich auch klar, dass die ganzen rechtlichen Ausführungen, die Sie hier von sich geben, eine Farce sind, weil sie auf falschen Sachverhaltsannahmen beruhen. Deswegen ist dieser ganze Tag, den wir hier gemeinsam verbracht haben – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ich fand es schön!] –, wirklich nur dazu geeignet, eines klarzustellen: Nimmt man diesem Innensenator Henkel die Polizei weg, dann hat er gar nichts mehr. Er hat nichts – [Peter Trapp (CDU): Doch, die Feuerwehr! Und Verfassungsschutz!] –, und umso wichtiger ist es, dass er sich mit diesem Thema nur profilieren will und muss. Deswegen noch einmal die Nachfrage, die immer noch im Raum steht: Gab es zwischen dem Treffen am 22. Mai und dem Schreiben des Rechtsanwalts vom 31. Mai – insoweit zitiere ich den Kollegen Lauer – Treffen seitens der Polizei, der Innenverwaltung, anderer Bevollmächtigter, hätte ich fast gesagt, und den Bevollmächtigten des Eigentümers mit der Thematik Rigaer Straße? Was wurde, wenn es so ein Treffen gab, in diesem Treffen besprochen?

Vorsitzender Peter Trapp: Dann hat sich jetzt noch Herr Lauer gemeldet.

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich kann positiv feststellen, Herr Tölle, dass wir schon mal insoweit vorangekommen sind, als – ich muss Sie da zitieren, das hat glücklicherweise noch jemand aufgeschrieben – dass aus dem Satz zu der Kadterschmiede, „es gibt überhaupt kein Besitzverhältnis“ jetzt wurde, was Sie vorhin gesagt haben, „kein beachtliches Besitzverhältnis“. Da soll doch mal jemand sagen, solche Ausschusssitzungen würden nichts bringen. Nachdem wir jetzt festgestellt haben, dass es da kein beachtliches Besitzverhältnis gab, hat mich ein Hinweis von Ihnen noch mal ein bisschen aufhorchen lassen, nämlich dass Ihnen das LKA sagt: Das wird von denen – wer auch immer – als gemeinschaftlicher Partyraum benutzt. – Da frage ich mich – ein gemeinschaftlicher Partyraum in einem gemeinschaftlich besetzten Haus, in einem alternativen Wohnprojekt, das seit mehreren Jahren besetzt ist, in dem es keine beachtlichen Besitzverhältnisse gibt: Wie kommen Sie dann darauf, dass es da keine Besitzverhältnisse gibt, wenn Ihnen Ihre eigene Polizei sagt, dieser Raum wird als Partyraum genutzt? Denn dann ist klar: Es ist ein Raum, der diesem Zusammenleben dort vor Ort dient. Es kommen dort Menschen zusammen, da wird gefeiert. Man könnte im Zweifelsfall auch sagen, aufgrund des Charakters dieses Dings ist das hier sogar der Kernbereich privater Lebensführung usw. Wie kommen Sie darauf?

Zweite Frage: Mir ging es gar nicht darum, dass Sie jetzt irgendwie im Internet oder sonst wo in irgendeiner Datenbank danach suchen, ob es einen Räumungstitel gibt. Darum geht es gar nicht. Vielmehr ging es mir darum, wie denn diese Glaubhaftmachung stattfand. – [Peter Trapp (CDU): Hat er doch gesagt!] – Es ist nämlich ein Unterschied, ob eine Person bei der Polizei auftaucht und etwas sagt, oder ob es möglicherweise noch Zeugen gibt. Der Mann sprach jetzt zum Beispiel davon, dass Bauarbeiter in der Vergangenheit angegriffen worden sind. Konnte er Ihnen irgendwie benennen, wann das geschah? Gab es dazu Vorgänge bei der Berliner Polizei, mit denen Sie das gegenchecken konnten? Waren bei den Terminen möglicherweise diese Bauarbeiter da? Oder war – und das ist doch meine Frage, darauf läuft das hinaus – die Glaubhaftmachung einfach so, dass der Typ vorbeikam, gesagt hat, das ist so passiert, und Sie haben okay gesagt? Da kann ich sagen: Das ist auch nicht meine eigene Er-

fahrung mit der Berliner Polizei, weil Sie hier von Bürgerservice sprachen. Wenn man normalerweise zur Polizei geht und sagt: Ich bin Opfer einer Straftat geworden –, wird man teilweise ziemlich abenteuerliche Sachen gefragt, zum Beispiel: Was hatten Sie denn getrunken? – In dem Fall stelle ich fest: Es kommt ein Anwalt, der sagt, ich vertrete den Eigentümer, den Sie persönlich nicht kennen. Sie kennen nur den Grundbuchauszug dieser Lafone Investment-Geschichte, und, wie gesagt, durch diese Tautologie sagen Sie dann: Ja, das ist der Eigentümer, und dann hat der mir einmal etwas gesagt, und ich glaube dem das sofort, ohne irgendwelche Nachforschungen zu betreiben, weil sich das ja mit meinen Vorurteilen deckt. – Deswegen frage ich so genau nach: Welche konkreten Dinge – – – [Peter Trapp (CDU): Hat er vorhin gesagt!] – Ja, das ist eine Aussage von einer Person, die da einmal hingehört. Wenn ich jetzt zur Polizei gehe und sage, gestern Nacht schlug mich Frank Henkel, dann würden Sie auch nicht sagen: Oh ja, das deckt unsere Erfahrungen mit dem Innensenator, da nehmen wir ihn jetzt mal fest. – [Heiterkeit – Oliver Friederici (CDU): Ha, ha, ha!] – Sie würden vielmehr sagen: Entschuldigung, Herr Lauer, aber eine Beschuldigung bzw. eine falsche Anzeige ist auch eine Straftat. Was machen Sie hier? – Vollkommen zu Recht! Jeden Menschen, der zur Polizei geht und sagt: Entschuldigung, ich habe etwas zu melden –, fragen Sie: Ja, dann setzen wir uns mal hin. Wer hat das denn gesehen? Gibt es Zeugen usw.? – Nur bei diesem Typen oder bei dieser Sphäre – die Sphäre des Eigentümers berührte sich mit der Sphäre der Polizei – – – [Canan Bayram (GRÜNE): Genau!] – Der sagte Ihnen: Alles ganz schlimm –, und Sie sagten, ja, stimmt, alles ganz schlimm, also zacki, gehen wir vor – [Canan Bayram (GRÜNE): Richtig, so war es!] –, nachdem Sie, wie gesagt, von Ihrem Kollegen darum gebeten worden sind, noch mal offensiv auf den Eigentümer zuzugehen. Erklären Sie es mir!

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Melzer, Sie haben das Wort!

Heiko Melzer (CDU): Ich will die Sitzung gar nicht großartig verlängern, nur mal feststellen, Herr Lauer: Sie haben sich zuletzt zu Wort gemeldet. Nach Ihrer letzten Wortmeldung gab es noch gar keine Antwort vom Senat, schon hatten Sie die nächste Wortmeldung. Dieses Verfahren können wir jetzt durchspielen. Das können wir auch bis 17 Uhr durchspielen, das ist alles gar kein Problem. Vielleicht wäre es dann besser gewesen, die eine oder andere Frage im Vorfeld noch mal ergänzend zu formulieren oder aber die eine oder andere eingereichte Frage auch beantworten zu lassen.

Frau Bayram! Sie haben für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt sozusagen das vorbereitete Fazit: Nehmt dem Henkel auch noch die Polizei weg, dann hat er gar nichts mehr! – Was dieser Satz inhaltlich bedeuten soll, verstehe ich überhaupt nicht, aber jetzt haben Sie es wenigstens mal gesagt. Die Grünen scheinen ja damit durch zu sein. Was – und das ist die eigentliche Aussage, die ich treffen möchte – wir nicht machen werden: Wir werden diese Ausschusssitzung nicht abwürgen, um uns anschließend seitens der Opposition anzuhören, wir hätten an der Aufklärung hindern wollen. Das ist nicht der Fall.

Herr Lauer! Ihnen fällt in der Zwischenzeit nichts anderes mehr ein, als die Fragen, die Sie vor einer und vor zwei Stunden gestellt haben, einfach noch mal zu stellen und neu zu formulieren und immer und immer wieder die gleiche Schleife zu drehen. Auch das spricht ein Stück weit für sich und offenbart vielleicht auch, wie groß der tatsächliche inhaltliche Vortrag und die angeblichen rechtlichen Unsicherheiten sind. Ich bin mir sicher, dass der Senat und dass die Polizei das auch erneut und in der nächsten Schleife und in der übernächsten deutlich

machen werden, dass Sie falsch liegen; das haben sie den ganzen Vormittag und Mittag über deutlich gemacht.

Nur noch mal die klare Aussage: Wir werden diese Sitzung nicht abbrechen, um uns nicht unhaltbare Vorwürfe einzuhandeln. Ob es besonders schlau ist, eine Frage fünfzehn Mal zu stellen, überlasse ich Ihrer eigenen Einschätzung.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte, Herr Tölle!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Also, es ist ja nicht so, dass jetzt hier irgendein „Typ“ vorbeikommt, mit irgendetwas wedelt und sagt: Ey, ich hätte mal gerne. – Das ist ein bisschen einfach gestrickt. Und sodann müssen Sie auch mal aufpassen, dass Sie Ihre Beispiele, die Sie so aneinanderreihen und zusammenführen, auch jeweils immer noch in den richtigen Trichter bringen, damit da noch mal ein anständiger Brei herauskommt. Also noch mal: Der Eigentümer tritt an die Polizei heran – [Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Den Sie nicht kennen!] –, Vertreter des Eigentümers. – [Heiko Melzer (CDU): Das hat er jetzt schon zig Mal gesagt!] – Sie sind noch dabei, das wollte ich nur sehen! – Er tritt an die Polizei heran mit der Bitte: Was kann ich hier tun, ich muss schließlich Brandschutzmaßnahmen usw. treffen? Ich will hier die Sachen, die mir durch Betretungsrecht auch zustehen, bearbeiten. – Daraufhin erklären wir ihm, was geht, nämlich polizeilicher Schutz, aber nicht mehr. Daraufhin kommt ein Antrag, der das genau nicht berücksichtigt. Darauf sage ich ihm: Diesen Antrag würden wir zurückweisen. Das ist auch nicht, was wir Ihnen in Aussicht gestellt haben. Wenn das etwas werden soll, wenn Sie einen vernünftigen Antrag stellen wollen, dann müssen Sie den umformulieren. – Das hat er im Sinne der Besprechung vom 20. Mai gemacht, und dann nahmen die Dinge ihren Lauf.

Wem haben wir nun geglaubt? Was haben wir geguckt? – Wir haben gesehen, dass er in seinem Schreiben darstellt, er mache sich Sorgen, seine Leute würden bedrängt werden. Diese Bedrängnis erklärt er uns. Diese Bedrängnis ergibt sich auch aus polizeilichen Unterlagen aus September 2015, also noch nicht so lange her, und die ergibt sich aus dem Hausbesuch, den die Hausverwaltung bekommen hat, sodass es überhaupt keinen Anlass gibt, daran zu zweifeln, dass das nicht stimmt. Des Weiteren trägt er uns vor, dass es u. a. an den Räumlichkeiten Kadterschmiede keinen nachvollziehbaren dauerhaften – wie ich das vorhin gesagt habe – beachtlichen Besitz gibt. Dieses deckt sich mit den Unterlagen, die wir seitens des Bezirksamtes eingesehen haben, wo es keinerlei Hinweise auf die Kadterschmiede gibt, die offensichtlich jetzt mal Vereinslokal, mal sonst was sein soll. Die Kadterschmiede ist ein reines Wohnhaus; kein Hinweis auf irgendein Vereinsheim, eine Gastwirtschaft oder so etwas Ähnliches.

Polizeipräsident Klaus Kandt: Das ist ein Versprecher, er meint die Rigaer Straße 94.

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): Entschuldigung, die Rigaer Straße 94! – Die polizeiliche Erkenntnis sagt zudem, dass dort nur ein sporadischer Betrieb stattfindet. Das ist das, was ich Ihnen auch schon mehrfach vorgetragen habe. Und gestützt auf diese Grundlage haben wir keine weitere Veranlassung gesehen, jetzt noch zu gucken, ob es da einen Titel gibt, weil sich nach der Situation, wie sie sich darstellt, die Existenz eines Titels gar nicht als notwendig erweist, denn wenn ich keinen Besitzer in diesem Sinne habe, brauche ich auch keinen Titel, würde ich auch gar keinen Titel bekommen. Ich frage ja auch nicht nach einem Titel, wenn jemand in ein Treppenhaus oder in den Innenhof möchte. Das ist die Entscheidungs-

lage gewesen, von der wir ausgegangen sind, mit der wir dann am 22. dort den Einsatz durchgeführt haben.

Und noch mal im Folgenden: Das einstweilige Verfahren einschließlich der sofortigen Beschwerde ist durch das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg zurückgewiesen worden, weil es nicht gelang, den Anspruch glaubhaft zu machen. Niemand von den Leuten, die dort anwesend sind, hat uns informiert, hat uns hingewiesen: Das könnt ihr nicht machen, da ist etwas genutzt von uns. – Wie sollen wir jetzt noch auf die Idee kommen, dass da irgendetwas nicht in diesem Sinne stimmen soll?

Allein die Tatsache, dass irgendwo ein Sofa steht oder dass auch ein Schlüssel, der aber beliebig verfügbar ist, da eine Rolle spielt, bzw. ein Schloss, das beliebig geöffnet werden kann, eine Rolle spielt, führt noch nicht zu einem beachtlichen Besitz, der uns Veranlassung gegeben hätte zu überprüfen, was hier tatsächlich los ist. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Cool!] – So, das ist der Stand der Dinge, und ich beantworte Ihnen das gerne noch weitere fünf Mal oder mehr.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Also, wir haben es jetzt mehrfach gehört, Sie behaupten, es habe keinen beachtlichen Besitz gegeben. Sie wussten es aber selber nicht genau, sondern haben sich auf Äußerungen von Dritten verlassen, und deswegen ist schon diese Einschätzung höchst zweifelhaft von Ihnen, Herr Justiziar. Dass Sie aber darüber hinaus auch noch Abgeordnete bewerten und sagen, sie rührten etwas in einen Brei oder nicht in einen Brei oder was hier gesagt oder nicht gesagt wird, das steht Ihnen, glaube ich, nicht zu, Herr Vorsitzender. Ich finde, wir sollten diese Sitten hier nicht einreißen lassen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Lauer, Sie haben wieder das Wort!

Christopher Lauer (PIRATEN): Mein Justiziar – ich habe auch einen – hat gerade mal den Begriff „beachtlicher Besitz“ bei Beck-Online gesucht. Das Wort gibt es gar nicht, aber – finde ich gut.

Herr Melzer! Dass Sie hier Angriffe der Opposition antizipieren und dann sagen, wir verhalten uns entsprechend, um uns Dinge nicht vorwerfen zu lassen, das finde ich total süß. Als ob Sie das jemals interessiert hätte, was die Opposition Ihnen vorwirft! Man hat ja heute auch festgestellt, dass alles richtig gelaufen ist. Das haben ja alle noch mal gesagt. Und alle, die hier waren, konnten sich auch ein Urteil darüber bilden, wie richtig das gelaufen ist. Ich würde fast sagen, dass es beachtlich richtig gelaufen ist.

Ich habe noch mal eine Frage an Herrn Tölle. Sie sagten gerade in Ihrer Antwort, dass Sie auf den ersten Antrag auf Hilfe des Eigentümers diesem sagten: Das ist nicht das, was wir ihm in Aussicht gestellt haben. – Das klang ganz interessant. Was haben Sie denn dem Eigentümer oder dem Vertreter des Eigentümers in Aussicht gestellt? Verstehen Sie, dass ich mich bei solchen Formulierungen „in Aussicht stellen“ schon, wie gesagt, in meinem Urteil bestätigt sehe, dass die Initiative bezüglich dieses ganzen Einsatzes von der Polizei ausging? Denn Ihre ganzen Beratschlagungen darüber, dass da etwas mit dem Brandschutz nicht stimmt, waren ja

vor der Anfrage des Vertreters des Eigentümers. Deswegen – wenn Sie sagen, das ist nicht das, was wir ihm in Aussicht gestellt haben: Was stellten Sie denn dem Vertreter des Eigentümers bei diesen ganzen Besprechungen, die Sie hatten, in Aussicht, wie das da am 22. laufen wird?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Tölle!

Oliver Tölle (Justiziar der Polizei Berlin): In Aussicht gestellt hatten wir ihm in der Besprechung, die ich bereits zitiert habe, dass polizeilicher Schutz möglich ist, aber nicht mehr.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann erklären wir diesen Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

Nikolaus Karsten (SPD): Jetzt noch mal auf Nummer sicher: Diese Eigentümerfragen machen wir schriftlich? – Alles klar!

Vorsitzender Peter Trapp: Das kriegen Sie schriftlich beantwortet!

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Benedikt Lux (GRÜNE): Es geht ja hier um die Anmeldung meiner Fraktion zum Zustand der polizeilichen Schießstände und zu den Konsequenzen daraus, dass man die jahrelang auf Verschleiß gefahren hat; Gesundheit der Schießtrainer etc. Mir ist bekannt geworden, dass es einen zweiten Zwischenbericht der internen Revision der Polizei gibt, und mir ist auch bekannt geworden, dass es da neuere Entwicklungen gab, dass auch der Innensenator vor Schießtrainern gesprochen hat etc. – Sie haben hier angekündigt, Herr Senator, dass Sie von sich aus den Ausschuss informieren, und das haben Sie sehr deutlich zugesagt. Ich möchte einfach noch mal meinen Unmut darüber kundtun – so viel Zeit muss sein –, dass Sie bei einem der größten polizeiinternen Skandale, die es hier gab, Ihr Wort nicht gehalten haben.

Vorsitzender Peter Trapp: Die Sitzung ist geschlossen um 14.22 Uhr.